



Plenarprotokoll

93. Sitzung

Mittwoch, 10. September 2008

Nachruf auf die verstorbene Abgeordnete Monika Schwalm..... 6811

Nachruf auf den verstorbenen ehemaligen Abgeordneten Wilhelm Marschner..... 6812

Nachruf auf die verschollene Sanitätsoffizier-Anwärterin Jenny Böken..... 6812

Verpflichtung der Abgeordneten Jutta Scheicht..... 6812

Jutta Scheicht [CDU]..... 6812

a) Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010	6813	Beschluss: Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.....	6871
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2150		Versenken von Felsblöcken im Sylter Außenriff	6871
b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2008 bis 2012	6813	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2217	
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2198		Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.....	6871
Rainer Wiegard, Finanzminister....	6813, 6860	Günther Hildebrand [FDP].....	6872
Wolfgang Kubicki [FDP].....	6817, 6850	Axel Bernstein [CDU].....	6873
Dr. Johann Wadephul [CDU].....	6823	Bernd Schröder [SPD].....	6874
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	6829	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6875
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6835, 6861	Lars Harms [SSW].....	6877
Anke Spoorendonk [SSW].....	6840, 6859	Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	6878
Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident.....	6845	HSH Nordbank	6878
Frank Sauter [CDU].....	6854	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2222	
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6856	Rainer Wiegard, Finanzminister....	6878, 6888, 6890
Beschluss: 1. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/2150 an den Finanzausschuss 2. Überweisung des Berichts Drucksache 16/2198 an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung.....	6862	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6879
Den Nationalpark Wattenmeer vor Ausweitung der Ölförderung schützen	6862	Frank Sauter [CDU].....	6880
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2203		Günter Neugebauer [SPD].....	6881
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6862, 6868	Wolfgang Kubicki [FDP].....	6884
Axel Bernstein [CDU].....	6863, 6870	Lars Harms [SSW].....	6885
Axel Bernstein [CDU].....	6864	Tobias Koch [CDU].....	6887
Detlef Buder [SPD].....	6865	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6889
Günther Hildebrand [FDP].....	6865	Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	6890
Lars Harms [SSW].....	6866	Ökostrombeschaffung für Landesliegenschaften	6890
Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.....	6867, 6869, 6870	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2183	
Konrad Nabel [SPD].....	6870	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6891

Peter Sönnichsen [CDU].....	6892
Thomas Hölck [SPD].....	6893
Dr. Heiner Garg [FDP].....	6894
Lars Harms [SSW].....	6895
Rainer Wiegard, Finanzminister....	6896

Beschluss: Überweisung an den Finanz- anzausschuss, den Wirtschafts- ausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss.....	6897
---	------

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Lothar Hay, Innenminister

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Dr. Werner Marnette, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Martin Kayenburg:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 35. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Erkrankt ist die Frau Abgeordnete Regina Poersch. Wir wünschen ihr von hier aus gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt ist die Frau Abgeordnete Frauke Tengler.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Wir haben den Tod zweier hier im Landtag sehr geschätzter Abgeordneter zu betrauern. Nach langer, schwerer, mit Gottvertrauen und großer Tapferkeit ertragener Krankheit verstarb die Kollegin Monika Schwalm am 19. Juli für uns alle unerwartet, obwohl wir alle von ihrer schweren Krankheit wussten. Sie gehörte dem Landtag von 1992 bis 1996 und erneut seit 1998 als Mitglied der CDU-Fraktion an.

Gerade als langjährige Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses und als Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion hat sich Monika Schwalm höchste Anerkennung und viele Sympathien erworben. Sie war eine überzeugende Politikerin, die sich gleichermaßen durch große fachliche Kompetenz wie durch ihre besonnene, ausgleichende Art auszeichnete. Auch in schwierigen Situationen war sie stets eine faire, geduldige Partnerin, die es vermochte, Brücken zu bauen und unterschiedliche Standpunkte zusammenzuführen.

Monika Schwalm war eine warmherzige, stets integre Parlamentarierin, die sich mit großem Einfühlungsvermögen für ihre Mitmenschen einsetzte und der sich viele, ganz besonders in diesem Haus, freundschaftlich verbunden fühlten. Sie hat sich um das gute Miteinander der Fraktionen und um Schleswig-Holstein insgesamt sehr verdient gemacht. Wir alle wissen, wie entschlossen und mit welchem großem Optimismus Monika Schwalm bis zuletzt gegen ihre Krankheit gekämpft hat. Ihr Tod traf uns dennoch unerwartet. Wir haben eine sehr geschätzte Kollegin verloren, der sich viele von uns auch persönlich sehr verbunden fühlten. Die Lücke, die sie hinterlässt, wird nur schwer zu schließen sein.

(Präsident Martin Kayenburg)

Im Alter von 81 Jahren verstarb am 2. September der frühere Landtagsabgeordnete Wilhelm Marschner. Er gehörte dem Schleswig-Holsteinischen Landtag von 1975 bis 1992 als Mitglied der SPD-Fraktion an.

Wilhelm Marschner war ein überaus engagierter Parlamentarier, der sich vor allem als Vorsitzender des Finanzausschusses in der 11. und 12. Wahlperiode einen Namen gemacht hat.

Der stets bodenständig gebliebene Lehrer trat 1952 in die SPD ein. Von 1966 bis 1973 war er Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und ab 1968 auch Mitglied in deren Bundesvorstand.

Zunächst als Ratsherr und ehrenamtlicher Stadtrat der Landeshauptstadt Kiel, später dann als Mitglied des Landtags hat der in seinem Wahlkreis stets direkt gewählte Wilhelm Marschner die Geschicke Schleswig-Holsteins mitgeprägt.

Wilhelm Marschner war ein profilierter, sehr geschätzter Sozialdemokrat, der sich zeitlebens und voller Tatendrang für seine Mitbürgerinnen und Mitbürger eingesetzt hat. Auch als er bereits stark von Alter und Krankheit gezeichnet war, nahm er immer wieder die Mühe auf sich, den Kontakt zur Landespolitik und zur Parlamentarischen Gesellschaft zu halten.

Für seine Verdienste um unser Land wurde er mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt.

Meine Damen und Herren, wir haben noch einen weiteren, besonders tragischen Todesfall zu beklagen. An Bord des Segelschulschiffes „Gorch Fock“, unseres Patenschiffes, hat sich in der Nacht vom 3. auf den 4. September ein Unglück ereignet, das wir mit großer Bestürzung und wachsender Trauer verfolgt haben.

Kurz vor ihrem 19. Geburtstag ist vor Norderney die aus Geilenkirchen stammende Sanitätsoffizier-Anwärterin Jenny Böken über Bord gegangen. Die umgehend ergriffenen Rettungsmaßnahmen und eine groß angelegte Suchaktion blieben bisher ohne Erfolg. Unser Hoffen und Bangen um das junge Leben war vergebens.

Der Dienst auf See ist immer mit nie ganz beherrschbaren Gefahren verbunden. Das tragische Schicksal der jungen Kadettin, die erst vor wenigen Wochen ihren Dienst bei der Marine angetreten hat, berührt die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags in ganz besonderer Weise, denn wir

sind Besatzung und Schiff seit mehr als 25 Jahren eng verbunden.

Meine Damen und Herren, der Schleswig-Holsteinische Landtag gedenkt seiner früheren Mitglieder Monika Schwalm und Wilhelm Marschner sowie der Offizieranwärterin Jenny Böken in Dankbarkeit und voller Respekt. Unsere tiefe Anteilnahme gilt den Angehörigen. Ich bitte Sie um einen kurzen Augenblick des Innehaltens im Gebet.

Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, der Landeswahlleiter hat für die verstorbene Abgeordnete Monika Schwalm als Nachfolgerin Frau Jutta Scheicht festgestellt. Die Abgeordnete hat ihr Landtagsmandat am 23. Juli 2008 angenommen. Ich bitte Sie, Frau Scheicht, zur Verpflichtung nach vorn zu kommen. Die Anwesenden bitte ich, sich zu erheben.

Frau Scheicht, ich spreche Ihnen die Eidesformel vor und bitte Sie, die rechte Hand zu erheben und mir nachzusprechen.

(Die Anwesenden erheben sich. Die Abgeordnete Jutta Scheicht wird nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, meine Pflichten als Abgeordnete gewissenhaft zu erfüllen, Verfassung und Gesetze zu wahren und dem Lande unbestechlich und ohne Eigennutz zu dienen, so wahr mir Gott helfe. - Die Abgeordnete wird von Präsident Martin Kayenburg durch Handschlag verpflichtet)

Ich verpflichte Sie, danke Ihnen und wünsche Ihnen eine gute Zusammenarbeit mit uns allen, den Abgeordneten und der Landesregierung, zum Wohle unseres Landes.

Jutta Scheicht [CDU]:

Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Präsident Martin Kayenburg:

Meine Damen und Herren, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat im Wege der Dringlichkeit zwei Anträge eingereicht. Der Antrag mit dem Betreff „HSH Nordbank“ liegt Ihnen mit Drucksache 16/2222 vor, der Antrag „Künstlersozialkasse“ als Drucksache 16/2223. Zu dem Dringlichkeitsantrag Künstlersozialkasse haben die Fraktionen mit dem Antragsteller vereinbart, dass über diesen Antrag morgen zu Beginn der Plenarsitzung abgestimmt werden wird.

(Präsident Martin Kayenburg)

Ich frage deshalb zunächst, ob zu dem Antrag zum Thema HSH Nordbank das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall. Ich lasse über die Dringlichkeit des Antrags Drucksache 16/2222 abstimmen. Ich weise nochmals darauf hin, dass dafür nach § 51 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich ist. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Dringlichkeit bejaht. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit ist durch Einstimmigkeit erreicht. Ich schlage vor, den Antrag als Tagesordnungspunkt 17b in die Tagesordnung einzureihen und heute Nachmittag aufzurufen. Ich höre keinen Widerspruch, wir werden so verfahren.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 4, 5, 8, 18, 19, 21, 23 bis 28 sowie 31 ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 2, 22, 29, 32 und 35.

Es ist vorgesehen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Faire Zerlegung der Gewerbesteuer beim Betrieb von Windenergieanlagen, Drucksache 16/2221, als Tagesordnungspunkt 17a in die Tagesordnung einzureihen und mit einer Redezeit von jeweils fünf Minuten am Donnerstag aufzurufen.

Anträge zur Fragestunde und zur Aktuellen Stunde liegen nicht vor. Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungen in der 35. Tagung.

Wir werden jeweils unter Einschluss einer zwei-stündigen Mittagspause heute bis längstens 17:30 Uhr und am Donnerstag bis längstens 18:00 Uhr tagen. Für Freitag ist keine Sitzung vorgesehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

a) Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2150

b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2008 bis 2012

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2198

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile Herrn Finanzminister Rainer Wiegard mit dem Hinweis darauf das Wort, dass die Regierung zugesichert hat, dass die Haushaltsrede künftig wieder am Abend vor der Plenartagung zugeleitet wird. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuerst die guten Nachrichten: Der Haushaltsentwurf für die Jahre 2009 und 2010 ist verfassungsgemäß.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Ach, Herr Klug. Was eigentlich eine selbstverständliche Regel sein sollte, ist in Schleswig-Holstein ein Ereignis. Erstmals seit Jahren legt eine Landesregierung dem Parlament wieder einen Haushaltsentwurf vor, der schon bei der Planaufstellung weniger neue Schulden als neue Investitionen vorsieht. Bereits im vergangenen Jahr haben wir zum ersten Mal seit 1996 weniger neue Schulden aufgenommen, als die Summe der Investitionen und Vermögenserlöse ausgemacht hat. Für dieses Jahr haben wir das gleiche Ziel gesetzt, auch wenn im gültigen Haushalt noch 1,2 Milliarden € an Neuverschuldung ausgewiesen sind.

Ich will Sie an dieser Stelle an das Jahr 2005 erinnern, als ich Ihnen das erste Mal einen Haushaltsentwurf vorgelegt habe, der - wie übrigens auch in den Jahren davor - den Regeln unserer Verfassung schon bei der Aufstellung eindeutig widersprochen hat. Es hat mich damals tief berührt, Ihnen als verantwortlicher Minister erklären zu müssen, der Haushalt könne derzeit nicht den Regeln der Verfassung entsprechend aufgestellt werden. Ich glaube, das war das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik überhaupt. Es hätte damals auch für diese Regierung einen einfacheren Umweg über die Erklärung einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts gegeben, um eine **Verfassungsmäßigkeit** vorzutäuschen. Wir haben uns für den schwierigeren Weg entschieden. Damals wie heute bin ich davon überzeugt, dass dieser Weg richtig gewesen ist. Ich bin zugleich der Meinung,

(Minister Rainer Wiegard)

dass wir uns als politisch Verantwortliche vor der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit dafür entschuldigen müssen, dass Regierung und Parlament es über einen so langen Zeitraum nicht vermocht haben, den eindeutigen **Vorgaben der Verfassung** zu entsprechen. Das war kein rühmliches Kapitel in der deutschen Geschichte.

Der **Fehlbetrag** betrug im Mai **2005** noch mehr als 1,7 Milliarden €. Diese Summe war dreimal so hoch wie die Summe der Investitionen. Sie war mehr als dreimal so hoch, wie es die Verfassung zugelassen hat. Im Jahr **2006** haben wir das Vorjahresdefizit halbiert, aber immer noch mehr neue Schulden gemacht, als neue Investitionen getätigt. Ab **2007** waren wir erstmals seit 1996 wieder im Vollzug entsprechend den Vorgaben der Verfassung für eine Haushaltsplanaufstellung. Das soll und muss auch so bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Das bedeutet, dass unser Land heute weniger als ein Drittel weniger neue Schulden aufnehmen muss als beim Regierungsantritt. Das sind über 1 Milliarde € weniger an neuen Schulden. Haushaltstechnisch heißt das, die **Kreditfinanzierungsquote** wird von 20,7 % bei Regierungsantritt auf 5,8 % im Jahr 2010 reduziert. Das aber ist Haushaltstechnik. Lebenswirklich bedeutet das, dass durch 1 Milliarde € weniger neue Schulden in den Folgejahren jeweils 50 Millionen € weniger neue Zinsen anfallen. Das ist die eigentliche Botschaft, das ist der eigentliche Auftrag.

Für Verwaltung, Personal, Investitionen und Zuwendungen geben wir 230 Millionen € weniger aus, als wir aus Steuern und Verwaltungseinnahmen erzielen. Das operative Ergebnis ist positiv. Im Jahr 2005 gab es hier noch ein Minus von über 800 Millionen €. Meine Damen und Herren, Sie müssen in den Haushaltsbüchern weit zurückblättern, um ein Jahr zu finden, in dem das operative Ergebnis eine schwarze Zahl ausgewiesen hat.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Wir verkonsumieren weniger, als wir zusätzlich einnehmen. Die **konsumtiven Ausgaben** ohne Zinsen steigen in den fünf Regierungsjahren insgesamt um 6,4 % und bleiben damit mit einer jährlichen Steigerungsrate von weniger als 1,3 % nicht nur deutlich unter dem Anstieg der Verbraucherpreise, sondern auch deutlich unter dem Anstieg dieser Kosten in den fünf Jahren zuvor, in denen die konsumtiven Ausgaben insgesamt um über 15 % gestiegen sind. Im Jahresdurchschnitt lag dieser Wert

bei 3 %. Damit liegt dieser Wert doppelt so hoch wie der derzeitige Wert.

Zugleich investieren wir in die Zukunft unseres Landes. Die **Investitionen** steigen im Vergleich zu 2005 um 22 %. Das bedeutet für die beiden Planjahre jährlich zusätzlich 150 Millionen € für Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein, also für mehr Zukunftsfähigkeit. Wir investieren in die **Forschung**, zum Beispiel in das IFM-GEOMAR, wir schaffen mehr Studienplätze. Weiter nenne ich XFEL. Wir investieren in die **Verkehrsinfrastruktur**. Die Themen sind insbesondere in den letzten Wochen hinreichend beleuchtet worden. Wir investieren in das **Gesundheitswesen**, in die Verbesserung unserer **Bildungsstandorte** und in die Weiterführung unseres **Ganztagsschulprogramms**. Wir investieren in **Tourismusprojekte** an der Nordsee und an der Ostsee. Wir stellen uns auch neuen Herausforderungen, um eine bessere Betreuung und Bildung unserer Kinder zu erreichen und um ihnen im Wettbewerb, auf einem international aufgestellten Markt um die besten Jobs bessere Voraussetzungen mitgeben zu können.

Dann sind wir allerdings auch schon bei den schlechten Nachrichten, denn eigentlich dürften wir in dieser Zeit der steigenden Steuereinnahmen überhaupt keine neuen Schulden machen. Wir müssten im Gegenteil Rücklagen für die Jahre bilden, die mit Sicherheit vor uns liegen und auf uns zukommen, in denen die Einnahmen möglicherweise nicht regelmäßig steigen. Vor allen Dingen müssten wir die **Schulden** der Vergangenheit zurückzahlen.

Aber eben diese Vergangenheit holt uns unerbittlich ein. Wir nehmen weiterhin neue Schulden auf, um damit die **Zinsen** für die Vergangenheit zu bezahlen, denn die Zinsen für die aufgelaufene Schuldenlast, meine Damen und Herren, steigen gegenüber 2005 um rund 240 Millionen € auf über 1,1 Milliarden €. Bis 2012 rechnen wir mit mehr als 1,2 Milliarden €. Das ist in fünf Jahren eine Steigerung um 27 %. Bis zum Ende der Planungsperiode beträgt die Steigerung voraussichtlich über 40 %. Gegen solche Lasten der Vergangenheit kann man kaum ansparen, und wir können nur hoffen, dass sich die Zinsentwicklung stabilisiert.

Seit 2006 nehmen wir neue Schulden allein dafür auf, um damit die Zinsen für die **Altschulden** zu bezahlen. Das ist eine finanzpolitisch tödliche Spirale. Deshalb muss unser nächstes Haushaltsziel der **ausgeglichenen Haushalt** sein, in dem wir die laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen decken. Dann muss die konsequente Tilgung der Altschulden folgen, damit wir unseren nachfolgen-

(Minister Rainer Wiegard)

den Generationen nicht weiterhin die Lasten unseres heutigen Wohlstands vor die Füße kippen.

Dieser Weg ist nach meiner Überzeugung für Schleswig-Holstein allerdings nicht aus eigener Kraft zu schaffen. Unser Vorschlag eines von Bund und Ländern gemeinsam zu bedienenden **Altschuldenfonds** wäre meines Erachtens nach wie vor die beste aller bisher vorgelegten Lösungen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Vielen Dank, Frau Kollegin Heinold. - Er würde sicherstellen, dass definitiv mit der Tilgung der Altschulden begonnen wird. In diesem Fonds würde jedes Land den Anteil der dort eingebrachten eigenen Schulden mit Zins und Tilgung selbst bedienen, begrenzt allerdings auf den Anteil der finanziellen Leistungsfähigkeit. So würde Bayern nur die bayerischen Schulden bedienen, die etwa 6,5 % aller Schulden der Länder in Deutschland ausmachen. Dies ist bei einem Steuerkraftanteil Bayerns, der bei etwa 14,8 % liegt, auch durchaus leistbar. Schleswig-Holstein würde für 4,3 % aller Schulden aufkommen und den entsprechenden Betrag in diesen Fonds einzahlen, aber nur 3 % der Leistung erbringen. Dadurch würde es uns ermöglicht, in den nächsten Jahren einen ausgeglichenen Haushalt herzustellen.

Der zum Schließen der Finanzierungslücke benötigte **Fondszuschuss für Länder** wie Schleswig-Holstein, wie das Saarland, Bremen und Berlin - möglicherweise kommt auch noch das eine oder andere Land aus dem Osten hinzu - sollte über die rückläufigen **Mittel** aus dem **Solidarpakt Aufbau Ost** finanziert werden - ein Solidarzuschlag, wenn Sie so wollen, ein Teil des Solidaritätszuschlags, der derzeit ja in Höhe von 5,5 % erhoben wird. Die Größenordnung betrüge etwa 2 %. Das wäre ein Solidaritätszuschlag zur Tilgung der Schulden, die in Deutschland in den letzten 40 Jahren aufgelaufen sind.

Dieser Zwang zur Tilgung, meine Damen und Herren, wird nicht kommen. Der Bund und die Mehrheit der Länder wollen nicht zur Tilgung gezwungen werden. Ich bin aber zuversichtlich, dass es trotzdem in den kommenden Wochen eine Verständigung auf einen gemeinsamen Weg geben wird - auf einen gemeinsamen Weg mit einer Schuldengrenze, die in der Verfassung festgeschrieben wird, die die seit 40 Jahren gültige, aber offensichtlich völlig wirkungslose Investitionsregel ablöst. Mit einer entsprechenden Hilfe für strukturschwache Länder, die derzeit aus eigener Kraft mit eigenen Ein-

nahmen die laufenden Ausgaben nicht decken können und mit einem **Haushaltscontrolling** durch einen **Stabilitätsrat**, ähnlich wie bei den Maastricht-Regeln, um die strukturschwachen Länder auf ihrem Weg zu begleiten und zu verhindern, dass weitere Länder in die Hilfebedürftigkeit abrutschen, sind wir auf dem richtigen Weg.

Ich kann im Übrigen nicht verhehlen, dass es mir auch ein persönliches Bedürfnis war, in diesem Parlament nach vielen Jahren wieder einen Haushalt vorzulegen, der einer Verfassungsregel entspricht, die es nach meiner Überzeugung alsbald gar nicht mehr geben wird.

Meine Damen und Herren, wir müssen zugleich neben der Hilfe und Unterstützung, die wir auch von anderen erwarten, unsere strukturellen Nachteile offensiv angehen. Im Vergleich zu den anderen westdeutschen Flächenländern liegt die **Wirtschaftskraft Schleswig-Holsteins** um 17 % unter dem Durchschnitt. Während im Schnitt rund 30.000 € pro Kopf erwirtschaftet werden, sind es in Schleswig-Holstein 25.500 €. Diese Schere geht immer weiter auseinander. In den letzten 20 Jahren hat beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt in Bayern noch um rund 12.000 € zugenommen, in Schleswig-Holstein waren dies nur 6.000 €. Bayern hat den Abstand zu Schleswig-Holstein in diesen Jahren fast verdreifacht. Bei einer wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie in Bayern der Fall war, wäre das schleswig-holsteinische BIP um 4.000 € höher. Wir lägen damit vor Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, der wirtschaftlichen Entwicklung - das wissen wir - folgt die **Finanzkraft**. Während Bayern wie Schleswig-Holstein vor 20 Jahren noch Nehmerland war, gehört es heute zu den vier bedeutendsten Geberländern. Schleswig-Holstein ist immer noch Nehmerland. Wir wollen hiervon weg.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei SPD
und FDP)

Wir müssten uns darum, wie wir unseren Haushalt ausgleichen können, heute keine Gedanken mehr machen, wenn auch in Schleswig-Holstein die Wachstumspotenziale gestärkt worden wären. Denn unsere **Strukturschwäche**, meine Damen und Herren, ist vor allem auf eine unterentwickelte Infrastruktur zurückzuführen. Sie ist entstanden durch das Unterlassen von notwendigen Investitionen in eben diese Infrastruktur.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Minister Rainer Wiegard)

Deshalb stehen Schleswig-Holstein bei völlig gleichen Aufgaben - die für alle Länder verbindlich gleich sind - 120 € weniger an Einnahmen pro Kopf aus Steuern zur Verfügung als dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Gegenüber Bayern sind es 170 €. Gleichzeitig zahlen wir 84 € mehr für höhere Zinsen für alte Schulden. Wenn man das zusammenrechnet, fehlen uns strukturell 600 Millionen € insgesamt. Diesen Betrag haben wir weniger zur Verfügung, um dieselben Aufgaben zu erledigen, wie jedes andere Land sie auch zu erledigen hat.

Natürlich können wir nicht alles gleichzeitig tun, und deshalb müssen wir Schwerpunkte setzen. Wir wünschen uns alle mehr Geld für mehr Lehrer, für eine bessere Hochschulausstattung, für die Städtebauförderung, für die Arbeitsmarktpolitik, für die Wirtschaftsförderung, den sozialen Bereich und viele andere Aufgaben mehr.

Damit Schleswig-Holstein nicht weiter hinter die anderen Bundesländer zurückfällt, werden wir für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für mehr bessere Bildung, für eine bessere Aufgabenerfüllung bei Wissenschaft und Forschung in Schleswig-Holstein sorgen und die **strukturellen Nachteile** unseres Landes beherzt angehen.

Wir schaffen bessere Betreuung und Bildung für unsere Kleinsten: Kinderwunsch und Berufsausübung werden leichter vereinbar. Wir reagieren auf den demografischen Wandel und damit auf die Bedürfnisse der **Familien** und des **Arbeitsmarkts**. Wir wollen bis 2013 für jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz ermöglichen. Für Bau und Betrieb neuer Kinderbetreuungseinrichtungen sind für beide Jahre insgesamt 22 Millionen € veranschlagt. Bis zum Jahr 2013 wollen wir so 17.000 neue Betreuungsplätze im Land schaffen. Bund, Land und Kommunen werden dafür gemeinsam mit den Trägern und den Eltern bis 2013 insgesamt etwa 560 Millionen € aufbringen. Meine Damen und Herren, das ist eine ganz gewaltige Leistung für unser Land!

Zugleich wollen wir dazu beitragen, die Eltern von Kosten zu entlasten, damit Kinder keine Belastung sind. 50 Millionen € haben wir vorgesehen, um ab den Jahren 2009/2010 ein für die Eltern beitragsfreies Kindergartenjahr einzuführen.

Wir verbessern die **Bildungsqualität** an unseren **Schulen**, wir sorgen für mehr Unterricht. Darum sieht der Stellenplan für die Jahre 2009 und 2010 mehr Lehrerstellen vor. An den Gymnasien, Gemeinschafts- und Regionalschulen, an den gebun-

denen Ganztagschulen und an den sozialen Brennpunkten wird dies gleichermaßen der Fall sein. Ebenso wird die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur durch zusätzliche Lehrerstellen abgedeckt werden. Zudem wird die verlässliche Grundschule eingeführt. Hierzu sind 559 zusätzliche Lehrerstellen zu finanzieren. Darüber hinaus werden wir auch die 650 Lehrerstellen bereitstellen, die notwendig sind, um den Lehrern die sogenannte Vorgriffsstunde zu erstatten, die sie in den vergangenen Jahren bereits erbracht haben.

Meine Damen und Herren, wir stärken den **Hochschulstandort** Schleswig-Holstein. Mit insgesamt 36 Millionen € - das ist für unser Land ein bedeutender Beitrag - unterstützen wir diese Offensive für die Zukunftsfähigkeit. 4.000 zusätzliche Studienanfänger wollen wir aufnehmen können. Die Hochschulen sollen mehr Flexibilität bei der Ausrichtung ihrer Budgets und ihres Stellenhaushalts erhalten. Im Rahmen des Zukunftspaktes werden rund 15,7 Millionen € 2009 und knapp 17 Millionen € 2010 bereitgestellt.

Wir stärken den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein. Wir unterstützen die **Spitzenforschung** durch die Förderung von Exzellenzclustern.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir einen natürlich rein mathematischen Hinweis an den **Universitätsrat**, der uns in den vergangenen Wochen den einen oder anderen Hinweis gegeben hat: Die Tatsache, dass Schleswig-Holstein in der Verschuldung zu den Spitzenreitern und in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu den Schlusslichtern gehört, darf nicht zu der Annahme verleiten, wir befänden uns im vorderen Mittelfeld der westdeutschen Länder bei der Fähigkeit, öffentliche Aufgaben zu finanzieren.

Wir müssen auch künftig nicht nur auf der Ausgabeseite das Notwendige tun, sondern auch unsere Einnahmen stabilisieren. Dies ist Voraussetzung für die Realisierung aller unserer Schwerpunkte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Wir brauchen stabile **Steuereinnahmen** durch eine funktionierende Konjunktur ebenso wie durch eine solide Steuerpolitik. Wahrscheinlich liegt die Betonung eher auf dem zweiten Teil. Die Steuereinnahmen sprudeln nicht kräftig, sie sinken auch nicht, wie einzelne Journalisten meinen, die Öffentlichkeit falsch informieren zu müssen. Sie entwickeln sich seit 2007 leicht oberhalb des langfristigen 20-jährigen Durchschnitts. Das müssen wir stabilisieren. Wir müssen uns auf steuerliche Risiken einstellen. Geplante Einnahmen können sinken. Wir

(Minister Rainer Wiegard)

haben anstehende Urteile bei der **Pendlerpauschale** und der steuerlichen Freistellung des **Existenzminimums**. Hierauf müssen wir vorbereitet sein. Deshalb haben wir Vorsorge getroffen durch eine **globale Mindereinnahme**, die wir in den Haushalt eingestellt haben.

Wir bekämpfen wirkungsvoll den Steuerbetrug. Wir stärken unsere **Steuerfahndung**. Wir haben gerade eine gemeinsame, über die fünf norddeutschen Länder wirkende Zusammenarbeit unserer Steuerfahndungsstellen initiiert.

Meine Damen und Herren, wir haben keinen Spielraum für massive **Steuersenkungen**. Dieser Haushalt ist seriös aufgestellt, aber er ist nicht auf Rosen gebettet. Massive Steuersenkungen über die derzeit diskutierten Maßnahmen hinaus - für welchen Zweck auch immer - können wir uns nicht erlauben, wenn wir unsere Haushaltsziele erreichen und ausgeglichene Haushalte haben wollen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo bleibt der Applaus? - Holger Astrup [SPD]: Die wussten das schon! - Heiterkeit)

Massive Steuersenkungen und - Kollegin Heinold, das geht an Ihre Adresse - unbezahlbare neue Ausgabeprogramme können nicht Gegenstand politischer Planung sein, solange wir neue Schulden aufnehmen, um die Schulden der Vergangenheit - da haben Sie vielleicht noch ein Erinnerungsvermögen - zu bezahlen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nein, bedauerlicherweise nicht!)

Meine Damen und Herren, wir brauchen mehr Transparenz der öffentlichen Finanzen, um mehr Verständnis für die Maßnahmen von Regierung und Parlament zu erreichen.

Regierung, Parlament und Öffentlichkeit werden seit einem Jahr in **Quartalsberichten** regelmäßig über den Haushaltsverlauf informiert. Was für große Publikumsgesellschaften gesetzlich vorgeschrieben ist, muss für die öffentliche Hand insbesondere gelten.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Sehr gut!)

Mehr Transparenz ist darüber hinaus auch Voraussetzung für das Verständnis von Zusammenhängen. Ich will deshalb aus dem Haushalt **ausgelagerte Schulden** künftig wieder im Haushalt darstellen.

(Beifall bei CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Solange wir kein Rechnungswesen haben, in dem Lasten vollständig und periodengerecht ausgewiesen werden, gehören Vermögen, Schulden und die Folgen daraus in den Landeshaushalt. Ich will die ausgelagerten 1,5 Milliarden € Schulden wieder in den Haushalt integrieren. Die Prüfungsvoraussetzungen dafür sind auf dem Weg.

Meine Damen und Herren, insgesamt können wir feststellen: Der Haushalt ist verfassungsgemäß. Die Neuverschuldung sinkt. Die Investitionen steigen. Die konsumtiven Ausgaben steigen langsamer als die Einnahmen. Das operative Ergebnis ist positiv. Die strukturellen Herausforderungen werden zielstrebig angegangen.

Wir setzen die richtigen politischen Schwerpunkte. Schleswig-Holstein ist auf einem guten Weg.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und für die Nachsicht, dass es Ihnen trotz meiner Behinderung möglich war, meine Rede zum Haushalt zu verfolgen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Meine Damen und Herren, auf der Tribüne begrüßen wir Schülerinnen und Schüler der Freiherr-vom-Stein-Realschule Neumünster mit ihren Lehrkräften, Staboffiziere beim COE CSW Kiel, die Minderheiten- und Kulturbeauftragte des Ministerpräsidenten und unseren früheren Kollegen Behm. - Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat nunmehr der Oppositionsführer, der Vorsitzende der FDP, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Finanzminister, für eine erfolgreiche Landesregierung war das eine bemerkenswerte Rede in Moll, die ich vernommen habe.

(Beifall bei der FDP)

Auch dem Wetter angepasst.

„Die Finanzlage des Landes Schleswig-Holstein ist bedrückend und besorgniserregend. ... Die finanzielle Leistungsfähigkeit der kommunalen Ebene ist durch ständige Eingriffe in Kompetenzen und Finanzen derart eingeschränkt, dass Kreise, Städte und Gemeinden nicht mehr in der Lage sind, ihre

(Wolfgang Kubicki)

örtlichen Aufgaben der allgemeinen Daseinsvorsorge zu erfüllen. ... Viele stehen vor dem finanziellen Kollaps. Schleswig-Holstein ist finanzpolitisch handlungsunfähig.“

Diese Sätze stammen aus einem Entschließungsantrag der CDU-Landtagsfraktion zum Haushaltsgesetz des Jahres 2003, unterschrieben von Rainer Wiegard. Wenn ich mir den heute von der Landesregierung eingebrachten Haushaltsentwurf für die Jahre 2009 und 2010 anschau, dann stelle ich fest, dass sich an der Lage nichts geändert hat, bis auf die Tatsache, dass Rainer Wiegard heute Finanzminister ist.

Der Finanzminister hat einen **Haushalt** aufgestellt mit einem **Ausgabevolumen** von 12,083 Milliarden € 2009 und 11,881 Milliarden € 2010. Damit legt Finanzminister Wiegard einen Haushalt vor, der im Vergleich zum Haushalt 2003, den Sie hier beklagt haben, Herr Wiegard, 1,4 Milliarden € mehr **Ausgaben** zu verzeichnen hat, 5 Milliarden € mehr **Schulden** ausweist und bei dem 118 Millionen € mehr an **Zinsen** zu zahlen sind.

Da fragen sich die Steuerzahler dieses Landes zu Recht, ob die Steuergelder, die sie der Landesregierung zur treuhänderischen Verwaltung anvertrauen, bei der Großen Koalition richtig aufgehoben sind. Die Großkoalitionäre beantworten diese Frage selbstverständlich mit einem klaren Ja. Denn, glaube ich den Aussagen von CDU und SPD, dann ist dieser Haushalt der konsequenteste Sparhaushalt, den eine Landesregierung - und auch nur unter härtesten Anstrengungen - je hat aufstellen können. In unzähligen Kabinettsitzungen und Koalitionssitzungen - so sagen die Koalitionäre - wurde heftig gestritten und um jeden Cent gerungen, um am Ende dieses Wunderwerk an Anstrengungen zu präsentieren. Mit diesem Haushalt täuscht die Koalition nicht nur die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, sie täuscht vor allem sich selbst.

(Beifall bei der FDP)

Denn was ist die Wirklichkeit? Dieser Haushalt ist der Haushalt der verpassten Chancen, er ist geradezu der Haushalt der Verzweiflung. Die Ausgaben steigen massiv an. Von **Haushaltskonsolidierung** keine Spur. Das sage nicht nur ich, sondern auch der **Rechnungshof**. Im Gegenteil, die Landesregierung präsentiert sich öffentlichkeitswirksam in Spendierlaune: hier ein paar Millionen für die Kinderbetreuung, dort ein bisschen für neue Lehrer und dort auch noch etwas für die Universitäten. Doch leider alles ohne Konzept, ohne Strategie und ohne

jede Nachhaltigkeit, Herr Minister. Das wissen auch Sie, Herr Minister.

Aber das ist ja auch bei einer **Koalition** kein Wunder, bei der von den anfänglich mühsam zusammenkonstruierten **Gemeinsamkeiten** mittlerweile keine einzige mehr übrig ist.

Es gibt unterschiedliche Auffassungen in der **Sozialpolitik**: Die SPD will mit der Einführung von Mindestlöhnen Tausenden Menschen - aus unserer Sicht - ihren Arbeitsplatz wegnehmen, die CDU lehnt dies zu Recht ab. An die Adresse der SPD sei gesagt: Herr Kollege Stegner, Ihre Kampagne wäre um vieles glaubwürdiger, würden Sie den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes nicht permanent Gehaltskürzungen zumuten und sich dafür einsetzen, dass das Pflegepersonal in den landeseigenen Kliniken endlich der Schwere seiner Arbeit angemessen entlohnt wird.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt unterschiedliche Auffassungen in der **Wirtschaftspolitik**. Die SPD will unternehmerische Tätigkeit umfassend in staatliche Obhut zurückführen - Stichwort Rekommunalisierung -, für die CDU sind private Investitionen nicht grundsätzlich Teufelszeug, für uns übrigens auch nicht. Aber hier gibt es einen diametralen Gegensatz in der Ausrichtung. Ich frage mich Herr Ministerpräsident, wie Sie eigentlich eine nachhaltige Wirtschaftspolitik zur Strukturverbesserung betreiben wollen, bei so unterschiedlichen Auffassungen, auf die ich im Einzelnen noch zu sprechen kommen werden.

Es gibt unterschiedliche Auffassungen in der **Energiepolitik**: Die SPD will weder Kohle noch Atom, die CDU will beides und von beidem sogar möglichst mehr. Und ich frage mich in allem Ernst, Herr Minister - fragen Sie einmal den Wirtschaftsminister -, wie Sie eigentlich, wenn der Kraftwerksbau durch Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein gestoppt wird, zu strukturellen Verbesserungen der Haushaltslage in Schleswig-Holstein beitragen wollen.

So könnte ich die Liste weiterführen. In allen relevanten Politikfeldern herrscht Uneinigkeit, und wo Uneinigkeit herrscht, herrscht leider auch Stillstand. Dieser Haushaltsentwurf zeigt, dass diese Koalition schlicht verzweifelt ist. Dieser Haushaltsentwurf dokumentiert das Hinschleppen in das Jahr 2010. Das ist schlecht für die Menschen in Schleswig-Holstein, aber das ist die traurige Wirklichkeit.

(Wolfgang Kubicki)

Was erwartet die Menschen in den kommenden zwei Jahren? - Die Landesregierung verspricht eine **Bildungsoffensive** durch einen Zukunftspakt. Das nenne ich nach mittlerweile 18-jähriger Zugehörigkeit zu diesem Parlament wirklich einmal eine Innovation. Die Landesregierung startet eine Bildungsoffensive. Das machten übrigens in den letzten 20 Jahren alle Landesregierungen jedes Jahr aufs Neue. Ich konzentriere mich auf die letzten Jahre. Im Koalitionsvertrag des Jahres 2000 setzte die rot-grüne Landesregierung unter Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave auf das Programm „Stärkung der Eigenverantwortung an Schulen in Schleswig-Holstein“ mit den entsprechenden Haushaltsmitteln. Im Jahr 2003 legte die Landesregierung dann das Programm „Jede Stunde zählt“ auf. Bei der Einbringung des Haushaltes 2004/2005 versprach der damalige Finanzminister Ralf Stegner, dass mit der Initiative „Jede Stunde zählt“ 12 Millionen € investiert werden, „um den Unterrichtsausfall wirkungsvoll zu bekämpfen“. Am 13. September 2006 sagte Finanzminister Wiegard bei der Einbringung des Haushaltes 2007/2008: „Neue Stellen gibt es für neue Lehrer, um mehr bessere Bildung für unsere Kinder zu ermöglichen.“

Und für die Jahre 2009 und 2010 gibt es endlich eine neue Bildungsoffensive!

Seit Ute Erdsiek-Rave Bildungsministerin dieses Landes ist, hat es eine Bildungsoffensive nach der anderen gegeben, wurden Millionen investiert. Aber was ist denn davon bei den Schülern, bei den Eltern und bei den Lehrern angekommen? - Ganz offenbar nichts, Frau Ministerin.

(Beifall bei der FDP)

Denn nach sämtlichen **Vergleichserhebungen in den Bundesländern** steht Schleswig-Holstein auf den hinteren Plätzen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

Die regionalisierten Pisa-Ergebnisse im Jahr 2002 stellten Schleswig-Holstein kein gutes Zeugnis aus. Besonders besorgniserregend sei der enge - ich zitiere - „Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulleistungen in Schleswig-Holstein“.

Die „Wirtschaftswoche“ ermittelte für das Jahr 2006 Platz 13 bei den Schulabgängern ohne Abschluss, Platz 12 bei den Bildungsausgaben pro Einwohner, Platz 11 bei der Schüler-Lehrer-Relation. Beim Bildungsmonitor 2008 kommt Schleswig-Holstein auf den schlechten 13. Platz. Oder anders ausgedrückt: Je schlechter, desto SPD.

Ich frage in allem Ernst - und das fragen sich die Menschen auch -: Wie glaubwürdig ist eine SPD, die mehr Chancengleichheit durch mehr Bildung will, die nicht will - so der Kommunalwahlkampf in Kiel -, dass Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhängt, und die doch seit 20 Jahren für die Schul- und Bildungspolitik in diesem Land verantwortlich ist? - Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie beklagen einen Zustand, den Sie selbst herbeigeführt haben!

(Beifall bei der FPD)

Und jetzt soll mir doch einmal jemand erklären, dass sich die Schüler-Lehrer-Relation dadurch verbessert, dass sich die **Organisationsstrukturen** der schleswig-holsteinischen **Schulen** verändern. Haben wir jetzt ein besseres Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern, weil wir Gemeinschafts- und Regionalschulen bekommen? Haben wir eine Verbesserung der Qualität des Unterrichts, weil wir eine Schulreform bekommen? - Nein, haben wir nicht! Das sagen nicht nur wir, sondern das sagen auch die entsprechenden Verbände.

Aber nicht nur die Bildungspolitik ist in diesem Land unterirdisch. Kommen wir zur **Verwaltungsreform**. Ex-Innenminister Stegner hat sich bei der Polizeireform erheblich verschluckt, Ministerpräsident Carstensen ist an der Kreisgebietsreform gescheitert, und der selbsternannte Entbürokratisierungs-Staatssekretär Schlie ist über der Verwaltungsreform schlicht eingeschlafen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bis heute haben CDU und SPD in Sachen Verwaltungsreform ihre inhaltlichen Hausaufgaben nicht im Ansatz erledigt. Statt über Kooperationsräume, Flächen- und Bevölkerungsgrößen zu fabulieren, hätte die Koalition schon vor zwei Jahren anfangen müssen zu definieren, welche Aufgaben überhaupt noch erledigt werden müssen, um dann mit den Kommunen festzulegen, wer diese Aufgaben ausführt. Dafür fehlt aber sowohl der SPD als auch der CDU der inhaltliche Wille.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stattdessen werden Gutachten um Gutachten in Auftrag gegeben, bei denen die potenzielle Einsparsumme immer kleiner wird. Am Ende werden die zu realisierenden Einsparungen wahrscheinlich genau den Kosten der Gutachten entsprechen, und das wird die Koalition dann immer noch als Erfolg feiern.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich frage mich ernsthaft, was die 60-Stellen-Truppe im Haus des Entbürokratisierungs-Staatssekretärs Schlie eigentlich macht.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Die groß angekündigte Verwaltungsstrukturreform, die umfangreiche Bürokratieabbaumaßnahmen umsetzen sollte, dieses wunderbare Gesetz, ist jedenfalls still und leise begraben worden, und zwar ohne Ergebnisse. Dabei liegen hier enorme Potenziale, wie Niedersachsen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen uns zeigen.

Kommen wir zur **Wirtschaft!** Das, was die Landesregierung treibt, ist nur noch die reine Selbstbeschäftigung ohne nennenswerte Ergebnisse. Das geht natürlich nicht spurlos am Land vorüber. Herr Minister Wiegard, ich bin dankbar, dass Sie beschrieben haben, dass Versäumnisse in der Vergangenheit dazu geführt haben, dass das **Steueraufkommen** in Schleswig-Holstein unterirdisch geringer ist als in anderen Bundesländern. Aber diejenigen, die dafür Verantwortung tragen, sitzen mit Ihnen in derselben Koalition und verhindern auch gegenwärtig - jedenfalls wenn ich Ihren Erklärungen trauen darf -, dass entsprechende Infrastrukturmaßnahmen ins Werk gesetzt werden können, die Schleswig-Holstein auf einen besseren finanzpolitischen Weg bringen können. Schleswig-Holstein war im Jahr 2007 mit 1,4% **Wirtschaftswachstum** trauriges Schlusslicht aller Bundesländer. In keinem Bundesland wächst die Wirtschaft derzeit langsamer als in Schleswig-Holstein. Gegen den Bundestrend stieg die **Arbeitslosigkeit** im Monat August 2008 in Schleswig-Holstein von 7,4 auf 7,5 % an, und bei der Änderung der Arbeitslosenquote im Jahresvergleich erreicht Schleswig-Holstein mit einem Rückgang von 9,6 % nur den 15. und damit den vorletzten Platz aller Bundesländer.

Aber ist irgendeine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik dieser Regierung erkennbar? - Ich sage: Nein. Stattdessen werden Steuergelder in Millionenhöhe in **Spaßbädern** in Glücksburg, in Flensburg und auf Sylt versenkt. Stattdessen wird ein **Nichtraucherchutzgesetz** verabschiedet, in dessen Folge Hunderte Gastronomen in den wirtschaftlichen Ruin getrieben werden und das den Landeshaushalt Millionen kostet. Stattdessen wird ein **Glücksspielstaatsvertrag** unterzeichnet, der einen ganzen Markt privater Wettanbieter zerstört

und damit auch zu einem massiven Einbruch bei den Steuereinnahmen führt.

(Beifall bei der FDP)

Diese Politik der Landesregierung ist konzeptionslos, sie ist falsch, und sie ist schlecht für das Land. Dann darf sich diese Regierung nicht wundern, wenn sie dadurch immer mehr das Vertrauen der Menschen verspielt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Alte Kamellen! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber sie ist konsequent!)

- Herr Müntemeier, ich habe noch gut die Aussage des SPD-Vorsitzenden Ralf Stegner am Abend der Kommunalwahl im Ohr, bei der die SPD geradezu ein Wahldebakel erlitten hat. Er sagte, der SPD müsse es jetzt darum gehen, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Sehr geehrter Herr Kollege Stegner, mit diesem **Haushalt** können Sie das Vertrauen der Menschen in Schleswig-Holstein nicht zurückgewinnen.

Wie wollen Sie eigentlich den Lehrern, den Feuerwehrmännern und den Krankenschwestern erklären, dass sie weiterhin kein Weihnachts- und Urlaubsgeld bekommen, aber auf der anderen Seite ein dreistelliger Millionenbetrag in die HSH Nordbank gepumpt wird, weil auf den Weltfinanzmärkten Monopoly gespielt wurde?

(Beifall bei der FDP)

Wie wollen Sie eigentlich den Polizeivollzugsbeamten dieses Landes erklären, dass ihnen nun auch noch die Ausgleichszulage für das vorzeitige Ausscheiden aus dem Dienst gestrichen wird, obwohl Sie in Wahlkampfreden immer wieder versichert haben, Herr Kollege Stegner, bei der Polizei werde nicht mehr gespart? Es reicht sicher nicht, dass Sie bei Ihrem Rücktritt als Innenminister nur Ihre eigene Pension im Auge hatten.

Wie wollen Sie eigentlich den Kommunen erklären, dass ihnen im Kommunalen Finanzausgleich weiterhin jedes Jahr 120 Millionen € fehlen, obwohl die Landesregierung mit Steuermehreinnahmen von 879 Millionen € in 2009 und 303 Millionen € in 2010 rechnet?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es fehlt schlicht und ergreifend eine Strategie. Mit diesem Haushalt werden Sie kein Vertrauen zurückgewinnen. Es fehlt eine Strategie zur **strukturellen Einnahmeverbesserung**, zur Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums und zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Ziel muss es doch sein, Steuergelder

(Wolfgang Kubicki)

effizient dort einzusetzen, wo sie private Investitionen auslösen, regionales Wirtschaftswachstum generieren und so die Einnahmehasis des Landes erhöhen. Aber es fehlt genauso ein strukturelles Konzept zur **Haushaltssanierung**, ein Konzept zur Modernisierung und Straffung des Verwaltungshandelns. Sie schaffen keine Verwaltungsreform, keine Privatisierungen, keinen Abbau von Verwaltungsvorschriften, keine aktive Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der FDP)

Stattdessen bröseln Sie den **öffentlichen Dienst** durch die natürliche Fluktuation ab, ohne im Rahmen einer Aufgabenkritik das Verwaltungshandeln auf die Kernaufgaben zu reduzieren. Das Ergebnis ist eine Mängelverwaltung zulasten der Bürger und der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Der Finanzminister hätte in der guten konjunkturellen Lage die Chance nutzen müssen, um ein strukturelles Konsolidierungskonzept vorzulegen - ein Konzept, das die Kernaufgaben staatlichen Handelns definiert, eine umfassende Verwaltungsstrukturreform verpflichtet und ein Personalentwicklungskonzept beinhaltet.

Herr Kollege Wadephul, ich habe immer noch Ihre Aussage im Ohr - das ist noch gar nicht so lange her -, dass ein solches **Personalentwicklungskonzept** vorgelegt wird, das dazu führt, dass wir die strukturelle Schieflage des Haushaltes längerfristig tatsächlich bewältigen können.

Denn nicht nur eine aktivierende Wirtschaftspolitik sorgt für Wachstum, sondern auch die Haushaltskonsolidierung - und das mindestens in zweifacher Hinsicht: Zum einen mehr die steigenden Ersparnisse der öffentlichen Hand die für Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel. Zum anderen verringert sich durch eine konsequente Haushaltspolitik die öffentliche Verschuldung, was wiederum die Kosten für den Schuldendienst drückt.

Herr Wiegard, wir unterstützen Sie voll und ganz bei der Frage der **Altschuldenregulierung**. Allerdings muss ich mir immer wieder vorhalten lassen, dass die Bundesländer - dazu gehört auch Schleswig-Holstein - ihre Hausaufgaben erst einmal selbst erledigen müssen. Wir können nicht auf Kosten der anderen Bundesländer darauf verzichten, unsere Hausaufgaben zu erledigen. Mit diesem Haushalt verhalten sich CDU und SPD eher wie Lottogewinner. Der warme Geldregen verhindert Eigenanstrengungen. Aber wenig später sind die Mehreinnahmen weg, die Probleme allerdings geblieben oder sogar größer geworden.

Nun komme ich zu den Problemen. Das erste große Problem - da muss ich gar kein großer Prophet sein - steht so sicher vor der Tür wie das Amen in der Kirche: die **Verfassungswidrigkeit des Haushalts**. Nach den Plänen der Landesregierung ist die Verfassungsmäßigkeit des Haushaltes am Tag des Inkrafttretens des Haushaltsgesetzes gesichert. Nach dem Haushaltsentwurf wird die Grenze der Verfassungsmäßigkeit um sagenhafte 6,5 Millionen € unterschritten - bei einem **Haushaltsvolumen** von mehr als 12 Milliarden €.

Nur, leider ist dieser Entwurf schon nicht mehr das Papier wert, auf dem er steht. Denn seitdem das Finanzministerium, Herr Kollege Wiegard, die Eckzahlen des Haushaltes aufgestellt hat - das war im April -, sind der Sechs-Monats-Zins von 4,4 % auf 5,15 % und der Zehn-Jahres-Zinssatz von 4,3% auf 4,6% gestiegen. Allein diese **Zinsänderung** - und das sind keine Zahlen, die ich mir ausdenke, sondern offizielle Zahlen aus dem Referat VI 25 des Finanzministeriums - bewirkt eine Mehrausgabe von 40 Millionen € in 2009 und von 50 Millionen € in 2010 für die zu zahlenden Zinsen.

Lieber Herr Wiegard, Ihre immer wieder beschworene Verfassungsmäßigkeit des Haushaltes ist weg, noch bevor der Haushalt in Kraft tritt. Und was machen Sie eigentlich, wenn die **Herbst-Steuerschätzung** nicht so gut ausfällt, wie Sie sich und wir uns das wünschen? - Dann bricht Ihr haushaltspolitisches Kartenhaus noch weiter in sich zusammen.

Aber damit nicht genug. Ich komme zu den **Risiken in den Einzelplänen**. Sie haben in diesem Haushaltsentwurf fast in jedem Einzelplan Risiken in Millionenhöhe.

Schauen wir uns einmal den Einzelplan des **Innenministers** an! Der Innenminister hat mit einem Beschluss des Bundesrats zu kämpfen. Der Bundesrat hat am 4. Juli 2008 beschlossen, das Wohngeld um 60 % zu erhöhen. Ab dem 1. Januar 2009 sollen anstatt 90 € nun 140 € pro Monat gezahlt werden. Im Jahr 2007 hat das Land 38,577 Millionen € Wohngeld geleistet.

Geht man von einer gleichbleibenden Zahl der Empfänger aus - es ist ja nicht ersichtlich, warum es sich verändert haben sollte -, dann müssten im Jahr 2009 aufgrund der 60-prozentigen Steigerung 61,7 Millionen € geleistet werden. Im Ansatz für 2009 sind aber nur 53 Millionen € enthalten. Dies bedeutet eine Unterdeckung von 8,7 Millionen €, für die wir zumindest zur Hälfte einzustehen haben. Sehr geehrter Herr Innenminister, wie soll diese Lücke geschlossen werden?

(Wolfgang Kubicki)

Schauen wir uns einmal den Einzelplan des Wirtschafts- und Wissenschaftsministers an! Das Ministerium für **Wirtschaft und Wissenschaft** hat mit einem Prozess um die Fachhochschule Westküste in Heide zu kämpfen. Sollte das OLG Schleswig das Land verpflichten - es sieht momentan nach der Entscheidung des Bundesgerichtshofs danach aus -, dem Kläger die tatsächlich entgangenen Mieteinnahmen zu zahlen, dann drohen Ausgaben in Höhe von bis zu 7,5 Millionen €, für die im Haushalt keine Vorsorge getroffen ist. Sehr geehrter Herr Wissenschaftsminister, wie wollen Sie diese Lücke schließen?

Schauen wir uns den Einzelplan des Justizministers an! Das **Justizministerium** ist mit einer Klage der Richterschaft konfrontiert. Im Februar 2008 hat der Schleswig-Holsteinische Richterverband vor dem Verwaltungsgericht Schleswig eine Musterklage gegen das Land erhoben. Begründung: Die Dienstbezüge der schleswig-holsteinischen Richter und Staatsanwälte würden sich nicht mehr im Rahmen der verfassungsrechtlich vorgegebenen Alimentation bewegen. - Dieser Auffassung haben sich übrigens auch Richterverbände anderer Länder und die nicht ganz unbedeutende Vereinigung der Verwaltungsrichter auf Bundesebene angeschlossen. Sehr geehrter Herr Justizminister, was machen Sie eigentlich, wenn der Klage der Richterschaft stattgegeben wird? Wie wollen Sie diese Lücke schließen?

Schauen wir uns einmal den Einzelplan der **Bildungsministerin** an! Für 2009 ist eine globale Minderausgabe in Höhe von 2,5 Millionen € und für 2010 eine in Höhe von 6 Millionen € vorgesehen. Aufgelöst werden sollen diese, indem die Lehrer zu einem späteren Zeitpunkt die ihnen zustehende Unterrichtsmäßigung gebündelt in Anspruch nehmen. Dass damit aber logischerweise Stellen unbesetzt bleiben, das erwähnen Sie nicht. Allein im Jahr 2010 müssen zur Erwirtschaftung der 6 Millionen € rund 285 Lehrerstellen unbesetzt bleiben. Die Ankündigung „1.000 neue Lehrer“ ist damit eine reine Mogelpackung.

Frau Ministerin Erdsiek-Rave, das Bildungsministerium könnte noch ein ganz anderes Problem bekommen. Ein von uns in Auftrag gegebenes Gutachten des Wissenschaftlichen Parlamentsdienstes kommt zu dem Ergebnis, dass für die Investitionen der Kommunen für die neuen Regional- und Gemeinschaftsschulen unmittelbar das **Konnexitätsprinzip** gilt, also das Geld vom Land kommen muss. Die spannende Frage ist nicht beantwortet, Herr Finanzminister. Was machen Sie eigentlich, wenn die Kommunen darauf bestehen, dass es ausge-

glichen wird? - Kollege Wadephul, man kann mit den Schultern zucken und sagen, dass man das im Griff hat. Ich warne allerdings davor, das zu unterschätzen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Ich habe gleich Gelegenheit, dazu etwas zu sagen!)

Die Tatsache, dass Sie hier im Haus eine Zweidrittelmehrheit haben, bedeutet nicht, dass Sie alles machen können, was Sie wollen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben dankenswerterweise eine Rechtsprechung, die Machtmissbrauch verhindern kann.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, wir kommen heute Nachmittag noch zu diesem Thema, aber ich möchte jetzt schon sagen, dass ich es nicht für sehr intelligent halte, die Probleme der **HSH Nordbank** im Parlament zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was machen Sie eigentlich, wenn die ambitionierten Pläne der HSH Nordbank nicht aufgehen - und ich erinnere daran, dass die Halbwertszeit der optimistischen Äußerungen des Vorstands der Bank in Wochen gemessen werden kann -, ein dividendenfähiges Jahresergebnis von 400 Millionen € zu erreichen? Woher nehmen Sie dann die fehlenden zweistelligen Millionenbeträge?

Und ist es nicht bitter - das frage ich die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen -, dass dieses Haus vor zehn Wochen einer Kapitalerhöhung von mehreren Hundert Millionen Euro aus Steuermitteln seine Zustimmung erteilt hat und heute im Gegenzug 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter allein in Kiel ihren Arbeitsplatz verlieren? Was ist mit deren Mindestlohn, Herr Kollege Stegner?

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt beinhaltet so viele Risiken, dass heute schon feststeht, dass die **Verfassungsmäßigkeit** nicht gegeben sein wird. Herr Minister, ich sage ausdrücklich: Man kann Ihnen persönlich daraus den geringsten Vorwurf machen.

Dies gilt sowohl für die Aufstellung als auch für den Vollzug. Das ist Ihnen sehr wohl bewusst. Sie wissen, dass dieser Haushalt nicht den Ansprüchen der Verfassung genügt. Denn Sie schaffen - Sie haben gestern gesagt, das sei Quark; darüber diskutie-

(Wolfgang Kubicki)

ren wir vielleicht noch - mit dem **Haushaltsstrukturgesetz** eine zutiefst fragwürdige Regelung.

In § 10 Haushaltsstrukturgesetz heißt es, „innerhalb desselben Aufgabenbereichs (Kapitels) sind die Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8 gegenseitig deckungsfähig.“ - Was bedeutet das konkret? - Es heißt nichts anderes, als dass innerhalb eines jeweiligen Kapitels sämtliche konsumtiven Ausgaben mit den Investitionen gegenseitig deckungsfähig sind. Bisher gab es nur eine einseitige Deckungsfähigkeit der Hauptgruppen 5 bis 7 in Richtung 8 und nicht umgekehrt. Das wiederum heißt, dass Gelder, die das Parlament dem jeweiligen Ministerium als Investitionen bewilligt hat, im **Haushaltsvollzug** vom Ministerium auch für eine beliebige konsumtive Ausgabe verwendet werden können.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Dass das so sein wird, liegt auf der Hand. Denn an den ausgewiesenen konsumtiven Ausgaben kann nicht mehr gespart werden. Auf diese Weise, liebe Kolleginnen und Kollegen, macht man jeden Haushalt verfassungsgemäß. Sie nehmen Kredite bis zur Höhe der Investitionen auf, die von vornherein keine sind beziehungsweise sein sollen, um so konsumtive Ausgaben zu finanzieren. Dieses Verfahren verstößt gegen sämtliche Grundsätze der **Haushaltswahrheit und Haushaltssklarheit**

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und stellt einen klaren Verstoß gegen die Landeshaushaltsordnung dar. Auf dieses Verfahren, Herr Finanzminister Wiegard, ist noch nicht einmal der Kollege Stegner gekommen, und der war schon sehr kreativ bei seiner Haushaltsbuchführung.

Ganz nebenbei entmachtet die Große Koalition dabei das **Parlament**, da nun den Ministerien ein Freibrief erteilt wird, wofür sie Gelder in welcher Höhe ausgeben. Weder parlamentarische Kontrolle noch Transparenz sind damit zukünftig gewährleistet. Ich fordere die Fraktionen von CDU und SPD eindringlich auf, diese **Selbstentmachtung** nicht hinzunehmen. Ansonsten können wir uns die gesamte Haushaltsberatung sparen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Entwurf des Doppelhaushalts 2009/2010 zeigt, dass der Landesregierung die Finanzen des Landes aus dem Ruder laufen. Der Landesregierung fehlt ein strukturelles

haushaltspolitisches Konzept, das zum einen die Einnahmeseite durch eine aktivierende Wirtschaftspolitik stärkt und zum anderen die Handlungsspielräume durch eine konsequente Konsolidierung der Ausgabeseite erweitert.

Wegen der enormen **Haushaltsrisiken**, die sich in diesem Haushaltsplan in allen Einzelplänen wiederfinden, wegen der sich abkühlenden Konjunktur und wegen der stark gestiegenen Kreditzinssätze wird es die Landesregierung nicht schaffen, zu einem verfassungskonformen Haushalt zurückzukehren. Leider ist dieser Haushaltsentwurf ein Entwurf der verpassten Chancen. Er zeigt eindrucksvoll, dass diese Koalition nun auch an ihrer letzten selbsternannten Legitimation, der Sanierung der Finanzen des Landes Schleswig-Holstein, gescheitert ist.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Dr. Johann Wadephul, das Wort.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kubicki, „Verpasste Chancen“ ist das Stichwort, mit dem ich beginnen will. So eine Haushaltsdebatte ist immer auch eine Chance für den Oppositionsführer. Diese Chance haben Sie aus meiner Sicht eindeutig verpasst.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir stellen nämlich in den letzten Tagen bei Ihnen eine gewisse Irritation dahin gehend fest, wo Sie sich politisch zu verorten haben. Die SPD kann sich trotz Ihrer Kritik, die Sie hier geübt haben - da will ich die SPD nicht in Schutz nehmen; das überlasse ich dem Kollegen Stegner -, gar nicht vor Koalitionsangeboten seitens der FDP retten. Das entnehme ich beispielsweise der „Leipziger Volkszeitung“ oder NDR Info.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Lesen sollte man können!)

Da frage ich mich schon, Herr Kubicki, wo Sie die FDP sehen.

- Das habe ich schon. Das variiert ja. Es wird gesagt: Na ja, wenn Müntefering und Steinmeier die Sozialdemokraten Ypsilanti und Stegner davon abhalten, mit den Linken zu paktieren, stünde die

(Dr. Johann Wadephul)

FDP bereit. Heute höre ich im NDR, es werde noch ein bisschen ordentliche Wirtschaftspolitik verlangt werden. Also, die Konditionen ändern sich jeden Tag. Herr Stegner braucht nur noch ein bisschen zu warten, und dann ist die FDP möglicherweise noch zu ganz anderen Preisen zu haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Höre ich da eine gewisse Angst heraus, Herr Kollege?)

- Nein, überhaupt nicht. Wir sehen das ganz sportlich.

Ich will dazu nur Folgendes sagen: Wenn Sie hier anmahnen, es fehle ein strukturelles Konzept, wenn Sie von Risiken des Haushaltes sprechen, davon, er sei mit heißer Nadel genäht und hier und da - im Justizbereich, im Wissenschaftsbereich - gebe es weitere Risiken, erwarte ich von einem Oppositionsführer, der zu Recht darauf hingewiesen hat, dass er diesem Hohen Haus seit 18 Jahren angehört, auch einmal ein eigenes Konzept, das er uns vorschlägt.

(Beifall bei CDU und SPD)

Da war Fehlanzeige. Überhaupt nichts zu hören.

Auch wenn es eine rechtliche Selbstverständlichkeit ist, dass dieser Haushaltsentwurf wieder in die Regelkreise von Recht und Gesetz zurückkehrt - seit 1996 haben wir einen solchen Haushalt nicht gehabt -, ist das eine Leistung dieser Landesregierung, für die ich mich namens meiner Fraktion sehr herzlich bedanken möchte. Ich möchte mich auch bei Finanzminister Rainer Wiegard sehr herzlich bedanken, weil er der Schrittmacher dafür gewesen ist, dass es dazu gekommen ist.

(Beifall bei der CDU)

Die **Finanzlage** des Landes Schleswig-Holstein - Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, Herr Kubicki - war 2003 natürlich dramatisch. Sie ist auch heute noch dramatisch. Warum führen wir denn im Rahmen der **Föderalismuskommission II** Gespräche darüber, dass man drei Bundesländern, dem Saarland, Bremen und Schleswig-Holstein, hilft? - Deswegen, weil es uns dramatisch schlecht geht. Das ist so. In dieser Lage einen **verfassungsgemäßen Haushalt** vorzulegen und an schwierigsten Stellen zu sparen, Menschen erklären zu müssen, dass sie ihr Weihnachtsgeld nicht mehr bekommen, den Kommunen zu erklären, dass ihre Zuschüsse zu kürzen sind, ist kein Zuckerschlecken. Das ist nicht Politik nach Art von Sonntagsreden, wie Sie sie hier im Plenarsaal gerade gehalten haben, sondern das ist Alltagsarbeit einer Großen Koalition, die ihre Pflicht erfüllt und erkennt, was ihre Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern die-

ses Landes ist. Das machen wir. Diesen Weg werden wir weitergehen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die Ausgangslage ist schwierig genug. Der Herr Finanzminister hat sie beschrieben. Wir kommen von einer Nettokreditaufnahme von 1,7 Milliarden € und haben immer noch eine viel zu hohe **Nettokreditaufnahme**. Insgesamt stehen wir vor Aufgaben, die weiterhin eine Herkulesarbeit im Bereich des Haushalts erfordern.

Herr Kollege Hentschel, ich habe im Vorfeld gehört, was Sie zur Haushaltspolitik so sagen und was Sie von uns in den einzelnen Bereichen verlangen. Die finanzpolitische Ausgangslage, vor der wir miteinander stehen, ist eine, für die in diesem Haus viele Verantwortung tragen, vielleicht mit Ausnahme der Freien Demokraten. Auch die Haushaltspolitik der Union in den 80er-Jahren ist nicht immer allen Ansprüchen gerecht geworden, wie der Finanzminister heute zu Recht noch einmal formuliert hat.

Aber auch die Haushaltspolitik in der Zwischenzeit und gerade in der Regierungszeit zwischen 1996 und 2005, in der die Grünen beteiligt waren, hat zu einer erheblichen Steigerung der Schulden geführt. 8 Milliarden € neue Schulden verantworten auch die Grünen. Sie sollten sich aus dieser Verantwortung nicht herausstellen. Wir werden es in der Öffentlichkeit immer wieder sagen.

Deswegen höre ich mit einem gewissen Amüsement, dass gerade Sie, Herr Kollege Hentschel, uns auch beim Thema **Verwaltungsstrukturreform** treiben: Es kann nicht schnell genug gehen, die Einsparungen können nicht hoch genug sein. Ich stelle zunächst einmal fest, dass zu dem Thema Verwaltungsstrukturreform, die sich nicht nur auf die Frage bezieht, ob man die Gebietskulissen auf der Ebene der Kreise verändert, sondern die auch eine Menge interne Strukturreformen beinhalten kann, ja sollte, Rot-Grün in den Zeiten ihrer Verantwortung überhaupt nichts gemacht hat.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Quatsch! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dazu kommen wir!)

Sie haben zu diesem ganzen Bereich nicht einen einzigen Vorschlag in die öffentliche Diskussion hineingebracht.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darüber können wir noch einmal reden!)

(Dr. Johann Wadehul)

Ich höre Ihre Zahlen, was es an **Einsparvolumen** gibt. Dazu muss ich sagen, dass mich der Kollege Hentschel an Graf Zahl aus der Sesamstraße erinnert. Auch er geriet immer in Ekstase, je höher die Zahl war, und freute sich immer mehr.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir müssen uns schon an den Zahlen festhalten, die seriös ermittelt worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Nur auf dieser Grundlage - das will ich Ihnen in aller Ernsthaftigkeit sagen - kann man eine Verwaltungsstrukturreform, die auch eine Gebietskulisse verändern kann, begründen. Ich kann Ihnen nur empfehlen, das Urteil des **Verfassungsgerichts Greifswald** ausführlich zu lesen. Wenn in Mecklenburg-Vorpommern solche Fehler gemacht worden sind, sollte man dieselben hier nicht noch einmal machen. Wir kommen nicht daran vorbei, eine sehr sorgfältige Analyse zu betreiben, wie viele Kosten dort verursacht werden und wie viele Kosten eingespart werden können, das heißt, welche **Fusionsrendite** zu erwirtschaften ist. Nur wenn wir ein klares Zahlenmaterial haben, werden wir eine klare Grundlage für eine politische Entscheidung haben, die auch durchhält. Uns hilft ein großer Beschluss jetzt nicht, der 2012 oder 2013 vor dem gerade jüngst eingerichteten Landesverfassungsgericht wieder scheitert.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alles für unsere Ausgaben!)

Für so eine Geschichte sind wir nicht zu haben. Wir machen unsere Arbeit solide. Wir wollen einsparen. Wir wollen Verwaltungskosten einsparen. Aber wir machen keinen verfassungsrechtlichen Blindflug.

(Beifall bei CDU und FDP - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gar nicht!)

Ich will offen einräumen, dass ich mir im Bereich der **Entbürokratisierung**, des Stellenabbaus mehr erwünscht hätte.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stattdessen gibt es weniger!)

Da sind wir in der Koalition nicht weitergekommen. Das ist eine Problematik. - Frau Kollegin Heinold, gerade von den Grünen gibt es doch die größten Widerstände, überall dort etwas einzusparen, wo es möglich wäre.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Quatsch!)

- Natürlich! Denken wir einmal über die gesamte Umweltverwaltung nach. Hier sage ich Minister Dr. Christian von Boetticher einen ausdrücklichen Dank dafür, dass er substanzuell

(Beifall bei der CDU)

und ohne dass es eine Verpflichtung dazu gab, etwas gemacht hat. Er hat einfach gehandelt. Das muss Vorbild sein. Das müsste auch gerade für die Grünen Vorbild sein, sodass wir an dieser Stelle weiterkommen können.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich haben wir erhebliche **Altlasten**. Jeder weiß, wenn wir keine Altlasten hätten und wir die Schulden nicht bedienen müssten, wären wir schon lange im grünen Bereich und hätten das erreicht, was der Finanzminister gesagt hat: Wir würden eine schwarze Null schreiben. Wir würden sogar Überschüsse haben. Aber wir haben die **Schulden**. Wir werden sie nicht ohne Weiteres loswerden, obwohl der Ministerpräsident gemeinsam mit Minister Döring auf Bundesebene einen von meiner Fraktion sehr unterstützten Vorschlag gemacht hat. Ich bin sehr froh, dass auch andere, zum Beispiel Herr Oettinger, das politisch begleitet haben. Zum jetzigen Zeitpunkt müssen wir möglicherweise feststellen, dass das nicht umzusetzen sein wird. Deswegen stehen wir weiter vor einer riesigen Aufgabe.

Die bundespolitische Diskussion geht eindeutig in die Richtung, dass es ein **Verschuldungsverbot** im **Grundgesetz** und in den **Landesverfassungen** geben soll und geben wird. Das wird kommen. Man wird darüber sprechen müssen, wann. Ich weiß nicht, ob der Kollege Neugebauer auch dann noch hier im Landtag sitzt. Für ausgeschlossen halte ich das nicht.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Es ist zu befürchten!)

Mitte des nächsten Jahrzehnts werden wir über so ein Verschuldungsverbot reden. Ich bin der Auffassung, dass wir uns in aller Ernsthaftigkeit darüber klar werden sollen, welche Aufgabe damit vor uns liegt.

Weitere 500 Millionen € müssen substanzuell eingespart werden. Das ist keine Kleinigkeit. Wer in diesem Zusammenhang - es ist naheliegend, und es bringt Spaß, und es ist einfach - immer wieder so tut, als könnte man 500 Millionen € in der Substanz noch einmal einsparen, als könnte man gleichzeitig ohne Weiteres 120 Millionen € in den Kommunalen Finanzausgleich zurückschießen, als könnte man

(Dr. Johann Wadephul)

den Beamten die 100 Millionen € ohne Weiteres zurückgeben, wer so etwas verspricht,

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war Ihre Politik vor drei Jahren!)

ist zwar in der Opposition, hat ein leichtes Spiel, bekommt von Betroffenen auch Beifall, aber der wird den Anforderungen einer seriösen Haushaltspolitik für Schleswig-Holstein nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Deswegen müssen wir hierüber weiter sehr intensiv nachdenken. Aus der Sicht meiner Fraktion müssen wir auch darüber nachdenken, wie wir den Personalkörper des Landes mit Ausnahme des Bildungsbereiches, zu dem ich gleich noch etwas sagen werde, wo wir viel getan haben, aber auch anderer Kernbereiche unserer Landesverwaltung weiter abschmelzen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nachdenken allein bringt nichts!)

Wenn wir das nicht tun, haben wir überhaupt keine Chance - das ist das **Personalstrukturkonzept**, das ich erwähnt habe, Herr Kubicki -, diese Sparziele zu erreichen. Das muss sein.

(Vereinzelter Beifall bei CDU)

Damit brechen wir doch nicht den Stab über den einzelnen Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, sei er Angestellter, sei er Arbeiter, sei er Beamter.

Nein, wir wissen, dass unsere Beamtinnen und Beamten, dass unsere Angestellten eine tolle Arbeit leisten und dass wir sehr zufrieden sein können, dass wir eine hoch motivierte Beamtenschaft haben, was mich gerade im Bereich der Polizei angesichts der Überstundenzahl, die sich dort akkumuliert hat, mittlerweile wirklich wundert. Deshalb muss ich an dieser Stelle sagen: Bei allem Respekt vor der großen Einsatzbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes kommen wir nicht daran vorbei, den **Personalkörper** in Schleswig-Holstein mittelfristig deutlich zu reduzieren.

Wir haben - auch wenn der Kollege Kubicki meinte, die Worte, mit denen dies verbunden wird, auf die Schippe nehmen zu müssen - Schwerpunkte in diesem Haushaltsentwurf gesetzt. Die parlamentarischen Diskussionen werden jetzt beginnen. Die Koalition hat sich in den **Bereichen Bildung, Wissenschaft und Familienpolitik** auf zukunftsweisende Projekte verständigt. Im Übrigen geht es dabei um eben die Forderungen, die wir von der Opposition

immer wieder hören. Wenn nicht Sie sprechen, Herr Kubicki, sondern der Kollege Klug spricht, hören wir immer wieder heraus, dass wir gerade im Bereich der Bildungspolitik und für die Kinder gar nicht genug tun können.

(Beifall bei der FDP)

Es kommt nicht auf die Überschriften an, sondern an den jeweiligen Stellen wird dann stets mehr Geld eingefordert. Deshalb ist es, wie ich glaube, richtig, dass wir in dem Ansinnen, für die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** mehr zu tun, die **Kinderbetreuung** bis 2013 für die unter Dreijährigen konsequent ausbauen. Wenn wir auch in eine elternbeitragsfreie Kinderbetreuung der Drei- bis Sechsjährigen im Kindergarten einsteigen wollen, wird das teuer. Das kostet uns viel Geld. Angesichts des Umstandes, dass wir - Herr Kubicki hat es ja gesagt - uns 6,5 Millionen € oberhalb der von der Verfassung gesetzten Grenze befinden, muss man sehr ernsthaft darüber nachdenken, ob man so etwas machen kann. Wir meinen, man sollte es machen. Man muss es machen.

Natürlich haben wir ein gemeinsames politisches Ziel. Dieses Ziel haben wahrscheinlich sogar alle hier im Hause. Es ist wünschenswert und unser Ziel, dass alle Kinder elternbeitragsfrei in den Kindergarten gehen. Natürlich ist es auch wünschenswert, dass wir insbesondere für diejenigen, die sozial schwach sind, dafür sorgen, dass die Kinder auch eine Morgenmahlzeit und eine Mittagsmahlzeit bekommen. Wir wissen um die sozialen Umstände in Schleswig-Holstein. In anderen Bundesländern sind sie weitgehend nicht anders. Wer heutzutage in den Kindergarten geht und sich einmal anguckt, wie die Kinder dort teilweise ankommen, kann leicht nachvollziehen, dass es viele Familien gibt, die nicht mehr richtig funktionieren und in denen die Eltern aus den verschiedensten Gründen überfordert sind. Deshalb haben wir als verantwortungsvolle Sozialpolitiker, die es in den großen Koalitionen in beiden großen Volksparteien gibt, natürlich auch die Verantwortung, uns um diese Kinder zu kümmern. Deswegen bleibt es natürlich ein politisches Ziel, nicht nur für das erste Kindergartenjahr die **Beitragsfreiheit** einzuführen, sondern auch darüber nachzudenken, es für die weiteren Kindergartenjahre zu tun. Das ist völlig unstrittig.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir befinden uns an dieser Stelle - das muss man gerade in einer Haushaltsdebatte sagen - aber natürlich in einem Spannungsfeld. Wir befinden uns in einer Situation - ich habe es gerade gesagt -, in der

(Dr. Johann Wadephul)

wir beim Thema Verfassungsgemäßheit gewissermaßen gerade das Stadium von Oberkante Unterlippe erreicht haben. Es ist problematisch, angesichts dieser Situation in Bezug auf 50 Millionen € für die weiteren beiden Kindergartenjahre heute verbindliche Aussagen zu treffen. Wir sagen, es ist wünschenswert, eine solche Maßnahme ins Auge zu fassen. Sie ist aber derzeit haushaltspolitisch und auch ethisch nicht verantwortbar, weil die Kinder, die dann jetzt kostenlos in den Kindergarten gehen würden, später die Suppe auslöffeln müssten. Sie müssten die Schulden zurückzahlen, und zwar mit Zins und Zinseszins, die wir heute machen. Das halten wir nicht für verantwortbar.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden deswegen über diesen Bereich sicherlich noch weiter nachdenken.

Ich will nun auf die **Schulpolitik** zu sprechen kommen. Wir haben die Ganztagsangebote konsequent weiter ausgebaut. Wir stellen mehr Lehrerstellen zur Verfügung, und zwar in einem Ausmaß, wie es ursprünglich nicht angedacht war. Das hängt, ob man es will oder nicht, mit Folgendem zusammen. Was diesen Punkt angeht, sind die Sympathien unterschiedlich verteilt. Das weiß auch jeder innerhalb der Großen Koalition. Eines kann man unter dem Strich aber festhalten. Der kommunalen Landschaft, den Bürgerinnen und Bürgern, den Schülerinnen und Schülern muss niemand die **neuen Schulen** aufzwingen. Es gibt einen Run auf die neuen Schulen. Sie werden angestrebt, sie werden gesucht. Die Verteilung ist natürlich manchmal so, wie wir es ursprünglich nicht erwartet haben. Es wird aber niemand in diesem Land in ein Zwangssystem gepresst. Es ist vielmehr so, dass die Schulen begrüßt werden. Es gibt sogar einen Wettbewerb.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo sollen sie denn sonst hingehen?)

Es gibt viele Gemeinden, denen es mit der Einrichtung der neuen Schulen gar nicht schnell genug gehen kann. Wir haben diesbezüglich im Frühjahr deshalb noch Auseinandersetzungen gehabt. Die Bildungsministerin hat lange darüber nachgedacht, welche Regionalschule und welche Gemeinschaftsschule sie noch genehmigt. Einigen konnte es doch nicht schnell genug gehen. Das sollte gerade die FDP begreifen, die in dieser Hinsicht meines Erachtens noch einen sehr rückwärtsgewandten Blick hat. So, wie ich es eben beschrieben habe, ist es derzeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Das Schulsystem wird also akzeptiert, und es gibt überhaupt keine gesetzliche Verpflichtung, Herr Kollege Klug, eine Regionalschule oder eine Gemeinschaftsschule einzurichten. Dies geschieht vielmehr freiwillig.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie bitte?)

- Eine solche **gesetzliche Verpflichtung** gibt es nicht. Herr Kollege Kubicki, ich empfehle Ihnen einmal einen Blick in das **Schulgesetz**. Derzeit ist die Einrichtung jeder Regionalschule oder Gemeinschaftsschule freiwillig. Wer freiwillig etwas einführt, kann sich doch nicht auf das **Konnexitätsprinzip** berufen. Das müssten Sie als Strafverteidiger juristisch doch nachvollziehen können.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Dr. Wadephul, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Ja.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Wadephul, ich kann das nachvollziehen. Dies als Vorbemerkung. Meine Frage lautet: Empfehlen Sie den Kommunen jetzt, bis 2010 zu warten, bis sie ihre jeweilige Schulform anmelden?

Ich empfehle den Kommunen überhaupt nichts. Wir haben dies den Kommunen von vornherein freigestellt.

(Lachen bei der FDP - Günther Hildebrand [FDP]: Das ist link!)

Ich stelle nur fest, dass wir ein Schulgesetz verabschiedet haben. Auf dieses **Schulgesetz** hätte es ja unterschiedliche Reaktionen geben können. Es hätte Massendemonstrationen dagegen geben können. Es hätte die Situation geben können, dass in jeder Gemeinde gesagt wird: Wir wollen unsere Hauptschule behalten. - So ist es aber nicht. Die Gemeinden wenden sich vielmehr an das Bildungsministerium; sie können ihre Schule gar nicht schnell genug bekommen. Die **Schulträger** können doch nun schon rein logisch hinterher nicht ankommen und sich auf das Konnexitätsprinzip berufen. Das ist ein Thema, über das wir im juristischen Fachgespräch sicherlich noch einmal diskutieren können. Herr Kollege Kubicki, ich bin gern bereit, darüber mit Ihnen zu diskutieren. Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es keine Veranlassung, an dieser Stelle über eine

(Dr. Johann Wadehul)

rechtliche Verpflichtung des Landes nachzudenken. Dies heißt aber nicht - das will ich politisch an dieser Stelle dazu sagen -, dass ich der Meinung bin, wir sollten uns bei diesem Thema jetzt in juristische Grabenkämpfe begeben. Wenn der Bürgermeister der Hansestadt Lübeck, Herr Saxe, so etwas für erforderlich hält, mag er so entscheiden. Ich würde den Lübeckern empfehlen, mit ihm noch einmal in ein Gespräch einzutreten, soweit dort noch ein Gesprächskontakt besteht.

(Heiterkeit bei der CDU)

- Bei den turbulenten Szenen unter den Sozialdemokraten in Lübeck ist das nicht ganz sicher. Aber Spaß beiseite: Ich bin durchaus der Meinung, dass wir uns dieses Themas politisch insgesamt annehmen sollten.

Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger erwarten schlicht und ergreifend, dass die Politik handelt. Sie fragen nicht danach, ob an dieser Stelle die Kommunalpolitik anfängt, den Schwarzen Peter zum Land hinüberzuschieben, oder ob an jener Stelle das Land anfängt, den Schwarzen Peter zu den Kommunalpolitikern hinüberzuschieben. Es gibt vielmehr eine gemeinsame Verantwortung aller politisch Verantwortlichen, dafür zu sorgen, dass es eine gute Ausstattung für unsere Schulen in Schleswig-Holstein gibt. Wir müssen hier gewissermaßen gemeinsam in die Hände spucken. In diesem Geiste sollten wir uns gemeinsam mit den Kommunen den einschlägigen Problemen in den nächsten Wochen widmen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich möchte nun noch in aller Kürze auf drei Politikfelder zu sprechen kommen. Es ist zu Recht gesagt worden, dass wir auch im **Wissenschaftsbereich** einen Schwerpunkt setzen. Wir unternehmen Anstrengungen, 4.000 zusätzliche Studierende an unseren Hochschulen und Universitäten aufzunehmen. Ich halte das wirklich für eine Zukunftsfrage für unser Heimatland Schleswig-Holstein. Wir haben immer noch die Situation, dass die Studierwilligen aus Schleswig-Holstein nicht alle an den Hochschulen unseres Landes ausgebildet werden können. Es gibt in der Bilanz einen Überschuss. Wir sind darauf angewiesen, dass andere Hochschulen in anderen Bundesländern unsere Kinder ausbilden. Ich will hier nicht etwa der Entwicklung das Wort reden, dass jeder in Schleswig-Holstein groß werden muss, hier Abitur machen muss und hier sein gesamtes Studium absolvieren muss. Das ist nicht gefordert. Wenn wir zukunftsfähig sein wollen und wenn wir wissen, dass Bildung der Schlüssel für die

Zukunft unseres Landes ist, müssen wir im Lande Schleswig-Holstein aber dafür sorgen, dass wir für alle Studierwilligen, die aus Schleswig-Holstein kommen, auch **Studienplätze** anbieten. Darum müssten wir gemeinsam kämpfen. Deswegen ist der Schwerpunkt an dieser Stelle völlig richtig gesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Ich springe jetzt ein wenig und wende mich dem Bereich der **Justiz** zu, den der Kollege Kubicki ja schon angesprochen hat. Ich will mich nicht dazu äußern, ob die angesprochene **Klage** Erfolg hat. Es hat mittlerweile eine verwaltungsrechtliche Entscheidung gegeben, mit der eine derartige Klage in einem anderen Bundesland abgewiesen worden ist. Weil es hierzu nach Vorlage des Haushaltsentwurfs Diskussionen gegeben hat, will ich aber noch ganz kurz Folgendes sagen. Wir kennen die Situation bei den Staatsanwaltschaften seit vielen Wochen. Der Vorsitzende des Innenausschusses, Herr Kollege Kalinka, hat im Auftrag der Fraktionen die Staatsanwaltschaften besucht und sie auf die Situation aufmerksam gemacht. Es ist für uns ganz klar, dass wir uns dementsprechend für eine sachgerechte **Personalausstattung der Staatsanwaltschaften** in Schleswig-Holstein einsetzen. Es ist wichtig, dass wir Strafverfolgung nicht nur der Polizei überlassen, sondern insbesondere auch unsere Staatsanwaltschaft und unsere Gerichte mit ausreichendem Personal ausstatten.

(Beifall bei der FDP)

Generalprävention ist wichtig. Deswegen werden wir an der Stelle in den Beratungen der Ausschüsse darüber nachzudenken haben, ob wir hier andere Schwerpunkte setzen. Es wäre ein Skandal, wenn wir in Schleswig-Holstein in die Situation kämen, dass ein Schwerverbrecher aus der Untersuchungshaft entlassen werden müsste, nur weil die Staatsanwaltschaft nicht in der Lage gewesen wäre, rechtzeitig Anklage zu erheben. Für so etwas möchte ich nicht verantwortlich sein. Deswegen werden wir uns diesen Bereich ganz genau ansehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Dazu gehört auch, dass wir die **Polizei** weiterhin tatkräftig unterstützen. Die Ausstattung mit materiellen Ressourcen muss besser werden. Deswegen bin ich sehr froh, dass wir die Mittel bereitstellen können, um die Einführung des Digitalfunks vorzubereiten und in ersten Schritten auch damit zu beginnen.

Die 800.000 **Überstunden**, die die Polizeibeamten angesammelt haben, sind in der Tat ein Problem.

(Dr. Johann Wadehul)

Hier gilt es, diese Überstunden weiterhin abzubauen.

Ich bin sicherlich mit dem Innenminister des Landes einer Meinung, dass uns die schlechte **Beförderungssituation** im Polizeibereich in Schleswig-Holstein ein Dorn im Auge ist. Ich sage für meine Fraktion: Wollen wir die Motivation unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nicht dauerhaft gefährden, dann müssen wir dafür sorgen, dass die Beförderungschancen in Schleswig-Holstein mindestens ebenso gut sind wie in den norddeutschen Nachbarländern. Dieses Problem werden wir uns sehr genau ansehen, und darum werden wir uns auch kümmern.

(Beifall bei CDU und SPD)

Haushaltspolitik kann man nicht betreiben, wenn man nicht auch auf die Einnahmeseite blickt. Natürlich lebt auch dieser Haushalt von deutlich gestiegenen Einnahmen. Die sind darauf zurückzuführen, dass allen Unkenrufen zum Trotz die schleswig-holsteinische Wirtschaft gut dasteht. Ich halte die magische Grenze von 100.000 Arbeitslosen für erreichbar. Das wäre ein tolles Zeichen, und das würde eine Verstetigung einer Entwicklung bedeuten, die wir seit Beginn der Großen Koalition hier in Schleswig-Holstein haben.

Ich finde, dass die Landesregierung, insbesondere der ehemalige Wirtschaftsminister Dietrich Austermann, dem ich an dieser Stelle namens meiner Fraktion im Hohen Haus noch einmal ein herzliches Dankeschön für seine Arbeit im Wirtschafts- und Wissenschaftsbereich sagen möchte,

(Beifall bei CDU und SPD)

hervorragende Voraussetzungen dafür geschaffen hat, dass mehr **Arbeitsplätze** in Schleswig-Holstein entstehen können.

Wir brauchen eine bessere **Infrastruktur**. Deswegen möchte ich an der Stelle auch noch einmal die Freude meiner Fraktion zum Ausdruck bringen, dass im Beisein des Herrn Ministerpräsidenten der Staatsvertrag für die feste **Fehmarnbelt-Querung** mit dem Königreich Dänemark seitens der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet werden konnte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist kein Prestigeobjekt, sondern dies wird eine neue Lebensader für Schleswig-Holstein sein mit großen Wachstumschancen für unsere Wirtschaft, natürlich im südlichen Schleswig-Holstein, aber auch ausstrahlend in die Mitte und in den Norden. Wir verbinden zwei boomende Regionen, die Öresund-Region und die Metropolregion Hamburg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist außerordentlich verdienstvoll, dass sich diese Landesregierung unter Leitung von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen für diese Querung gegen viele Widerstände auch in meiner Partei in Berlin eingesetzt hat. Wir sind stolz darauf, und wir sind froh, dass endlich der Startschuss für diese neue Lebensader unseres Heimatlandes gegeben worden ist.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir gehen mit einer deutlich besseren Ausgangslage in die jetzt beginnenden Haushaltsberatungen als in den vergangenen Jahren. Immerhin ist der Entwurf schon verfassungsgemäß; wir haben darüber gesprochen, das ist keine Selbstverständlichkeit. Unser Ziel muss es sein, in der Mitte der nächsten Wahlperiode einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Dafür muss der Grundstein am Ende dieser Wahlperiode gelegt werden. Es ist keine Selbstverständlichkeit in einem herannahenden Wahlkampf, sich als Große Koalition hier zusammenzufinden. Deswegen bin ich sehr dankbar, dass das Kabinett, und zwar alle Kabinettsmitglieder gemeinsam, diesen Entwurf vorgelegt hat. Meine Fraktion wird konstruktiv mit der SPD-Fraktion die Beratung zu diesem Haushaltsentwurf fortsetzen. Wir wollen diesen Haushalt verfassungsgemäß unter Dach und Fach bringen und damit einen Grundstein dafür legen, dass Schleswig-Holsteins Entwicklung im nächsten Jahrzehnt noch deutlich besser werden kann.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Meine Damen und Herren, auf der Tribüne begrüßen wir Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Föhr und Angehörige des 3. Spezialpionierbataillons 164 aus Husum. - Seien Sie uns alle herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Fraktion der SPD hat das Wort deren Vorsitzender, der Herr Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vom römischen Kaiser Marc Aurel stammt die Aufforderung: „Die Zukunft darf dich nicht beunruhigen. Wenn es nötig werden sollte, wirst du ja an sie im Besitz derselben Vernunft herankommen, die du jetzt gegenüber der Gegenwart gebrauchst.“

(Dr. Ralf Stegner)

Diese Aufmunterung passt gut für meine erste Haushaltsrede als Fraktionsvorsitzender. Die SPD-Fraktion bekennt sich ausdrücklich dazu, alle Anstrengungen für eine nachhaltige **Haushaltskonsolidierung** zu unternehmen, indem wir entschlossen die Weichenstellungen für die Zukunft vornehmen, die politisch notwendig und verantwortbar sind.

(Beifall bei der SPD)

Hinzu kommen erhebliche Herausforderungen, die es notwendig machen, auch sehr langfristige, das heißt über die Dauer von Legislaturperioden hinausreichende Fragestellungen aufzuarbeiten und entsprechende Konsequenzen für die Haushaltsplanung und für die Förderpolitik des Landes zu ziehen. Dazu gehört insbesondere die **demografische Entwicklung**, aber auch die Entwicklung der **Wirtschaftsstruktur** sowie die Veränderung der **föderalen Struktur** Deutschlands und eines wachsenden Europas.

Wir sehen, dass wir trotz steigender Steuereinnahmen, die ich mir übrigens, ähnlich wie Claus Möller, früher gewünscht hätte - ich gönne Ihnen das aber, Herr Finanzminister Wiegard -, Probleme haben, allein die Minimalanforderungen finanziell zu bedienen. Wir sehen, dass wir für ein gesellschaftlich und wirtschaftlich zukunftsfähiges Schleswig-Holstein einen enormen Investitionsbedarf in den Bereichen Bildung, Betreuung und Wissenschaft haben. Alles andere würde zum einen jene ohne Perspektiven lassen, die dringend welche brauchen, und uns zum anderen von der deutschen und europäischen Entwicklung abhängen.

Was heißt das? - Erstens. Wir müssen unsere Strukturen effizienter gestalten. Jeder Euro, der in unnötige Bürokratien fließt, ist ein Euro zu viel.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen unsere Hausaufgaben mit einer konsequenten **Verwaltungsstruktur- und Funktionalreform** machen. Ich hoffe immer noch, trotz der Einlassungen des Kollegen Dr. Wadephul, dass im Koalitionsausschuss in der nächsten Woche die Zeichen auf grün bleiben und nicht parteipolitische Erwägungen dem Wohl des Landes vorgezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir können und dürfen nicht auf Einnahmen verzichten. Das gilt in jeder Hinsicht. Ich fordere hier ganz klar eine vernünftige **Reform der Erbschaftsteuer**,

(Beifall bei der SPD)

die zum Beispiel durch angemessene Belastung der großen Immobilienvermögen nicht nur gerechter ist, sondern uns auch eher mehr als weniger Geld in die Kassen bringt.

Drittens. Wir müssen gerade vor den großen Herausforderungen in Sachen Bildung und Wissenschaft **Steuersenkungsphantasien** so lange eine Absage erteilen, solange keine seriöse **Gegenfinanzierung** steht oder Schleswig-Holstein nicht in der Lage ist, einen Haushalt ohne neue Schulden aufzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Wir werden unsere Schwerpunkte nur finanzieren können, wenn wir auf andere verzichten. Ich glaube, dass wir in der gesamten Förderpolitik diesbezüglich eine eindeutigeren Ausrichtung brauchen. Gießkannen helfen dabei, Zimmerpflanzen zu wässern, für eine vernünftige Haushaltspolitik taugen sie nicht.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen einen **Zukunftspakt** für Bildung, Kinderbetreuung und Familien. Die wirtschaftsliberalen Konzepte rigoroser Ordnungstheoretiker taugen nicht für die politische Praxis. Im Gegenteil, sie stärken real die aktuelle Negativspirale, da wir wichtige, ja existenzielle Weichenstellungen für die Zukunft nicht treffen können. Lesen Sie einmal das „Handelsblatt“ von heute, nicht gerade ein linkes Blatt, was das zu diesem Thema sagt. Genau dieses, was ich gerade festgestellt habe! Bildung ist der Rohstoff, aus dem wir zukünftigen Wohlstand und eine gerechtere Gesellschaft erreichen können. Es ist ein teurer Rohstoff. Es gibt nur eines, was uns noch teurer zu stehen käme, nämlich wenn wir diesen Rohstoff in den Köpfen unserer Kinder und Jugendlichen nicht entschlossen fördern würden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt nichts Besseres als **Bildung**, wenn man eine Gesellschaft stark, leistungsfähig, gesund und modern gestalten will. Bildungsarmut hingegen zieht andere Arten von Armut nach sich. Wer Bildung hat, partizipiert. Das gilt für Einzelne ebenso wie für die Gesellschaft. Menschen mit höherer Bildung sind deutlich weniger von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht. Sie werden älter, und sie können die Teilhabemöglichkeiten in unserer Gesellschaft besser nutzen. Wer Gerechtigkeit will, muss für faire Bildungschancen sorgen.

(Dr. Ralf Stegner)

Deshalb müssen wir uns den Einstieg in die **beitragsfreie Kindertagesstätte** selbst dann leisten, wenn wir ihn uns fiskalisch und nach dem Saldo aus gegenwärtigen Einnahmen und Ausgaben nicht leisten könnten. Deshalb müssen wir Geld in die Hand nehmen, um mehr **Chancengerechtigkeit** in unserem **Schulsystem** herzustellen.

Landesweit stimmen die Eltern mit den Füßen ab und geben uns Sozialdemokraten recht, wenn wir ihren Kindern längeres gemeinsames Lernen und Aufstieg durch Bildung von Flensburg bis Ratzeburg ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb betonen wir die Qualität der Bildung auch und gerade in der Weiterbildung. **Bildungsbarrieren** sind Zukunfts- und Wohlstandshemmnisse beziehungsweise ganz praktisch die Haushaltsprobleme von morgen - ob beim Jugendhilfeeat oder bei den Sozialtransfers im Erwerbsalter und später noch einmal nach dem Berufsleben.

Für uns gilt weiterhin - wie es auch Sozialdemokraten in anderen Bundesländern und auf Bundesebene in der vergangenen Woche erneut bekräftigt haben -, dass wir die **Kostenfreiheit für Bildungsangebote** auf allen Ebenen erreichen wollen. Für uns gilt weiterhin, dass auch das **Erststudium** von Gebühren frei bleiben muss. Mit der SPD-Fraktion wird es Studiengebühren in Schleswig-Holstein nicht geben. Sie kosten mehr, als sie einbringen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten
Lars Harms [SSW])

Wir wollen nicht auf Effizienz verzichten. Mit der Verteilung von Geld ist es nicht getan. Es braucht eine vernünftige, an Fairness und Gerechtigkeit orientierte Struktur, wenn wir bestehende Ungleichheiten überwinden wollen. Es geht auch nicht um Tabubereiche im Landshaushalt, und die Effizienz bestehender Strukturen wird auch im Bildungsbe-
reich nicht ausgeklammert. Und ja: Wir können auch noch weniger Bildungsbürokratie und mehr Eigenständigkeit für Schulen erreichen.

Bildung ist mehr als nur Schule.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unser Land wird deshalb seine Ausgaben für die Bildung und Betreuung kleiner Kinder in den nächsten zwei Jahren beinahe verzehnfachen. Wir Sozialdemokraten wollen die **Gebührenfreiheit** für das **erste Kita-Jahr** sicherstellen. Darüber hinaus streben wir weiterhin an, in der kommenden Legisla-

turperiode zusätzlich das zweite und dritte Kita-Jahr für die Eltern kostenfrei zu gestalten.

(Beifall bei der SPD)

Und wir müssen dafür sorgen - und ein reiches Land wie Deutschland kann das -, dass auch in Schleswig-Holstein kein Kind ohne warme **Mahlzeit** bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Zu diesem Weg haben uns Fachleute in Gesprächen noch einmal ausdrücklich ermuntert. Der volkswirtschaftliche Nutzen amortisiert schnell die Anfangsinvestitionen, so wie das die Bildungsministerin vor einigen Monaten zu Recht von diesem Rednerpult aus festgestellt hat.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch kurz auf die Debatte über die Kosten der Schulreform eingehen! Klar ist, dass diejenigen **Schulträger**, die sich stetig und konsequent um die Instandhaltung und Entwicklung der Schulen in ihrem Verantwortungsbereich gekümmert haben, heute viel bessere Ausgangsbedingungen haben als diejenigen, die seit Jahrzehnten einen **Investitionsstau** vor sich herschieben.

Klar ist auch, dass die Kommunen vom Bund erhebliche Mittel für Kinderbetreuung in Sachen U 3 und Ganztagschulen bekommen haben und bekommen werden. Klar ist aber auch, dass wir als Land unsere rechtlichen Verpflichtungen erfüllen. Wenn die Verfassung das **Konnexitätsprinzip** vorsieht, dann wird es auch beachtet. Wir sollten aber vermeiden, dass Kommunen unter Berufung auf die Schulstrukturreformen Rechnungen an das Land schicken, die bei näherem Hinsehen gar nichts mit den neuen Schulformen zu tun haben.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten
Sylvia Eisenberg [CDU])

Das Land leistet mit seinem Schwerpunkt „Sicherung der Unterrichtsversorgung“ einen großen Beitrag. Das schlägt sich in 675 **neuen Lehrerstellen** im Jahr 2009 und weiteren 255 im Jahr 2010 nieder, und auch in dem Fonds von über 12 Millionen € zur **Vermeidung des Unterrichtsausfalls**. Ich weiß, dass hier in der Feinsteuerung noch mancher Verdruss auszuräumen ist, es bleibt aber ein enormer Kraftakt.

Bildung ist zu wichtig, um damit politische Ränke zu schmieden. Wir haben viel vor in unserem Land. Das können wir nur gemeinsam - Land und Kommunen - schaffen. Die Kommunen als Schulträger sollten ebenso wie das Land ihre Prioritäten so set-

(Dr. Ralf Stegner)

zen, dass Kinder faire Bildungschancen haben und später einen guten Start ins Berufsleben.

Wer Schwerpunkte setzt, muss sich darüber klar sein, dass andere Dinge dann nur im geringeren Maß gefördert werden können. Das Vorziehen von Bildung als Priorität Nummer eins hat Posterioritäten zur Folge. Das ist ein lateinisches Stiefgeschwisterwort, das fast niemand kennt und niemand liebt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Doch!)

- Schön, dass Sie es kennen!

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Obwohl er nicht in Havard war!)

- Nein, da gibt es strenge Aufnahmeformalitäten!

(Heiterkeit)

Wir sprechen heute über einen Landeshaushalt von rund 12 Milliarden €, davon 1 Milliarde und 50 Millionen € allein für Zinsen im Jahr 2009. 2010 werden es noch mehr sein.

Ich bin, wie Sie wissen, kein Anhänger eines absoluten **Verschuldungsverbots**. Eine schlichte Selbstfesselung von Parlamenten - übrigens in ihrem Königsrecht - ist ein Armutszeugnis für unsere Verantwortungsbereitschaft und beschleunigt nur den Ansehensverlust von Politik. Ein Staat muss in der Lage sein, notwendige Zukunftsausgaben zu finanzieren und auf konjunkturelle Schwankungen zu reagieren. Wenn die Zinsen jedoch - wie im Haushalt von Schleswig-Holstein - so hoch sind, dass sie den Haushaltsgesetzgeber knebeln, gibt es dringenden Handlungsbedarf. Das **Haushaltsdefizit** Schleswig-Holstein hat viel mit strukturell bedingten geringeren Einnahmen und strukturell bedingten Mehrausgaben zu tun. Das sind mehrere 100 Millionen €, die andere Länder für Lehrer und Polizisten einsetzen können. Deswegen ist es richtig, dass Schleswig-Holstein in der **Förderalismuskommission** - übrigens gemeinsam - darauf dringt, dass die strukturellen Nachteile mit solidarischer Hilfe bei unseren **Altschulden** ausgeglichen werden.

Aber ich sage auch: Wenn wir Solidarität von anderen erwarten, müssen wir selbst unsere Hausaufgaben machen und Einsparungen dort erwirtschaften, wo es sinnvoll ist und wo uns niemand daran hindert.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir können nicht mit weniger Bildung und Wissenschaft oder mit weniger innerer Sicherheit solche Strukturdefizite ausgleichen. Das wäre politisch ab-

solut verantwortungslos und kontraproduktiv. Dazu reicht die SPD-Fraktion auch nicht die Hand.

Aber bei Bürokratieabbau und Posten, da können wir schon sparen. Schleswig-Holstein hat mit der **Verwaltungsstrukturreform** hier einen richtigen Weg beschritten. Davon sollten wir nicht abrücken. Wenn wir nicht einmal diese Reform bewältigen, werden wir uns schwertun, uns als zukunftsfähiges und entscheidungsfähiges Land zu präsentieren. Die **Reform auf Amterebene** hat bewiesen, dass es geht: 15 Millionen € mindestens jährlich mehr in den kommunalen Kassen. Leicht war das nicht, und allein mit Lob ging das auch nicht. Aber es ging. Ich habe mit Respekt vor der Tatkraft von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, die mächtig etwas getan haben. Ich erwarte das aber auch von der Kreisebene ganz genauso, auch wenn das ebenso wenig einfach ist.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich sage Ihnen, die Sie darauf setzen, dass es scheitert, und die Schwarzen Peter verteilen: Auch in der SPD ist es mehr ein Kopf- als ein Herzthema. Das weiß ich wohl, übrigens für mich selbst auch.

Aber wenn wir den Willen haben, **Einsparungen** zu maximieren und nicht zu minimieren, was wir in der Koalition glasklar vereinbart haben, dann ist viel mehr möglich als neuerliche Rechnungen uns weismachen wollen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der damalige Innenminister, den ich persönlich ganz gut kenne, hat Potenziale errechnen lassen, die vom gesamten Kabinett beschlossen worden sind und die von mehreren Gutachten unabhängig voneinander eindeutig bestätigt worden sind, die sogar gesagt haben, der Stegner war eher konservativer. Und andere in anderen Ländern - ob in CDU- oder in SPD-Verantwortung - haben das auch erreicht. Je mehr man jedoch die Annahmen verändert und Reformgegnern Konzessionen macht, desto geringer werden die Potenziale.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Und wenn ich so manche Kommentare heute in der Zeitung lese, dann ist es offenbar nicht begriffen worden.

Ich hoffe und erwarte - ich sage das für die SPD-Fraktion in allem Ernst -, dass beide Partner dieser Regierungspolitik die Kraft haben, diesen vierten Schwerpunkt der Regierungskoalition - neben Arbeit, Bildung und Haushaltskonsolidierung - nicht

(Dr. Ralf Stegner)

leichtfertig zu opfern. Die Rechnung dafür müssten die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes bezahlen.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht sein, dass wir am Widerstand von Parteifunktionären scheitern. Die SPD-Fraktion erwartet, dass unsere bestehenden Vereinbarungen vom Dezember eingehalten werden, wo wir einen großen Kompromiss in Sachen **Revisionsklausel** zum Thema Kooperation statt Fusion gemacht haben, und wir sind mehr auf unseren Koalitionspartner zugegangen. Ich sage Ihnen, die Sozialdemokraten haben die Kraft, das zu tun, was wir gemeinsam vereinbart haben.

Übrigens, lieber Herr Kollege Wadephul, verfassungskonform macht das unser Innenminister Lothar Hay allemal. Das dürfen Sie ganz bestimmt glauben. Dieser Mahnung bedarf es wirklich nicht.

Wenn wir die **Effizienzreserven** nicht heben und wenn wir daran scheitern sollten, frische, bürgernahe und moderne Verwaltungen einzuziehen, dann werden wir es sehr schwer haben, von anderen Ländern bei der Förderalismusreform zusätzliche Unterstützung einzuwerben. Wenn das so käme, würden wir unsere Verantwortung für das Land grob verletzen. Ich sage Ihnen auch - sehen Sie mir den kleinen Scherz nach, Herr Kollege Wiegard -: Ein zahlloses Scheinreförmchen, das uns wegen des Mehrfach-Neugliederungsverbots über Jahrzehnte in die Sackgasse führt, wird es mit der SPD nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die **Modernisierung der Justiz**, wie sie Justizminister Döring mit der Verlagerung von Aufgaben an die Gerichte weiterführt, sollte beispielhaft für weitere Modernisierungsmaßnahmen sein. Eine Verlagerung von Aufgaben auf andere Ebenen ist dann richtig, wenn die Aufgaben dort insgesamt effizienter, bürgernäher und wirtschaftlicher durchgeführt werden können. Das will dieser Landtag übrigens seit mehr als 20 Jahren.

Wir werden sehr deutlich zeigen müssen, dass wir Prioritäten setzen können und unsere Hausaufgaben machen - bei der Verwaltungsstruktur wie bei den Fördermaßnahmen. Das bedeutet übrigens - das will ich sehr deutlich sagen -, dass Struktur- und Zukunftsentscheidungen Vorrang vor Einzelfallgefalligkeiten haben, beispielsweise bei der einzelbetrieblichen Förderung.

Wir müssen uns sehr genau ansehen, was die einzelnen Förderungen für Auswirkungen für unser Land haben, wie das Schleswig-Holstein von morgen aussieht, ob Spaßbäder, das x-te Gewerbegebiet oder die Strandpromenade oder auch nur Bierflaschenverschlüsse und neue Autobahnschilder für die Imagewerbung - wir müssen Nachhaltigkeit zum Maßstab machen, mögen die Fördermaßnahmen noch so schöne Etiketten haben.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht quer durch alle Themen von Bildung bis Wirtschaft für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten um Gerechtigkeit, und es geht um Nachhaltigkeit. Jede **Förderung**, jede Maßnahme wird sich daran messen lassen müssen, inwieweit sie den Zielen der Gerechtigkeit und der **Nachhaltigkeit** genügt, und zwar in sozialer Hinsicht, in Bezug auf Arbeitsmarkteffekte und ebenso in ökologischer und finanzieller.

So ist beispielsweise die **Kofinanzierung** eines **Programms zur Energieeffizienz bei Gebäuden** sinnvoll, weil damit Energie gespart wird, weil Normalverdiener bei der zweiten Miete entlastet werden und weil Arbeitsplätze bei schleswig-holsteinischen Unternehmen gesichert werden. Das ist auch gut für den Klimaschutz. Die Zukunft liegt nicht in der gefährlichen, extrem teuren und für Jahrtausende strahlenden Atomenergie. Sie liegt auf Dauer auch nicht bei fossilen Energieträgern, sondern beim Energiesparen, bei der Energieeffizienz und bei **erneuerbaren Energien**.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Schleswig-Holstein ist bei den erneuerbaren Energien bekanntlich in einer guten Position, und wir sollten sie ausbauen, indem wir die Strukturen verbessern. Wir müssen auch mehr Druck auf die **Konzerne** ausüben, damit unsere politischen Ziele nicht an den **Leitungsmonopolen** scheitern.

(Beifall bei der SPD)

Mit Investitionen in die Zukunft stellen wir gerade in diesem Bereich sicher, dass gute und qualifizierte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze hier in Schleswig-Holstein erschaffen und erhalten werden. Das ist auch gut für den Landeshaushalt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade in einer Haushaltsdebatte, bei der es natürlich um die enormen Aufwendungen in unseren **Sozialtats** geht, stellen wir Sozialdemokraten fest: Wir dürfen nicht auf kurzfristige Profitmaximierung und auf

(Dr. Ralf Stegner)

prekäre Arbeitsverhältnisse wie schlecht bezahlte Leih- und Zeitarbeit setzen, denn wir haben sonst mittel- und langfristig hohe gesellschaftliche Reparaturkosten zu zahlen. Für gute Arbeit muss es einen **fairen Lohn** geben. Das ist nicht nur gerecht, sondern es gilt: Wer das nicht will, der erhöht die **Staatsquote für Sozialleistungen**, und zwar langfristig, denn wer heute nicht ordentlich bezahlt wird, der muss morgen die Rente aus Sozialleistungen aufstocken. Das ist keine Marktwirtschaft. Nein, das ist die Aufforderung an Unternehmen, **Dumpinglöhne** zu zahlen. Deshalb werden wir Sozialdemokraten bei **Mindestlohn und Tariftreue** nicht lockerlassen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Armut ist ein dramatisches soziales Problem - nicht nur für die Betroffenen, sondern für die gesamte Gesellschaft. Daher setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten weiter auf guten Lohn für gute Arbeit, auf tarifliche und wenn nötig gesetzliche **Mindestlöhne**, auf eine qualifizierte Bildung und Ausbildung und auf faire **Chancen auf dem Arbeitsmarkt**. Faire Chancen beinhalten übrigens auch, dass wir in Schleswig-Holstein Vielfalt ermöglichen. Wer sich **Diskriminierung** leistet, der verzichtet auf erhebliche Potenziale in der Gesellschaft, egal ob sich das gegen Frauen, gegen Menschen nicht deutscher Herkunft, gegen Behinderte oder gegen ältere Menschen richtet. Die meisten großen Unternehmen haben die enormen Folgekosten von Diskriminierung erkannt und große Anstrengungen unternommen, um die Potenziale aller Beschäftigten in ihre Wertschöpfung einzubeziehen. Auch für das gesellschaftliche Zusammenleben gilt, dass es deutlich besser funktioniert, Unterschiedlichkeit wertzuschätzen, als sie zu bekämpfen.

Wir in Schleswig-Holstein haben langjährige positive Erfahrung mit **Vielfalt**: Bei der Integration von Flüchtlingen nach dem Ende von Diktatur und Faschismus, bei einer modernen Politik der Gleichstellung von Frauen und Männern, bei einer guten und modernen Integrationspolitik für Menschen mit Migrationshintergrund, bei einem Zusammenleben mit Menschen mit Behinderung im Sinne von Partizipation und vernünftiger Eingliederungshilfe und bei weitgehender Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. Weiterhin profitieren wir seit Jahren gegenseitig intensiv vom Zusammenleben mit der friesischen Volksgruppe und mit der nationalen dänischen Minderheit. Wir haben ei-

ne vorbildliche **Minderheitenpolitik** etabliert, die sich auch im Landeshaushalt erkennen lässt.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD], Dr. Ekkehard Klug [FDP] und Anke Spoorendonk [SSW])

Die dänische Minderheit hat in Schleswig-Holstein eine besondere Stellung. Dazu stehen wir. Wir stehen auch bei der Politik für dänische Schulen zu dem, was vereinbart wurde. Hierzu besteht im Rahmen der Haushaltsberatungen noch Gesprächsbedarf. Wir sind seit 2005 im Wort, dass wir das in diesem letzten Doppelhaushalt für diese Legislaturperiode noch regeln wollen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sollten unsere Aufgaben als Parlament ernst nehmen. Dazu gehört auch, dass wir diejenigen sind, die über den Landeshaushalt beschließen und die die Arbeit der Regierung kontrollieren. Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit von Flexibilität werden wir uns in den Haushaltsberatungen auch mit der Frage beschäftigen müssen, ob es tatsächlich sinnvoll ist, die **Deckungsfähigkeit innerhalb des Haushalts** weiter zu erhöhen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Hier bedarf es einer sorgfältigen Abwägung der Argumente, die wir in den nächsten Monaten leisten werden, bevor wir im Dezember den Haushalt für die nächsten beiden Jahre beschließen. Mir ist allerdings wichtiger, dass wir Einfluss auf die Priorisierung, auf die Auswahl von Förderprojekten und auf Evaluationen bekommen, statt über einzelne Haushaltstellen nur einen Scheineinfluss wahrzunehmen.

Dem **Personal des Landes** haben wir in den letzten Jahren viel zugemutet. Ohne die Beiträge, die die Beamtinnen und Beamten und die Angestellten des Landes geleistet haben, wäre es nicht gelungen, den Anstieg der Neuverschuldung zu bremsen und Verwaltungsmodernisierungen einzuleiten. Beschäftigte des Landes mussten auf Sonderzuwendungen verzichten. Ihre Arbeitszeit wurde verlängert. Sie stehen gleichzeitig in der ersten Reihe, wenn es darum geht, die Herausforderungen von **Umstrukturierungen** zu bewältigen. Ich nenne hier nur beispielhaft die Veränderungen bei der Polizei, die herausragend sind.

Gerade wegen der starken Beteiligung der Beschäftigten an den Veränderungen in der Verwaltung ist es richtig, wenn Justizminister Döring den **einfach-**

(Dr. Ralf Stegner)

chen Dienst in den **Gerichtsverwaltungen** abschaffen und die Stellen heben will. Es ist auch richtig, zusätzliche Stellen für **Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger** sowie für **Staatsanwälte** zu schaffen. Weiterhin ist es richtig, dafür Sorge zu tragen, dass unsere **Polizei**, von der ich weiß, was sie leistet, und die sehr viele Überstunden geleistet hat, gut und modern ausgestattet ist und bleibt. Öffentliche Sicherheit ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Es bleibt bei unseren Zusagen, die den Stellenbestand im Vollzugsdienst der Polizei und das Personalentwicklungskonzept für die Polizei betreffen.

Es ist auch richtig, die **Ausbildung in der Verwaltung** fortzuführen, wie es beispielsweise in der Finanzverwaltung geschieht. Wir haben uns in den zurückliegenden Jahren dafür eingesetzt, und wir werden es auch in diesem Jahr wieder tun, denn unsere Verwaltungen dürfen nicht vergreisen. Wir brauchen gut ausgebildete und engagierte Mitarbeiter in der Verwaltung. In vielen Bereichen ist das Ende der Fahnenstange wirklich erreicht. Auch das muss man den Beschäftigten an dieser Stelle deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Im Bereich der **Umwelt- und Landwirtschaftspolitik** geht es uns um die Zukunft der ländlichen Räume, um Natur und Umwelt sowie um die Einwelt-Politik, zum Beispiel um das Freiwillige Ökologische Jahr des Landes. Wir werden uns in den Ausschussberatungen noch ein genaues Bild darüber verschaffen, ob diese für die Zukunft unseres Landes wichtigen Themen tatsächlich noch ausreichend mit Haushaltsmitteln ausgestattet sind. Wir werden das übrigens selbst tun müssen, denn vom Herrn Oppositionsführer kam dazu leider nichts. Ich muss sagen, man merkt Ihnen die 18 Jahre im Parlament deutlich an. Wie frisch wirkt dagegen unser Alterspräsident!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es gibt keine Konzepte und den Aufguss alter Reden. Es ist ein bisschen schade, dass in dem, was wir aus dieser Richtung gehört haben, so wenig Substanz war.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Innovation und Gerechtigkeit. Wir wollen Nachhaltigkeit als Grundlage unserer Haushaltspolitik, und wir wollen beides in sozialer, finanzieller und ökologischer Hinsicht. Wer nicht an die Zukunft denkt, der wird bald große Sorgen haben, sagte Konfuzius, und da hat er recht. Wir tun gut daran, nicht nur den Blick, sondern auch unsere Schritt

te in diese Richtung zu lenken. Wir werden uns in diesen Haushaltsberatungen dafür starkmachen, dass Bildung unsere allererste Priorität bleibt, damit die Kinder von heute gute Chancen in der Welt von morgen haben.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Buder [SPD])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Zukunftsforschung ist die Kunst, sich zu kratzen, bevor es einen juckt, sagte der amerikanische Komiker Peter Sellers. Ich glaube, dass wir mit unseren Bildungsreformen gut davor sind, dass wir mit diesem Schwerpunkt die richtigen Weichen für den Haushalt stellen und dass wir auch in der Kinderbetreuung den richtigen Weg einschlagen und auf das bundespolitische Kratzen vorbereitet sind. Die SPD-Fraktion wird sich konstruktiv an den Beratungen in den Ausschüssen beteiligen. Wir werden die Herausforderungen in unserem Land meistern, wenn wir das nur wollen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun der Fraktionsvorsitzende Karl-Martin Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das ist eine erstaunliche Haushaltsdebatte. Der Finanzminister erklärt, wie schwierig alles ist, und bekommt kaum Beifall. Der Fraktionsvorsitzende der CDU erklärt, warum eine Haushaltssanierung kaum möglich ist, und der Fraktionsvorsitzende der SPD, Ralf Stegner, hält eine Rede, als wollte er den Oppositionsführer in der Oppositionsarbeit übertreffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist ihm nicht gelungen!)

Es scheint, als hätte die SPD mit all dem nichts zu tun. Ich muss sagen, es fällt mir schwer, so mit der Historie umzugehen. Die Schuldenuhr des Steuerzahlerbundes hängt in den Räumen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich wurde mehrfach gefragt: Wieso hängt sie ausgerechnet bei Ihnen? - Erstens. Keine andere Fraktion wollte sie haben, das sagt auch etwas aus. Zweitens. Wir stehen zu unserer Verantwortung. Wir haben in neun

(Karl-Martin Hentschel)

Jahren Regierungsarbeit selbst erfahren, wie schwer es ist, den Haushalt auszugleichen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Man darf den Steuerzahlerbund auch nicht zu ernst nehmen, Herr Kollege!)

Das war der Grund, dass wir vor fünf Jahren eine radikale Verwaltungsreform für Land und Kommunen vorgeschlagen haben. Ich sage noch einmal: Es ging mir nicht darum, die Dithmarscher zu ärgern. Im Gegenteil: Ich bin davon überzeugt, dass auch die Dithmarscher wollen, dass mehr Geld für Kindertagesstätten und Schulen ausgegeben wird und nicht für möglichst viele Verwaltungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die CDU hat all die Jahre über versprochen, sie werde es besser machen. Ich hatte wirklich gehofft, dass es der Koalition gelingen würde, tief greifende Weichenstellungen zur Sanierung des Landes zu beschließen und diese auch dann weiterzuverfolgen, wenn ihnen der scharfe schleswig-holsteinische Küstenwind ins Gesicht bläst. Wer jedoch den vorliegenden Haushaltsentwurf und die Haushaltsplanung studiert, wird bitterlich enttäuscht. Diese Koalition kann es nicht!

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident lobt sich wegen der sprudelnden Steuereinnahmen. Ja, diese Steuereinnahmen sprudeln. Hatten wir von 2000 bis 2005 noch einen Rückgang der Steuereinnahmen um über 500 Millionen €, so kann diese Landesregierung in fünf Jahren **Steuermehreinnahmen** in Höhe von sage und schreibe 1,8 Milliarden € verbuchen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Das, Herr Ministerpräsident, ist jedoch nicht das Verdienst Ihrer Landespolitik. Ursache für die Mehreinnahmen ist die bessere **Exportnachfrage** durch die Weltkonjunktur, Ursache ist der Wortbruch der CDU in Bezug auf die **Erhöhung der Mehrwertsteuer**, und Ursache ist die **sinkende Arbeitslosigkeit** durch die Agenda 2010.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war der Wortbruch der SPD!)

Auch wenn viele auf der linken und der rechten Seite dies nicht gern hören: Die rot-grünen Reformen haben ihre Wirkung entfaltet, die Konjunktur hat sich belebt, die Steuermehreinnahmen wachsen, und sie wachsen stark. Es ist gelungen, die Arbeitslosigkeit in Deutschland um zwei Millionen zu ver-

ringern. Daran jedoch haben der Ministerpräsident und seine Truppe keinen Anteil. Denn die großen Koalitionen in Berlin und Kiel haben in drei Jahren keine einzige große Reform zustande gebracht.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heindl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, man könnte meinen, dass eine Regierung, die mit dem Vorsatz angetreten ist, es besser zu machen, flugs darangehen würde, dies auch unter Beweis zu stellen. Aber weit gefehlt! Ihre Behauptung, die **Neuverschuldung** würde von Jahr zu Jahr sinken, hält einer kritischen Prüfung nicht stand, Herr Wiegard. Denn wenn man genau hinschaut, stellt man fest: Die Neuverschuldung ist aufgrund der Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Jahr 2007 gesunken. Seitdem jedoch steigt sie wieder. 2009 wird sie 55 Millionen € über der Neuverschuldung von 2007 liegen, und für 2010 gilt dies entsprechend.

Eine weitere Behauptung, mit der unser Finanzminister sich selbst landauf, landab lobt, lautet: Der vorliegende **Haushalt** ist seit Jahren der erste, der endlich wieder **verfassungskonform** ist.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Ist er das wirklich? - In Wirklichkeit haben Sie einen neuen Passus in das **Haushaltsbegleitgesetz** geschrieben, der lautet, dass die konsumtiven Ausgaben mit den investiven verrechnet werden dürfen. Very tricky! Damit ist die Verfassungsgrenze endgültig illusorisch geworden, Herr Wiegard. Wer sich den Haushalt genauer anschaut, versteht auch, warum. Systematisch werden für 2009 und noch mehr für 2010, für das Wahljahr, die **Investitionen** erhöht und die **Verwaltungsausgaben** gesenkt, um die Verfassungskonformität auf dem Papier herzustellen. Der Haushalt 2010 ist damit ein reiner Wahlkampfhaushalt geworden. Sie tun genau das, Herr Wiegard, was Sie Ihrem Vorgänger immer vorgeworfen haben.

Der Gipfel aber ist Ihr Joker:

(Zurufe von der CDU: Keine Ahnung! Keine Ahnung!)

Sie rechnen einfach die **Rücklagen für den kommunalen Finanzausgleich** in Höhe von 110 Millionen € für 2009 und 45 Millionen € für 2010 mit ein,

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen: Das ist doch logisch!)

um so den Kreditbedarf zu vermindern. Ohne diese „Luftbuchungen“ läge in beiden Haushalten die

(Karl-Martin Hentschel)

Neuverschuldung schon jetzt oberhalb der **Verfassungsgrenze**, Herr Wiegard!

Nun noch zu den **Einnahmen aus der HSH-Nordbank**: Wenn die wegfallen, bricht Ihr Kartenhaus des angeblich verfassungskonformen Haushalts endgültig zusammen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU - Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist so!)

Der Gipfel der Unverfrorenheit sind aber die Zahlen der **Finanzplanung** für die **Jahre 2011 und 2012**. Dort haben Sie jeweils eine halbe Milliarde € als **globale Minderausgabe** eingestellt. Das haben Sie übrigens im letzten Finanzplan für 2009 und 2010 auch gemacht. Jetzt stellt sich heraus, dass Sie Mehrausgaben in einer Größenordnung von über einer halben Milliarde mehr haben, als Sie dies in Ihrer letzten mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen hatten, weil Sie diese globalen Minderausgabe gar nicht einlösen konnten. Jetzt haben Sie das für 2011 und 2012 gleich getan und haben eine halbe Milliarde € als globale Minderausgabe vorgesehen. Wenn Sie diese Beträge jedoch tatsächlich als **Ausgaben** buchen, dann bekommen Sie eine Haushaltssanierung nicht hin. Ab 2011 wird dann die Verschuldung wieder drastisch ansteigen und weit oberhalb der Verfassungsgrenze liegen -

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Zuruf von der CDU: Was haben Sie denn gemacht?)

trotz sprudelnder Einnahmen, Herr Wiegard! Von Haushaltssanierung keine Spur! Da kann ich nur das Fazit ziehen: Diese Koalition kann es nicht.

Ich komme zur **Verwaltungsreform**. Jeder weiß, dass die Sanierung des Haushalts nur möglich ist, wenn es gelingt, die Zahl der Stellen zu reduzieren. Die große Verwaltungsreform im Land und in den Kommunen wurde deshalb zum zentralen Vorhaben dieser Landesregierung erklärt. Die **Gutachten** meiner Fraktion sowie die der Landesregierung haben je nach Vorgabe **Einsparmöglichkeiten** von bis zu 175 Millionen € erbracht. Wenn die CDU sich jetzt von der Verwaltungsreform verabschiedet, wie es der Fraktionsvorsitzende gestern angedeutet hat, dann ist das der GAU für diese Landesregierung. Ergebnisse von Gutachtern hängen bekanntlich immer auch von den Vorgaben ab. Aus Angst vor Ihren Parteikollegen auf kommunaler Ebene verspielt die CDU die Möglichkeit, an der Verwaltung zu sparen und die daraus entstehenden Einsparungen in die Bildung zu investieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

„Bloß keinen Ärger mit der Partei“ - so lautet die Devise des Ministerpräsidenten. Dem Land aber schaden Sie mit Ihrer Verweigerungshaltung massiv. Auch hier muss ich feststellen: Die Koalition kann es nicht.

Meine Damen und Herren: „Wir wollen 5.000 Stellen streichen“, war das erklärte Ziel der CDU vor und auch noch kurz nach der Wahl. Von Wiegard und seinem Spezialsekretär für Bürokratie, Herrn Schlie, wurde dies lauthals verkündet. Ein Jahr später war immerhin noch von 2.500 Stellen in dieser Legislaturperiode die Rede. Das war dann nur noch die Hälfte. Als Klaus Schlie dann ein Jahr später seinen großen Bericht vorstellte, wurde nur noch von 1.000 Stellen gesprochen. Das war dann also nur noch ein Fünftel.

(Zuruf von der CDU: Und was haben Sie getan?)

Dann verabschiedete sich die Landesregierung ganz und gar von diesen **Stellenzahlen** und entdeckte die **Budgetierung**. 7,5 % in den Ministerien und 15 % in den nachgeordneten Bereichen sollten eingespart werden. Dabei sollten die Kernbereiche ausgenommen werden. Meine Kollegin Monika Heinold stellte hierzu eine Kleine Anfrage und erfuhr nun im Juli 2008: Jetzt sollen nur noch 680 Stellen gestrichen werden. Aber im vorliegenden Haushalt wird noch nicht einmal diese Zielmarke eingehalten. Die Landesregierung erklärt, dass sie wiederum und erneut 2 Millionen € in die nächste Legislaturperiode schieben muss. Übrig bleiben nach Berechnungen des Landesrechnungshofs **Einsparungen** in Höhe von 0,7 % des **Personaletats** in fünf Jahren. Das sind umgerechnet 400 Stellen in fünf Jahren - nicht einmal ein Zehntel dessen, was Sie zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt hatten. Gestatten Sie mir, dass ich Sie an Folgendes erinnere: Die oft gescholtene rot-grüne Landesregierung hat pro Jahr durchschnittlich über 225 Stellen eingespart;

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ausgelagert!)

in manchen Jahren waren es sogar über 400. Das ist mehr, als hier in der gesamten Legislaturperiode geschafft worden ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das, was bei der Regierung, die als der größte Sparer der Nation angetreten war, nach drei Jahren Regierungszeit übrig geblieben ist. Was Sie hier vorlegen, ist eine Blamage!

(Karl-Martin Hentschel)

(Ursula Sassen [CDU]: Woher kommt das denn?)

Das Hauptproblem dieser Regierung ist, dass es keinen gemeinsamen Willen gibt, für dieses Land zu arbeiten. Sie hat kein gemeinsames Projekt, für das sie die Bürger des Landes begeistern könnte. Jeder und jede ist des anderen Feind, und niemandem wird etwas gegönnt. Ihre Steigerungsformel lautet: Gegner - Feind - Koalitionspartner. Wer aber die notwendigen **Strukturreformen** nicht hinbekommt, der hat auch nicht die nötigen Mittel, um das zu finanzieren, was für die Zukunft dringend erforderlich ist. Im Haushalt des Bildungsministeriums wird das besonders deutlich.

Es ist doch klar: Wer eine **Schulreform** will, muss auch die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Aber das will die CDU nun überhaupt nicht, weil ihr die gesamte Reform ein Graus ist. Deshalb fehlen jetzt die nötigen **Stellen** für die Bildung der Gemeinschaftsschulen und für die Umstellung an den Gymnasien.

Nach massiven Protesten soll nun im Februar nachgeholt werden, was wir längst gefordert hatten - ein halbes Jahr nach Beginn des Schuljahrs, also ein halbes Jahr zu spät. Ein halbes Jahr lang müssen die Kinder also unter dem **Lehrermangel** leiden. Ob die geplanten 150 Stellen ab Februar ausreichen werden, werden wir kritisch verfolgen.

Den dicksten Klopper aber leisteten Sie sich mit dem **Schulbau**. Eine solche Schulreform wie von Ihnen initiiert macht Umbaumaßnahmen dringend notwendig. Das ist überall bekannt gewesen. Das Land darf sich jetzt nicht aus der finanziellen Verantwortung stehlen und die Kommunen alleinlassen. Jetzt rächt sich, dass der Schulbaufonds von der Großen Koalition geopfert worden ist; den hatten wir ja, den gab es ja. Von der CDU und der SPD ist das den geschöpften Kommunen als vergiftetes Geschenk überreicht worden.

Unklar ist auch, wie die Neukonzeption der Unterrichtscurricula und der Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen der neuen **Schulreform** sichergestellt werden kann. Wenn der **Fortbildungsetat** in einer Zeit, wo alles neu wird, für 25.000 Lehrer gerade einmal 600.000 € enthält, dann sind das 25 € pro Lehrerin beziehungsweise Lehrer. - Eine Lachnummer, Frau Erdsiek-Rave!

Der größte Schildbürgerstreich ist jedoch die **Lehrerausbildung**. Es ist doch absurd, dass das Land immer noch Lehrer für **Schularten** ausbildet, die es ab 2010 überhaupt nicht mehr geben wird. - Stoppen Sie endlich diesen Unfug!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Setzen Sie die knappen Steuermittel nicht für den koalitionspolitischen Frieden ein, sondern investieren Sie sie in die Zukunft der Kinder!

Aber selbst dazu ist die Koalition nicht in der Lage, die sich gegenseitig nicht das Schwarze unter den Nägeln gönnt. Fazit auch hier: Die Koalition kann es nicht.

Kommen wir zum Haushalt unseres Neulings im Kabinett, dem des Wirtschaftsministers. Eigentlich müssten wir uns freuen. Die unsinnige einzelbetriebliche Förderung wird beendet, und auch der **Schleswig-Holstein-Fonds** läuft 2009 aus. Der große Fonds, der die Wirtschaft voranbringen sollte,

(Claus Ehlers [CDU]: Vorangebracht hat!)

wird jetzt schlicht eingesackt. Das klingt gut. Denn dieser Fonds sollte ursprünglich zu 100 % durch Umschichtungen finanziert werden, war aber von Anfang an zu 100 % kreditfinanziert.

Und nun? Gibt es nun keine Fototermine mit Scheckverteilung mehr? Keine Steuergeldverschwendung mehr für die Förderung von Ploppverschüssen für Bierflaschen? Keine launige Scheckvergabe des Ministerpräsidenten für Spaßbäder wie die Keitum-Therme, die schon in der Bauphase pleitegehen?

(Zuruf von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, über 2 Millionen €!)

Herr Ministerpräsident, für die Übergabe dieser 2,7 Millionen € sollten Sie sich bei den Steuerzahlern persönlich entschuldigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer sich vom Ende des Schleswig-Holstein-Fonds eine Entlastung für den Landeshaushalt erhofft hat, wird bitter enttäuscht: Die Ausgaben im Wirtschaftsministerium sinken nicht, sie steigen weiter und sind bis Ende 2010 noch einmal 90 Millionen € höher als 2008. Die Übergabe ungedeckter Schecks geht im Wahljahr also weiter.

Nur da, wo es um die Zukunft des Landes geht, bei der Förderung von kleinen Technologieunternehmen, die die Arbeitsplätze der Zukunft schaffen, bleibt der Beutel komischerweise zu. Vielleicht hat dieser Ministerpräsident für so einen neomodischen Kram einfach kein Verständnis.

(Karl-Martin Hentschel)

Dafür wird der Steuerzahler zukünftig aber für unsinnige Prestigeobjekte wie die **Fehmarnbelt-Brücke** bezahlen müssen. Letzte Woche hat der Ministerpräsident doch tatsächlich behauptet, das Ganze koste Schleswig-Holstein nur 60 Millionen € - nur! Aber schon jetzt ist klar, dass das nicht stimmt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Hinterlandanbindung kostet aktuell 1 Milliarde €, Herr Ministerpräsident. Der Bundesverkehrsminister hat eindeutig klargestellt, dass sich der Bund mit keinem einzigen Euro beteiligen wird. Im vorliegenden Haushalt stehen schon jetzt 75 Millionen € als Verpflichtungsermächtigung.

Ja, munteres Geldausgeben ist Programm dieser Landesregierung: Standen im letzten Doppelhaushalt des Wirtschaftsministeriums noch 280 Millionen € als Verpflichtungsermächtigung für die nächsten Jahre, so ist es in diesem Haushalt das Dreifache, 650 Millionen € allein im Haushalt für Wirtschaft und Verkehr. Das sind weitere ungedeckte Schecks für die Zukunft. Diese Koalition kann es nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, nur einer spart fleißig: Das ist der Musterknabe von Boetticher. Umwelt ist der Steinbruch der Schwarzen. Woanders scheidert die Entbürokratisierung an der Blockade von Ministern und Behörden, hier feiert sie ihre Triumphe: Von Boetticher streicht zusammen, wo er nur kann, und klebt fleißig HappyDigits auf seine Payback-Sparkarte beim Ministerpräsidenten. Dabei vergisst er aber: Wer nicht in Nachhaltigkeit investiert, verspielt die Zukunft.

Uns geht es nicht um zusätzliche, teure Programme. Nein, es geht darum, die Förderung von Landwirten im Rahmen der Modulation an nachhaltige ökologische Produktionsweisen zu binden und so dafür zu sorgen, dass **Landwirtschaft** von vornherein naturverträglich betrieben wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

So könnten die EU-Mittel ohne Zuzahlung des Landes kostengünstig und wirksam eingesetzt werden.

Aber die **Umweltpolitik** ist und bleibt das Stiefkind dieser Landesregierung. Da wird Landwirtschaftspolitik lieber gleich weitestgehend an die Landwirtschaftskammer und den Bauerverband übergeben.

Meine Damen und Herren, wenn ein Ministerpräsident die Devise „Wasser statt Wein“ ausgibt, sollte er selbst Vorbild sein. Und? Ich erhalte eine Einladung nach der anderen zu Empfängen und Häppchen in der Landesvertretung nach Berlin, organisiert von der Staatskanzlei.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wollt ihr doch! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie müssen ja nicht hinfahren!)

Die harsche Kritik des Landesrechnungshofs ist mehr als berechtigt: Unter Ministerpräsident Carstensen - hört, hört! - stiegen die Ausgaben der Repräsentanz in Berlin um glatte 30 %. Ein tolles Vorbild!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Er ist auch größer!)

Übrigens anders ergeht es unter diesem Ministerpräsidenten der Kultur: Dort ist eingespart worden. Hatten Sie **Kultur** nicht zur Chefsache erklärt, Herr Carstensen? Aber klar doch, jetzt wissen wir, was das bedeutet. Chefsache heißt: Wenn alles aus dem Ruder läuft, muss das Wort des Herren irgendwo etwas gelten. Hier ist Kultur, hier wird gespart!

Meine Damen und Herren, Jahr für Jahr nimmt diese Regierung den **Kommunen** 120 Millionen € weg.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mit Ihrer Zustimmung!)

Die heilig versprochene Kompensation hat nie stattgefunden. Raubrittertum hat unter dieser Landesregierung ein modernes Gesicht bekommen. Doch damit nicht genug: Inzwischen steht fest, dass die Kosten für die Schulreform erheblich sind. Da die Schulreform vom Land beschlossen wurde, greift nach Auffassung des Wissenschaftlichen Dienstes das Konnexitätsprinzip. Das klingt logisch, aber nicht für die Landesregierung: Die harsche Kritik von Ministerin Erdsiek-Rave an dem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes ist für die Betroffenen kaum verständlich.

Wenn Sie sich die fatale Wirkung Ihrer kommunalen Finanzpolitik ansehen wollen, müssen Sie nur Ihre Parteifreunde zum Beispiel im Kieler Rathaus fragen. Ohne den drastischen Raubzug im Kommunalen Finanzausgleich hätte die Stadt Kiel dieses Jahr zum ersten Mal einen ausgeglichenen Haushalt mit schwarzen Zahlen vorlegen können.

Meine Damen und Herren, diese Koalition hat nicht den Mut zu tief greifenden Reformen. Konsolidieren, Investieren, Reformieren, das hatte sich die

(Karl-Martin Hentschel)

Landesregierung vorgenommen. Abkassieren, Rumlavieren und Blockieren, das ist die Realität.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Kleinmütiges Starren auf den nächsten Wahltermin ersetzt verantwortungsvolle Politik. Das sieht auch der Fraktionsvorsitzende Wadephul so, der im Juni dieses Jahres mit Blick auf die Reformen der Landesverwaltung im Interview mit dem „sh:z“ bestätigte: große Ankündigungen, null Ergebnis. Dem kann ich nur beipflichten. Ministerpräsident Carstensen ist mit seiner Regierung und Finanzpolitik gescheitert, diese Koalition kann es nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel. - Das Wort für den SSW im Landtag hat nun deren Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit 2006 haben wir in Deutschland und in Schleswig-Holstein einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, der nicht nur zu einem höheren Wirtschaftswachstum und bei den Unternehmen zu steigenden Umsätzen, sondern auch zu einem deutlichen Abbau der **Arbeitslosigkeit** geführt hat. Die Arbeitslosenquote beträgt im August in Schleswig-Holstein nur noch 7,5 %, während wir vor einigen Jahren noch bei über 10 % lagen. Dies ist das geringste Niveau der Arbeitslosigkeit seit 1993, auch wenn hier nicht alles Gold ist, was glänzt.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind vor allem in dem positiven Anstieg des Welthandels zu suchen, wovon Deutschland und auch unser Bundesland profitiert haben. Unsere heimische Wirtschaft hat durch Umstrukturierung und durch massiven Lohnverzicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Wettbewerbsfähigkeit stark verbessern können, was sich letztlich im Aufschwung der deutschen Exportwirtschaft widerspiegelt. Hinzu kommen regionale Besonderheiten, wie im deutsch-dänischen Grenzland, wo der Wirtschaftsboom in unserem Nachbarland den Arbeitsmarkt belebt hat.

Durch das **Wirtschaftswachstum** der letzten Jahre sind auch die **Steuereinnahmen** sowohl im Bund als auch in den Ländern und Kommunen wieder angestiegen. Laut Statistischem Bundesamt hat sich

dieser Trend bei den Steuereinnahmen noch im ersten Halbjahr 2008 fortgesetzt. Leider müssen wir nun aber davon ausgehen, dass sich der wirtschaftliche Aufschwung langsam dem Ende nähert. So ist im zweiten Quartal erstmals seit Jahren das Brutto-sozialprodukt wieder zurückgegangen, und die Auf-tragseingänge bei der Industrie sind im Juli regelrecht eingebrochen. Der hohe Ölpreis, der Anstieg der Lebensmittelpreise und die Bankenkrise in den USA wirken sich auch auf die europäische Wirtschaft - und damit auch auf Deutschland - negativ aus.

Nun wissen wir aber, dass Schleswig-Holstein immer noch eine relativ mittelständische Unternehmensstruktur hat. Wir können - mit anderen Worten - hoffen, dass die Folgen eines kommenden Abschwungs auf die schleswig-holsteinische Wirtschaft nicht voll durchschlagen werden.

Im Finanzplan des Landes geht die Landesregierung davon aus, dass Schleswig-Holstein in den Abschwunghasen meistens vergleichsweise moderate Wachstumsraten verzeichnen konnte. Sie rechnet daher im nächsten Jahr nur mit einer leichten konjunkturellen Abkühlung. Insgesamt rechnet die Landesregierung in ihrem Finanzplan immer noch mit einem Anwachsen der Steuereinnahmen. Dennoch ist es fraglich, ob der Haushaltsentwurf den kommenden Herausforderungen unseres Landes gerecht wird.

Der SSW jedenfalls ist der Auffassung, dass die Landesregierung ihre bisherige Regierungszeit nicht ausreichend dafür genutzt hat, das Land fit für die Zukunft zu machen. Zu unterschiedlich sind die Interessen in der Großen Koalition; zu oft gab es Streitereien und Machtkämpfe.

Dieser Haushalt der kleinen Schritte wird das letzte große Projekt der Großen Koalition sein. Seit gestern ist endgültig klar, dass es in dieser Wahlperiode keine große **Verwaltungsstrukturreform** mehr geben wird. Das bedauern wir, nicht weil die leidige Diskussion um eine Kreisgebietsreform damit vom Tisch ist - diese Diskussion war von vornherein eine Missgeburt -, sondern weil damit auch die Diskussion um eine tief greifende Funktionalreform tot ist.

(Beifall beim SSW)

Das hat sich aber die Große Koalition allein zuzuschreiben, die diese Reform von vornherein falsch angepackt hat. Statt zu fragen, wie die öffentlichen Aufgaben in Schleswig-Holstein vernünftig verteilt werden können und wie die Strukturen entsprechend gestaltet werden müssten, wurde von vorn-

(Anke Spoorendonk)

herein immer die Kreisreform propagiert. Dies war ein fataler Fehler, der uns in den letzten drei Jahren reichlich Unterhaltungsstoff geboten hat.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Sie hat die ganze Reformdiskussion keinen einzigen Schritt weitergebracht. Die Landesregierung steht jetzt da wie der Kaiser in dem bekannten Märchen von Hans Christian Andersen: Sie hat nur Luftgewänder an. Es bleibt zu hoffen, dass eine künftige Regierung die Kraft findet, dieses Thema wieder aufzugreifen und die Reform von Aufgaben und Strukturen wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Zu den Haushaltsrisiken im weiteren Sinne gehört auch die aktuelle Situation bei der **HSH Nordbank**. Es ist mehr als bedauerlich, dass die Ausfälle der Bank höher sind als noch vor Wochen erwartet und dass dadurch eine große Anzahl von Arbeitsplätzen verloren geht. So hatten wir uns eigentlich eine langfristige Sicherung des Finanzplatzes Kiel nicht vorgestellt. Daher ist es für den SSW auch kein Trost, dass sich die HSH Nordbank künftig auf ihr Kerngeschäft zurückziehen will. Zum einen entspricht das genau der Position, die wir hier im Plenum bei der ersten Debatte zu den Folgen der Bankenkrise für die HSH Nordbank auch deutlich gemacht haben, zum anderen hat die Bank von sich aus auch immer wieder behauptet, dass sie nicht zu den Global Playern gehören wolle. Dies hat sie in ihrer Investment-Politik dann anscheinend doch versucht. Über mögliche Folgen für den Landeshaushalt wird uns der Finanzminister in der Debatte zu dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag aufklären.

Dabei sehen die Eckpunkte des Haushalts oberflächlich betrachtet gar nicht so schlecht aus. Die **Neuverschuldung** soll bis 2010 auf 530 Millionen € sinken, und erstmals seit Jahren liegt ein Haushaltsentwurf vor, der die verfassungsmäßige Grenze nicht überschreitet. Die Investitionen sollen in beiden Jahren über 800 Millionen € betragen, womit sie höher als die Kreditaufnahme sind. Allerdings befand sich die Nettokreditaufnahme bereits 2007 beim Haushaltsabschluss innerhalb der verfassungsmäßigen Grenze. Ob wir dies in den Haushaltsabschlüssen der kommenden Jahre nun auch erreichen werden, hängt mit anderen Worten nicht von uns, sondern maßgeblich von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und den damit verbundenen Steuereinnahmen ab.

Darum sagen wir, dass der Ministerpräsident auch nicht unrecht hat, wenn er in seiner Haushaltspresskonferenz davor warnt, dass es trotz der höheren Steuereinnahmen für Schleswig-Holstein kaum mehr finanzpolitische Spielräume gibt. So rechnet der Finanzminister für 2010 mit einem Mehr an **Steuereinnahmen** von circa 1,8 Milliarden € im Vergleich zu 2005, aber nach dem Abzug des kommunalen Finanzausgleichs, steigender Zinszahlungen und Tarifsteigerungen bleibt davon nur rund 1 Milliarde € übrig. Dazu kommen - wie wir alle wissen - die Altlasten des Landes in Form von Zinsausgaben, die dazu führen, dass die Zinsausgabenquote bis 2010 auf 12 % weiter ansteigt.

Der Hauptgrund für die **Finanzschwäche des Landes** ist aber - laut Landesregierung - strukturell begründet. Das sieht der SSW wie alle anderen hier im Haus genauso. Denn hätten wir in Schleswig-Holstein genauso viele Finanzmittel für dieselben Aufgaben wie die anderen westdeutschen Flächenländer, dann hätten wir pro Jahr 600 Millionen € mehr Steuereinnahmen und müssten keine neuen Schulden aufnehmen.

Leider ist der Landesregierung bei den Verhandlungen zur Föderalismusreform bei den zukünftigen Entschuldungsregeln kein wirklicher Durchbruch gelungen. Die schleswig-holsteinische Forderung nach einem gemeinsamen Entschuldungsfonds der Länder - finanziert durch die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer - wäre aus Sicht des SSW eine gute Lösung dieser strukturell bedingten Finanzprobleme gewesen. Doch in der Föderalismuskommission konnte man sich wieder einmal nur auf eine laue Kompromissformel einigen, die unserem Land nicht wirklich helfen wird.

Da über 95% des Landeshaushalts in Beton gegossen sind - das wissen wir, auch wenn wir in einer Haushaltsdebatte wie heute oftmals so tun, als wüsten wir es nicht -, werden wir allein mit einer Politik des Kürzens und des Beschneidens die Zukunft des Landes nicht in den Griff bekommen. Davon zeugen auch die vielen Briefe, die uns in diesen Tagen von Polizeibeamten und anderen öffentlich Bediensteten erreichen. Das soll heißen, wir brauchen wirklich hochmotivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im **öffentlichen Dienst**. Die bekommen wir eben nicht, wenn immer wieder im negativen Sinne an der Gehaltsschraube dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gedreht wird.

(Beifall bei SSW und FDP)

Dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht nur zu höheren Steuereinnahmen führt, sondern auch zu

(Anke Spoorendonk)

weniger Ausgaben des Landes im sozialen Bereich, ist keine neue Erkenntnis. So sind die Ausgaben für den Landesanteil an der Sozialhilfe in den letzten Jahren immer niedriger gewesen als im Haushaltsansatz erwartet. Diese Entwicklung unterstützt unsere Auffassung, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für die Haushaltskonsolidierung des Landes viel wichtiger ist als harte Sparmaßnahmen. Ich denke, das ist die wirkliche Messlatte bei den anstehenden Haushaltsberatungen.

Aus Sicht des SSW ist es weiterhin wichtig, daran festzuhalten, dass höhere Investitionen des Landes - zum Beispiel für die Infrastruktur und die regionale Wirtschaftsentwicklung - gerade in einer beginnenden Abschwungsphase wichtig sind, um die Binnenkonjunktur in Schleswig-Holstein positiv zu beeinflussen. In diesem Zusammenhang ist es natürlich begrüßenswert, dass die **Investitionen** des Landes im Vergleich zu 2005 um 22 % wachsen werden, während die Primärausgaben im gleichen Zeitraum lediglich um 6,4 % anwachsen sollen. So will die Landesregierung die Mittel für den Küstenschutz und die ländlichen Räume erhöhen,

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

wobei es sich hierbei - in Klammern bemerkt - insbesondere um EU-Gelder handelt. Das tut aber in diesem Zusammenhang nichts zur Sache. Dennoch lohnt es sich, auch bei den Investitionen etwas genauer hinzuschauen. Der SSW ist beispielsweise nicht damit einverstanden, dass die Landesregierung die **Städtebauförderung** für die Kommunen kürzen will. So soll die Städtebauförderung von 19,2 Millionen € 2008 auf 17,6 Millionen € 2010 zusammengestrichen werden. Angesichts des großen Sanierungsbedarfs in vielen Städten ist dies nun wirklich nicht nachvollziehbar. Die kommunalen Landesverbände haben bereits gegen diese Kürzungen protestiert, und wir werden uns in den Haushaltsberatungen damit befassen müssen, ob dies wirklich der richtige Weg ist.

Auch der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bleibt für uns ein wichtiges Thema. Im Rahmen des Landeshaushaltes hat die Landesregierung allerdings nur wenige Mittel eingeplant, um den **Straßen- und Schienenbau** im Land voranzubringen. Umso wichtiger ist es, dass die Landesregierung die richtigen Prioritäten in der Verkehrspolitik setzt. Hier sieht der SSW immer noch erhebliche Defizite. Dies gilt insbesondere natürlich für den Bau der **Fehmarnbelt-Brücke**. Nicht nur vom SSW, sondern auch nördlich der deutsch-dänischen Grenze, in Südjütland zum Beispiel, wird dieses Prestige-

projekt mit gemischten Gefühlen wahrgenommen. Denn eine feste Verbindung über den Fehmarnbelt ist keine Verkehrsader für Schleswig-Holstein, sondern ein Bypass, der Kopenhagen und Malmö mit Hamburg verbinden soll. Die Menschen in Schleswig-Holstein wären aber mit vielen kleineren Maßnahmen zum Ausbau der bestehenden Fernstraßen und Eisenbahntrassen - die Rendsburger Hochbrücke lässt grüßen - besser bedient als mit einem Megaprojekt, das nur eine gut funktionierende Fährverbindung ersetzt, die sich zudem ohne Steuergelder finanziert.

(Beifall beim SSW)

Eben dies wird aber nicht der Fall sein, wie wir heute der „Flensburg Avis“ entnehmen können. Ich empfehle den Pressespiegel auf Seite 18. Die Landesregierung stellt jetzt schon viele viel wichtigere regionale Verkehrsprojekte zurück, um den Fehmarnbelt-Anschluss verwirklichen zu können.

(Zurufe von der CDU: Das stimmt doch nicht!)

Nachzulesen ist konkret - ich zitiere -, dass auf Anfrage der Zeitung der Sprecher des Wirtschaftsministeriums gesagt habe, dass der Ausbau der B5 wegen dieser Finanzierungsaufgabe zurückgestellt werden müsse.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt nicht!)

So ist es nachzulesen, offiziell aus dem Wirtschaftsministerium. Ich empfehle jedem, das zu tun. Sollte man der dänischen Sprache nicht mächtig sein, übersetze ich das gern.

(Beifall beim SSW)

Wir fordern daher, dass die Landesregierung jetzt endlich dafür kämpft, dass die bestehenden Verkehrsengpässe in der Mitte und im Norden des Landes beseitigt werden. Im Haushaltsentwurf findet sich allerdings wenig bis gar nichts dazu, wie die Landesregierung diese Herausforderungen angehen will.

Der vorliegende Haushaltsentwurf schweigt sich leider auch über ein Gesellschaftsproblem aus, das sich vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Abschwungs womöglich noch vergrößern könnte: der massive Anstieg des Niedriglohnssektors. Einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung zufolge ist das Realeinkommen des am wenigsten verdienenden Bevölkerungsviertels seit 1995 um 14 % gefallen. Im gleichen Zeitraum sind die Realeinkommen des am besten verdienenden Bevölkerungsviertels um 3,5 % angestiegen.

(Anke Spoorendonk)

Eine Ursache dafür ist, dass sich in Deutschland ein **Niedriglohnsektor** entwickelt hat, der bereits über 20 % aller Beschäftigten umfasst. In Schleswig-Holstein ist die Arbeitslosenquote in den letzten Jahren zwar gefallen, aber gleichzeitig können viele Beschäftigte mit ihrem Einkommen nicht mehr über die Runden kommen. Der SSW spricht sich gegen Niedrig- und Dumpinglöhne aus und arbeitet weiterhin für eine **Arbeitsmarktpolitik** nach skandinavischem Vorbild. Denn dort werden alle Menschen nicht nur gefordert, sondern auch gefördert.

Damit die Menschen auch in Zukunft bei uns im Norden arbeiten und leben können, muss sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für die arbeitende Bevölkerung verbessert werden. Dazu gehören die Weiterführung des Tarifreugesetzes, die Einführung von Mindestlöhnen sowie eine Steuerentlastung für die unteren und mittleren Einkommen.

(Beifall beim SSW)

Da besonders viele unqualifizierte Beschäftigte im Niedriglohnsektor arbeiten, muss es in der beruflichen Bildung verstärkt für diese Gruppe maßgeschneiderte Angebote geben. Denn der viel besungene Aufschwung ist bei diesen Menschen gar nicht angekommen. Und mit den verschlechterten Konjunkturaussichten wird sich nicht nur die Kluft zwischen Arm und Reich, sondern auch zwischen qualifizierten und nicht qualifizierten Bevölkerungsschichten weiter ausweiten.

Ich will gerne zugestehen, dass die Landesregierung in den letzten Jahren ihre Anstrengungen im Weiterbildungsbereich erhöht hat. Aber sieht man sich die Wirklichkeit von unten, also vor Ort an, wird man feststellen, dass sich arbeitslose Menschen immer noch mit einem Flickenteppich an Weiterbildungsangeboten von der Arbeitsagentur und den Optionskreisen bis hin zu vielen privaten Weiterbildungsträgern auseinandersetzen müssen.

Es fehlt dabei die bessere Koordinierung der Angebote, und es fehlt die bessere Einbeziehung der Wirtschaft und der Gewerkschaften bei der maßgeschneiderten Ausgestaltung der **Weiterbildungsangebote**. Dabei wissen wir, dass viele Unternehmen in den nächsten Jahren händeringend nach qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern suchen werden. Bereits heute haben viele Firmen ein Rekrutierungsproblem. Kurzum: Wir brauchen in den nächsten Jahren eine Weiterbildungsoffensive für das ganze Land auf einem höheren Niveau.

Im Kita-Bereich will die Landesregierung das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr einführen und den

Ausbau der **Kinderbetreuung** voranbringen. Die Finanzierung des beitragsfreien Kindergartenjahres scheint immer noch nicht hinlänglich geklärt. In Erinnerung rufen möchte ich dabei die Kleine Anfrage der Kollegin Heinold, aus der deutlich hervorgeht, dass man sich von vornherein nicht darüber im Klaren war, wie das Finanzvolumen aussehen sollte.

Die Regierung will im Finanzplanungszeitraum bis 2012 für 17.000 neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren insgesamt gut 174 Millionen € einsetzen, jeweils zur Hälfte bestehend aus Bundes- und aus Landesmitteln. Diese Maßnahmen unterstützt der SSW ausdrücklich. Dabei sollte niemand von uns darüber hinwegsehen, dass wir in Deutschland - und damit auch in Schleswig-Holstein - im europäischen Vergleich im Bereich der Kinderbetreuung immer noch weit unten stehen.

Wenig Verständnis haben wir daher für die Position der Bildungsministerin - das muss ich so deutlich sagen -, die öffentlich gefordert hat, dass die Kommunen bei der Betreuung der unter Dreijährigen endlich auch ihren finanziellen Beitrag leisten müssen. Zum einen tun sie dies bereits, und zum anderen ist es bekanntlich so, dass die Bundesregierung den Ausbau der Kinderbetreuung beschlossen hat. So eine Aufforderung ist also wenig hilfreich, zumal auch die Landesregierung für das Konnexitätsprinzip eintritt. Wer bestellt, muss die Zeche zahlen; dies gilt auch im Bereich der Kinderbetreuung. Denn diese Aufgabe ist für die Kommunen eine neue Aufgabe. Dabei ist es aus Sicht des SSW überfällig, dass das Konnexitätsprinzip auch auf den Bund ausgeweitet wird.

Wir begrüßen die Erhöhung des Haushaltsansatzes für die **Schulen** und **Hochschulen** des Landes. Der Schuletat soll wegen des wachsenden Lehrerberarfs von insgesamt 1.000 neuen Lehrerstellen um etwa 60 Millionen € erhöht werden. Das Land will 2009 und 2010 jeweils fast 16 Millionen € mehr für die Hochschulen ausgeben. Das Problem der Unterfinanzierung der schleswig-holsteinischen Hochschulen ist nicht neu und immer wieder in Landtagsdebatten angeprangert worden.

Es scheint also fast so, als hätte der ehemalige Wissenschaftsminister Austermann das auch so gesehen und den Hochschulen ein kleines Abschiedsgeschenk hinterlassen. Die eine Hälfte dieser Mittel wird aber ganz schnell durch die Tarifsteigerungen „aufgegessen“ werden, während der andere Teil für die Errichtung eines Innovationsfonds genutzt werden soll. Was fehlt, ist somit weiterhin eine nach-

(Anke Spoorendonk)

haltige Verbesserung der Grundausrüstung unserer Hochschulen.

Außerdem zeigt die Situation, die sich über den Sommer an der **Universität Flensburg** ergeben hat, dass der SSW mit seinen Befürchtungen um die Zukunft dieses Hochschulstandortes leider recht behalten hat. Die Aufforderung des Hochschulrates Schleswig-Holstein, dass man entweder gleich zur alten Pädagogischen Hochschule zurückkehrt oder die Universität strategisch weiterentwickeln sollte, war vor diesem Hintergrund wohl eher als Provokation gedacht.

Für den SSW ist klar, dass eine Rückkehr zur PH den gesamten Hochschulstandort Flensburg infrage stellt. Es ist gut, dass die Landesregierung dies auch so sieht und der Uni nun mit einer Soforthilfe finanziell unter die Arme greifen will. Das reicht langfristig nicht aus. Wir fordern, dass die Landesregierung eine Richtungsentscheidung zur Weiterentwicklung der Universität Flensburg trifft

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und ein Konzept erarbeitet, in dem dargelegt wird, wie die Zukunft des Universitätsstandortes Flensburg langfristig gesichert werden kann. Nur so werden wir die Universität retten können. Fest steht dabei auch aus Sicht des SSW, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Syddansk Universität ohne eine „Volluniversität“ in Flensburg nicht möglich ist. Dies hat der Rektor der Syddansk Universität in mehreren öffentlichen Beiträgen klargemacht.

Vor dem Hintergrund des weiteren notwendigen Ausbaus der **deutsch-dänischen Zusammenarbeit**, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es übrigens eine kleine Anekdote, die besagt, dass man bei der Erstellung der genetischen Europakarte herausgefunden hat, dass die Dänen den Norddeutschen genetisch mehr gleichen als beispielsweise den Schweden. Angesichts der langen gemeinsamen Geschichte von Dänemark und Schleswig-Holstein mag dies für den Insider nicht so überraschend sein. Gleichwohl ist dies ein weiteres Indiz dafür, dass es gut ist, wenn nicht nur die kulturellen Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen, sondern auch die kulturellen Gemeinsamkeiten in der deutsch-dänischen Grenzregion betont werden.

(Beifall bei SSW und FDP)

Und genau dies, lieber Herr Ministerpräsident, ist das Motto der neuen grenzüberschreitenden Zusam-

menarbeit, zu der sich die Landesregierung bekennt und wofür wir sie immer gern loben.

Man kann zu Recht sagen, dass am 1. September 2008 in Schleswig ein neues Kapitel in der langen deutsch-dänischen Geschichte aufgeschlagen wurde. Denn an diesem Tag wurde unter Beteiligung der dänischen Königin, unseres Ministerpräsidenten und des großzügigen Sponsors Mærsk Mc-Kinney Møller das neue dänische A.P. Møller-Gymnasium eingeweiht.

Mit diesem Geschenk erfüllte sich ein lang gehegter Wunsch der **dänischen Minderheit** nach einem zweiten Gymnasium. Das bisher einzige Gymnasium der Minderheit, die Duborg-Skolen in Flensburg, ist mit über 1.000 Schülerinnen und Schülern schon seit Jahren überlastet. Das Wichtigste ist, dass dieses neue Gymnasium letztlich ein Gewinn für die gesamte Grenzregion sein kann - davon bin ich überzeugt - und gerade für die Stadt Schleswig ein wichtiger Impulsgeber sein wird. Daher sage ich ganz klar: Das aktuelle Geplänkel über Hausboote und Planungsrecht hat nichts mit der neuen Schule zu tun, sondern alles mit „Investitionsspekler“.

Bei der Einweihung der neuen Schule wurde sowohl vonseiten des Stifters wie auch vonseiten der Vorsitzenden des Dänischen Schulvereins immer wieder betont, dass man sich seiner lokalen und regionalen Verantwortung bewusst ist.

Die neue Schule ist eine **Gemeinschaftsschule** mit gymnasialer Oberstufe. Das bedeutet, dass mit Beginn des neuen Schuljahres alle Schulen des Dänischen Schulvereins in Gemeinschaftsschulen umgewandelt worden sind.

Diese Strukturänderung seit dem 1. Januar 2008 und die seit dem 1. Januar 2008 geltende Gleichstellung bei den Schülerkostensätzen haben zu dem erfreulichen Ergebnis geführt, dass die Zuschüsse für die **dänischen Schulen** im Haushaltsentwurf 2009/2010 wesentlich erhöht worden sind. Allerdings nicht als Geschenk der Landesregierung, sondern als Konsequenz ganz konkreter Beschlüsse und Entscheidungen. Das ist das Wichtige. Das ist auch gut so.

Insgesamt weist der Haushaltsentwurf im Minderheitenbereich Licht und Schatten aus. So will die Landesregierung schon wieder die Zuschüsse für das Nordfriisk Institut in Bredstedt kürzen, und der Haushaltsansatz für den Dachverband der dänischen Bauernverbände soll sogar ganz entfallen. Dies ist umso unverständlicher, als die Landesregierung noch im Minderheitenbericht 2007 die kul-

(Anke Spoorendonk)

turelle Arbeit des Fælleslandboforening gelobt hat. Genau für die kulturelle Arbeit bekommt er diese Zuschüsse. Es gibt keine Zuschüsse für landwirtschaftliche Beratung, um das einmal klarzustellen. Fallen diese Zuschüsse weg, muss der Verband seine Arbeit aufgeben. Dann muss er dichtmachen. Daher sage ich: Da weiß anscheinend die eine Hand nicht, was die andere Hand macht.

Auch die eher symbolische Erhöhung der Zuwendung für den dänischen Kulturträger Sydslesvigsk Forening ist angesichts der jahrelangen Überrollung bei gleichzeitig ansteigenden Lohnkosten nicht einmal ein Tropfen auf den berühmten heißen Stein. In diesen Bereichen muss aus Sicht des SSW nachgebessert werden. Dies sei auch ausdrücklich angesichts der vom Schleswig-Holsteinischen Landtag angefertigten Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion“ hervorgehoben, deren Umsetzung noch aussteht.

Ein anderer wichtiger Punkt ist für den SSW - ich muss es sagen -, dass mit dem Haushalt 2009/2010 endlich eine rechtliche Absicherung der **Schülerbeförderung** für die Schulen der dänischen Minderheit beschlossen wird. Der Dänische Schulverein braucht eine gesetzliche Regelung, um mehr Planungssicherheit zu bekommen - nicht zuletzt, weil die bisherigen Zuschüsse der betroffenen Kreise sogenannte freiwillige Leistungen sind. Was im Moment auf Kreisebene läuft, will ich aus Zeitgründen nicht aufgreifen. Das ist schon hanebüchen.

Ich rufe in Erinnerung, dass ein Gesetzentwurf des SSW vorliegt und die Regierungsfractionen bei der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes signalisiert haben - ich bedanke mich bei dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, der dies in seiner Haushaltsrede noch einmal bestätigte -, dass sie bereit sind, eine Lösung herbeizuführen. Ich hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie auch zu Ihrem Wort stehen. Dabei ist es aus Sicht des SSW möglich, eine Regelung zu finden, die den Landeshaushalt nicht über Gebühr belastet.

Minderheitenpolitik ist in diesem Haus auch immer Konsenspolitik gewesen. Insofern hoffen wir, dass es der Großen Koalition noch gelingt, in ihrem letzten gemeinsamen Haushalt diesen größten Knackpunkt in der ökonomischen Minderheitenpolitik durch eine klare rechtliche Regelung aus dem Weg zu räumen. Das ist eine Aufgabe, die ja auch für die Große Koalition eine integrierende Funktion haben könnte.

(Beifall bei SSW und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk. - Das Wort für die Landesregierung hat nun Herr Ministerpräsident Peter Harry Carstensen.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der Rede des Kollegen Hentschel war die Rede von Frau Spoorendonk sehr wohltuend, sehr sachlich, selbstverständlich sehr kritisch. Bei dem Kollegen Hentschel habe ich mir das Handbuch in die Hand genommen. Ich hatte schon Sorgen, dass seine Schulausbildung in Schleswig-Holstein gewesen wäre. Ich habe gesagt: Nein, das kann ja wohl nicht angehen, dass er nicht rechnen und nicht lesen kann.

(Zuruf von der CDU)

- Er will nicht lesen; das ist das Problem. Ich glaube, er kann lesen; das habe ich schon einmal gesehen. Aber er will nicht lesen. Und er will einige Dinge nicht zur Kenntnis nehmen. Er hat beispielsweise angesprochen, dass die Ausgaben für die **Landesvertretung** um 30 % gestiegen seien. Ich darf Ihnen einmal die Zahlen nennen: Die Landesvertretung hat 2008 2,3 Millionen €, 2009 2,2 Millionen € und 2010 2,1 Millionen €. Ich sehe dort keine Steigerung.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie das mal mit 2007 verglichen?)

Er hat gesagt, wir seien vom Landesrechnungshof für die Arbeit der Landesvertretung, die besser geworden ist, kritisiert worden.

(Beifall bei der CDU)

Der Präsident des Landesrechnungshofs hat mir gerade eben noch einmal gesagt: Nein, die Landesvertretung ist gelobt worden. Herr Hentschel, Sie wollen nicht lesen. Das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Ihnen nicht passt, dass Sie jede Woche eine Einladung erhalten, können wir Sie auch gern aus dem Verteiler nehmen. Wir empfanden es als höflich, Sie einzuladen. Die Einsparungen sind aber auch nicht so sehr groß; wir können Sie auch drauflassen.

Wenn wir heute mit dem Haushalt für die nächsten zwei Jahre und mit dem Finanzplan bis 2012 die finanzpolitischen Weichen stellen, tun wir dies auch

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

unter dem Eindruck wichtiger Ereignisse der letzten und der kommenden Tage, die für unser Land von eminent wichtiger Bedeutung sind.

Stichwort: **Global Economic Symposium**. Wir haben mit dem Institut für Weltwirtschaft zusammen eine neue Qualitätsmarke gesetzt. Die Plöner Tagung steht dafür, nicht abstrakt gedanklich umherzuschweifen, sondern konkret nach Lösungen für weltökonomische Fragen zu suchen, und Schleswig-Holstein ist der richtige Standort dafür gewesen,

(Beifall bei der CDU)

weil wir nämlich selbstbewusst sind, weil wir wissenschaftliche Exzellenz im Land haben und weil wir geografisch und politisch die Brücke zwischen Skandinavien, dem Ostseeraum und Mitteleuropa sind.

Stichwort: **HUSUM WindEnergy**. Die größte Messe dieser Art, die Leitmesse der Branche führt Unternehmen aus aller Herren Länder zu uns ins Land. Das sind Unternehmen aus einer innovativen Branche, die im Aufwind ist und in unserem Land eine herausragende Rolle spielt.

Stichwort: **Fehmarnbelt-Querung**. Heute vor einer Woche haben die Regierungen Dänemarks und Deutschlands in Kopenhagen ihre Unterschriften unter ein Dokument gesetzt, das zum Fundament einer neuen Querung wird. Seit Jahrzehnten ist über die Querung gesprochen worden. Nun soll sie Wirklichkeit werden. Davon wird Schleswig-Holstein, davon wird ganz Schleswig-Holstein, davon werden die Menschen im Land guthaben. Ich bedanke mich bei allen, insbesondere auch auf der dänischen Seite, die dazu beigetragen haben, dass wir diesen Punkt jetzt erreicht haben.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Das sind drei Beispiele für wirtschaftlichen Aufbruch, drei Beispiele für Zukunftschancen und drei Beispiele für Erfolge, die den Menschen bei uns nutzen. Hier werden entscheidende Impulse gesetzt. Impulse kann man nur setzen, wenn man eine solide **Haushaltspolitik** macht.

Wir setzen mit dem Haushalt für 2009/2010 unseren Kurs fort. Dieser Kurs heißt: Konsolidieren, Reformieren und Investieren. Wir konzentrieren uns dabei auf die Kernthemen. Wir stärken die Stärken, und wir helfen, wo Hilfe nötig ist. Und: Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Der künftige Haushalt stellt die Weichen dafür, dass wir auch weiterhin gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Wis-

senschaft, für Arbeit, Bildung und Ausbildung haben werden.

Beispiel Wissenschaft: Wir bauen Infrastrukturnachteile ab. Infrastrukturnachteile gibt es auch deswegen, weil man sich um eine Verbesserung der Infrastruktur in vielen Jahren nicht gekümmert hat, lieber Herr Hentschel. Ich denke einmal an die A 20.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es siedeln sich wieder mehr Unternehmen bei uns an. Von 2005 bis 2007 knapp 500 Betriebe mit rund 8.200 Arbeitsplätzen, und jeder einzelne davon ist uns herzlich willkommen. Wir helfen, wo es geht.

Das Zukunftsprogramm Wirtschaft greift. Wir haben seit Sommer 2007 88 Millionen € bewilligt und damit ein Projektvolumen von rund 180 Millionen € ausgelöst. Das sind 180 Millionen € für mehr **Wirtschaft**, für mehr Arbeit und für mehr Wohlstand in Schleswig-Holstein.

Bis 2013 stehen im Zukunftsprogramm Wirtschaft rund 720 Millionen € für Innovationen und für Investitionen zur Verfügung.

Energie muss sauber, sicher und bezahlbar sein. Dafür setze ich mich ein. Ich bin über die beabsichtigten Investitionen an unseren Energiestandorten froh. Es ist nicht selbstverständlich, dass sie zu uns kommen und die Diskussion mit uns führen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir fördern gezielt auch **touristische Infrastrukturen**. 2007 konnte eine ganze Reihe von Großprojekten bewilligt werden: in Timmendorfer Strand, in Niendorf, in Dahme und auch auf Sylt. Lieber Herr Kollege Kubicki, im Falle Sylt geht es nicht um die Therme. Natürlich geht manchmal auch etwas schief, aber nicht deshalb, weil die Landesregierung dort etwas gefördert hat, sondern andere Gründe sind dafür ausschlaggebend. Wir haben nicht die Therme, sondern die Tourist-Information und das Freibad gefördert. Ich bitte, das durchaus zu unterscheiden.

Wir haben die Tourismusstrategie neu entwickelt und unsere Förderpolitik daran ausgerichtet. Mit diesem Weg werden wir auch künftig erfolgreich sein.

Ich bin froh, dass wir nicht nur mit Hamburg intensiv kooperieren, sondern auch in der deutsch-dänischen Grenzregion eine neue wirtschaftliche Dynamik und eine neue Qualität der Zusammenarbeit haben. Ich halte es für ein ausgesprochen gutes Zeichen, wenn wir - was ich gerade in den letzten Ta-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

gen wieder erlebt habe - von dänischer Seite, liebe Anke Spoorendonk, gesagt bekommen: Unsere Zusammenarbeit ist jetzt so gut wie nie. Dafür bin ich dankbar.

(Beifall bei CDU und SSW)

In diesem Zusammenhang noch eine kurze Anmerkung: Liebe Frau Kollegin Spoorendonk, ich habe ja gemerkt, dass die Tendenz und die Nuancen zu Fehmarnbelt in Ihrer Rede ein bisschen anders waren als bei manchem anderen und dass bei Ihnen zumindest gesagt wurde: Die Metropolregionen kommen zusammen, und das wird auch ein Vorteil sein. - Ich darf und will nicht vergessen, dass jeden Morgen 160.000 oder 170.000 Menschen aus Schleswig-Holstein nach **Hamburg** hineinfahren, um dort zu arbeiten. Eine Verbesserung der Situation in Hamburg ist auch in unserem Interesse. Auf die anderen Vorteile will ich hier gar nicht im Einzelnen eingehen. Wir haben jedenfalls Vorteile in anderen Bereichen zu registrieren. Eine solche Entwicklung kommt nicht von allein.

Gerade die **Minderheiten** - die deutsche Minderheit in Dänemark und die dänische Minderheit hier bei uns - waren und sind wichtige Brückenbauer, die auf diesem Weg der Kooperation vorangegangen sind. Sie haben geholfen, Hypotheken der Vergangenheit in Zukunftskapital zu verwandeln. Dafür bin ich dankbar. Deutsche in Dänemark, Dänen in Schleswig-Holstein, die Friesen, die Sinti und Roma - sie alle bereichern unseren Alltag und machen die kulturelle Besonderheit unserer Region aus. Ich habe gar nichts dagegen, dass wir ein bisschen miteinander verwandt sind, wie wir feststellen, wenn wir uns die genetische Karte vornehmen. Ich glaube, bei den Dithmarschern bekommen wir noch ein bisschen Schwierigkeiten, weil sie zu den nordelbischen Sachsen gehören. Diese Eigenständigkeit führt aber auch zu kultureller Vielfalt bei uns im Land.

Nun zum Stichwort Erfolgsbeispiel **Wissenschaft**: Die Wissenschafts- und Forschungslandschaft steht aufgrund unserer Weichenstellung der letzten zwei oder drei Jahre vor einem qualitativen Sprung: Ausbau des Fraunhofer-Instituts in Itzehoe, ein zweites Fraunhofer-Institut in Lübeck, das radioonkologische Zentrum in Kiel, zwei Exzellenzcluster und zwei Graduiertenschulen. Wir haben die Sanierung des Universitätsklinikums in Schleswig-Holstein angepackt. Die Hochschulen schaffen im Rahmen des Zukunftspaktes Platz für rund 4.000 zusätzliche Studienanfänger. Bund und Land stellen dafür mehr als 60 Millionen € bereit. Wir haben zusätzliche Mittel etwa zur Unterstützung der Spitzenforschung

vorgesehen. Bis 2012 sind allein für den Hochschulbau insgesamt 270 Millionen € eingeplant. Zusammen mit dem Bund wollen wir für das IFM-GEOMAR drüben auf dem Kieler Seefischmarktgelände einen Neubau für rund 90 Millionen € realisieren.

Der Bereich Bildung ist ein Schwerpunkt für uns. Wir haben mit der Modernisierung des Schulgesetzes ideologische Verhärtungen aufgelöst und dafür gesorgt, dass Land und Kommunen die richtigen Antworten auf die demografische Entwicklung geben können. Wir sind von der Debatte über äußere **Schulen** weggekommen. Mich interessiert auch gar nicht so sehr, welches Namensschild eine Schule hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Mich interessiert, wie bestmöglicher Unterricht gemacht werden kann - mit mehr Fortbildung für die Lehrkräfte und mit mehr Lehrkräften. Der Haushalt spricht hier eine deutliche Sprache.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

In den Haushalten für 2009 und 2010 werden insgesamt fast 1.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Das ist ein gewaltiger Kraftakt für mehr und für bessere Bildung. Herr Kubicki hat eben gerade den Zwischenruf „Sehr gut!“ gemacht. Anscheinend ist bei der Vorbereitung seiner Rede einiges an ihm vorbeigegangen. Herr Kubicki, es gibt ein paar Dinge, die man vielleicht einmal nachlesen sollte.

Zur Situation der Grundschulen will ich hier sagen, dass es im Jahr 2002/2003 23 Unterrichtsstunden je Klasse gab, während es 2007/2008 29,1 Unterrichtsstunden je Klasse sind. Die Zahl der erteilten Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler belief sich im Jahre 2002/2003 auf 1,08 und im Jahr 2007/2008 auf 1,34. Frau Erdsiek-Rave verfügt über ein schönes, dickes Heft, das manchmal ein bisschen schwer zu lesen ist, weil es mit vielen kleinen Zahlen gefüllt ist. Es ist vom Statistischen Bundesamt am 10. September herausgegeben worden und trägt den Titel „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“. Frau Erdsiek-Rave, ich gehe davon aus, dass wir dem Kollegen Kubicki noch etwas Nachhilfeunterricht geben können und ihm die Zahlen zur Erläuterung dienen. Auch bei Kubicki gilt: Jede Stunde zählt.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und SPD)

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Bei ihm gilt aber noch viel mehr: Jede Stunde Nachhilfe hilft. Ich hoffe jedenfalls, dass es so ist, wenn er das will.

Nun zum Stichwort **Arbeitsmarkt**. Die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ist geschafft. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ist deutlich gestiegen, und die Zahl der Arbeitslosen ist im Mai 2008 um rund 35 % niedriger als im Mai 2005. Anke Spoorendonk hat es sehr richtig gesagt: Die sozialste Politik nicht nur für die Menschen allgemein, sondern auch für die Sozialhaushalte, über die wir hier reden, ist, aus Leistungsempfängern Beitragszahler zu machen. Knapp 50.000 Leistungsempfänger weniger in Schleswig-Holstein und knapp 50.000 Beitragszahler mehr in Schleswig-Holstein sind eine gewaltige Leistung,

(Beifall bei der CDU)

die nicht wir allein erbracht haben. Wir haben aber die entsprechenden Weichenstellungen vorgenommen. All diejenigen, die sagen: „Das habt nicht ihr in Schleswig-Holstein geschafft, sondern das ist auf die Bundespolitik zurückzuführen“, möchte ich ganz herzlich bitten, dies im nächsten Jahr im Bundestagswahlkampf noch einmal zu sagen.

Die Arbeitsplätze werden in der Wirtschaft geschaffen. Wir flankieren den Erfolgskurs der Wirtschaft mit dem Zukunftsprogramm Arbeit. Allein durch Kofinanzierung der ESF-Mittel haben wir bis 2012 62 Millionen € eingespart. Lieber Herr Döring, ich bin sehr dankbar, dass gerade Ihr Haus so exzellent mit dem Wirtschaftsministerium und auch mit Dietrich Austermann zusammengearbeitet hat, weil die Arbeitsplätze eben in der Wirtschaft entstehen, weil wir dabei Flankenschutz geben können und weil wir den Rahmen mit setzen können. Dies geht nur, wenn dabei gut zusammengearbeitet wird.

Die Eintrittskarte für den Arbeitsmarkt wird während der Ausbildung gelöst. Die Zahl der **Ausbildungsplätze** ist so hoch wie schon lange nicht mehr. 2007 haben wir in Schleswig-Holstein mit knapp 22.000 Ausbildungsverträgern das beste Ergebnis seit 1992 erreicht. Wie es aussieht, werden wir dies im Jahre 2008 noch toppen. Mit unserem Programm verbessern wir die Perspektive der jungen Leute. Um den Übergang von der Schule in die Ausbildung zu verbessern, haben wir in Schleswig-Holstein das Handlungskonzept „Schule und Arbeitswelt“ entwickelt. Frau Erdsiek-Rave, Sie sehen, die Zusammenarbeit mit allen anderen ist exzellent. An diesem Programm nehmen über 100 Schulen teil; es wird von der EU unterstützt und durch Landesmittel gefördert. Insgesamt wer-

den dafür zusätzliche Investitionen in Höhe von rund 68 Millionen € bis 2013 mobilisiert.

Die Schwerpunkte Wirtschaft und Wissenschaft, Arbeit und Bildung sind in diesem Doppelhaushalt ganz klar abzulesen. Wir wollen, dass junge Familien Beruf und Kinder besser miteinander vereinbaren können. Für Bau und Betrieb neuer Kinderbetreuungseinrichtungen für unter Dreijährige sind für beide Jahre insgesamt 22 Millionen € veranschlagt. Wir wollen bis zum Jahre 2013 insgesamt 17.000 neue Betreuungsplätze schaffen. Wir wollen ein **beitragsfreies Kindergartenjahr** einführen. Dies schlägt für beide Jahre mit insgesamt 50 Millionen € zu Buche. Auch das ist eine gute Investition in eine gute Sache. Lieber Herr Dr. Stegner, gute Investitionen in gute Sachen dürfen aber nicht dazu führen, dass der Haushalt aus den Augen verloren wird.

Mit dem Füllhorn herumzulaufen ist im Moment nicht möglich. Wir zahlen 1 Milliarde € an Zinsen. Ich wäre dankbar, wenn ich nur die Hälfte an Zinsen zu zahlen hätte. Dann hätten wir 500 Millionen €: 200 Millionen € für die Universitäten, 100 Millionen € für die Kinderbetreuung und 200 Millionen € für die Bildung. Das wäre eine schöne Sache.

Meine Damen und Herren, diese Erfolge, diese Weichenstellungen sind nur möglich, weil wir auch an anderer Stelle sparen, auch weil wir alte Strukturen modernisieren. Die solide Haushaltspolitik, die wir zu Hause machen, nicht die Ideen, die wir draußen haben, ist die Voraussetzung dafür, bei den Verhandlungen über die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern erfolgreich zu sein. Wir haben schon sehr frühzeitig und beharrlich auf den Zusammenhang zwischen einer strenger Schuldengrenze und der Bewältigung der Altschuldenlast in Schleswig-Holstein hingewiesen. Nach allem, was ich sehe, wächst nun die Bereitschaft beim Bund und den anderen Ländern, unseren Kurs der **Haushaltskonsolidierung** auch mit solidarischer Hilfe zu unterstützen. Ich bin guten Mutes, dass wir in der Kommission zu einem Kompromiss kommen. Für Schleswig-Holstein wäre dies gut. Wir würden beim Abbau der Neuverschuldung unterstützt und könnten unsere Haushaltsmittel verstärkt in investive Bereiche lenken.

Selbstverständlich ist es notwendig, überall dort, wo es geht, zu sparen. Die Koalition hat deshalb verabredet, auch die Verwaltung zu modernisieren. Diesen Prozess haben wir in Gang gesetzt. Er dauert bislang schon drei Jahre. Ich will auf den Prozess, den wir gehabt haben, gar nicht eingehen.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch besser so!)

- Bitte?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch besser so!)

- Das hat auch etwas mit der Zeit zu tun, Herr Hentschel. Ich könnte das schon, aber ich muss es nicht.
- Herr Stegner, wir haben inzwischen durchaus auch neu geordnet und vom Kopf wieder auf die Füße gestellt.

Nachdem uns die Gutachten namhafter Wissenschaftler zu den grundsätzlichen Anforderungen an eine Reform mit nochmals geschätzten Einsparpotenzialen vorlagen, hat sich die Koalition im Februar auf die Leitlinien zur **Verwaltungs- und Funktionalreform** auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte verständigt. Die Fusionsrenditen - das war der Beschluss - sollten noch einmal von einem Gutachter konkret ermittelt werden. Seit letzter Woche liegen uns diese Zahlen vor. Sie belaufen sich auf 12,8 Millionen € bis maximal 24 Millionen €.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Doch so viel?)

- Bis maximal 24 Millionen €. Ich gebe gern zu - ich finde, das gehört zur Redlichkeit dazu -, dass diese Zahlen und diese Ergebnisse nach dem, was vorher bedacht worden ist, ernüchternd sind. Aber ich sage auch: Wir dürfen bei dem ganzen Prozess nicht vergessen, was wir schon erreicht haben, insbesondere an Einsparungen im Bereich der Neuordnung der Ämterstrukturen. Auch da ist anders darüber diskutiert worden. Also, lieber Herr Hentschel, lieber Herr Kubicki, bitte nicht vergessen, dass hier Einsparungen erzielt worden sind.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum haben Sie das Gutachten nicht der Opposition gegeben, wenn Sie es Ihren Fraktionen gegeben haben?)

- Wir haben das Gutachten nicht der Fraktion gegeben.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Zwischenfragen werden angemeldet, Herr Hentschel!

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Wir haben das vollständige Gutachten selbst noch nicht einmal. Seien Sie doch einmal ganz ruhig und gelassen!

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Zwischenfragen werden angemeldet, Frau Kollegin!

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Wenn wir eine Ernüchterung durch die Zahlen haben, dann geht es auch darum, dass wir mit diesen Zahlen auch nüchtern und sachverständig umgehen. Dafür wird ein Gutachten gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Diese Nüchternheit wird gebraucht, um die Zahlen zur Grundlage der weiteren Diskussion auch im Koalitionsausschuss zu machen. Das Gutachten wird jetzt sorgfältig ausgewertet. Es ist die Grundlage für die nächste Diskussion.

Es ist immer so bei einem Gutachten, gerade wenn solche Zahlen genannt werden. Dann sagen die einen: Ich habe es gleich gewusst, dass nichts dabei herauskommt. Die anderen - Herr Hentschel, zu denen gehören Sie - sagen: Wir wissen das alles besser, und wir können mit unseren ideologischen Vorstellungen und Bemühungen viel besser in die Diskussion hineingehen als diejenigen, die sich an das Gutachten halten.

Ich sage Ihnen hier offen und ehrlich: Für mich ist das Ziel dieser Maßnahmen, die schon viel zu lange gedauert haben, wo wir viel Zeit verloren haben, die Einsparung und nicht eine grundsätzliche Neuordnung, etwa um dort irgendwelche neuen Karten zu zeichnen.

(Beifall bei der CDU)

Das kann ein Mittel sein. Das Ziel - und darüber reden wir - sind die Einsparungen. Ich glaube, dieses Gutachten zeigt, dass Sie mit Ihren Vorstellungen, Herr Hentschel, ganz weit davon entfernt sind. Hier geht es um fundierte Fakten. Hier geht es nicht um ideologisch begründete Fantasiegebilde.

Selbstverständlich müssen wir bei der Diskussion die Gutachten berücksichtigen, die uns die Verfassungsrechtler erarbeitet haben. Ein Gesetz zur Fusion hat selbstverständlich auch die Gesichtspunkte

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen. Das hat uns zuletzt das Mecklenburgische Oberverwaltungsgericht gelehrt. Es ist nach wie vor mein Ziel - ich sage das noch einmal -: Es muss darum gehen, eine Reform auf den Weg zu bringen, die von allen Beteiligten nachvollzogen und akzeptiert wird. Die Erfahrung zeigt: Reformen, die nicht akzeptiert werden, sind zum Scheitern verurteilt.

Unser Ziel ist die Einsparung. Jeder Euro, den wir einsparen können, muss gespart werden. Das sind wir unseren Kindern und unseren Enkeln schuldig. Die Menschen in Schleswig-Holstein haben sich in den letzten Jahren für eine gute Zukunft Schleswig-Holsteins ins Zeug gelegt. Ich bin dafür sehr dankbar. Dies verpflichtet uns, weiter dafür zu sorgen, unseren Haushalt in Ordnung zu bringen. Zugleich gehört es zu unserer Verantwortung, gezielt zu investieren, damit wir auch künftig als ganzes Land gewinnen können.

(Lebhafter Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten.

Bevor ich mit Mitteilungen zur Geschäftsordnung komme, möchte ich auf der Besuchertribüne sehr herzlich Soldaten der 4. Flugabwehrraketengruppe 26 aus Husum begrüßen. - Seien Sie uns sehr herzlich willkommen!

Der Ministerpräsident hat durch seinen Wortbeitrag eine zusätzliche Redezeit nach § 56 Abs. 6 von 16 Minuten erzeugt. Das Wort hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde das nicht ausnutzen. - Herr Ministerpräsident, Ihre Rede war ja schon eine nahezu versöhnliche Rede im Vergleich zu dem, was der Kollege Wadephul am Beginn seines Beitrages erwähnt hat. Bevor ich zu Ihnen komme, Herr Ministerpräsident: Was die hervorragende Zusammenarbeit zwischen den Koalitionsfraktionen angeht, so habe ich zwar gehört, dass Sie immer „Hentschel“ gesagt haben, aber eigentlich „Stegner“ gemeint haben. Ich habe auch zur Kenntnis genommen, dass sich nach Ihrem Beitrag bei Ihrem Koalitionspartner keine Hand gerührt hat.

(Zurufe von der SPD)

- Ist doch in Ordnung. - Bevor ich zu Ihnen komme, Herr Ministerpräsident, möchte ich vom Kleinen

zum Großen kommen und fange deshalb mit dem Kollegen Stegner und seiner doch historischen Jungferrede im Rahmen einer Haushaltsdebatte als Fraktionsvorsitzender der SPD an.

Herr Kollege Stegner, Sie müssen geistige Frische nicht mit dauerndem Positionswechsel verwechseln, so wie Sie das gelegentlich tun. Ich kenne außer Ihnen keinen Politiker, dem es gelingt, innerhalb von 48 Stunden auf dieselbe Frage fünf verschiedene Antworten zu geben.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Bevor ich zur Frage der Substanz komme, möchte ich zitieren, weil es mir besonders gut gefallen hat, was ein Kommentator in den „Lübecker Nachrichten“ heute unter der Überschrift „Unser Müntemeier“ kommentiert hat: „Herr Stegner ist schließlich selber SPD-Parteichef, und die Schnitzer, die er sich erlaubt hat, würden eine Nachfolgediskussion längst rechtfertigen, das Selbsthinauskatapultieren aus dem Innenministeramt zum Beispiel, das ewige Stänkern gegen die eigene Koalition, sein einsamer Kurs pro DIE LINKE und vor allem seine landespolitisch inhaltliche Beliebigkeit.“

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

- Herr Kollege Baasch, das ist ja nicht meine Meinung, sondern die Meinung eines interessierten Kommentators der Landespolitik. Und das ist nicht die einzige Meinung

(Zurufe von der SPD)

- ich verstehe ja die Aufregung, Herr Kollege -, sondern das ist im Prinzip durchgängig die Meinung der Medien in Schleswig-Holstein hinsichtlich der Positionierung des Kollegen Stegner in inhaltlichen Fragen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Auch der Bevölkerung!)

Herr Kollege Stegner, Sie werden sich ohnehin langsam daran gewöhnen müssen, dass das, was Sie politisch vortragen, wieder in Abstimmung zu dem gebracht werden muss, was auf Bundesebene passiert, nachdem Herr Steinmeier und Herr Müntefering deutlich gemacht haben, dass Sie jedenfalls an den Grundstrukturen der Politik der Agenda 2010 nichts ändern wollen. Wenn Sie sich hier hinstellen und über fairen Lohn für gute Arbeit reden, Herr Stegner, dann frage ich Sie einmal, was Sie in dieser Koalition getan haben, um zu verhindern, dass Lehrerinnen und Lehrer in Angestelltenverträge gepresst werden und nach elf Monaten in die

(Wolfgang Kubicki)

Hartz IV-Regelung entlassen werden, weil man ihnen das Jahr nicht gönnt oder nicht bereit ist, sie entsprechend zu alimentieren. Ist das für Sie fairer Lohn für gute Arbeit? Haben wir das darunter zu verstehen?

(Beifall bei der FDP)

Ich bitte Sie, sich daran zu erinnern, dass es Sozialdemokraten waren - ich habe Ihnen schon einmal gesagt, dass ich auch noch einmal herausfinden werde, dass Sie wahrscheinlich auch damals an der Spitze der Bewegung gestanden haben, obwohl Sie heute nichts mehr davon wissen wollen -, die für Aufstockungslöhne gekämpft haben mit der Bemerkung, dass es besser ist, teilfinanzierte Arbeit zu haben als vollständig finanzierte **Arbeitslosigkeit**. Es ist etwas dran zu sagen, es ist besser, wir integrieren Leute wieder in den Arbeitsprozess - übrigens zu Löhnen, die sie selbst im Zweifel gar nicht erwirtschaften -, indem der Staat etwas dazuzahlt. Das ist besser für die Menschen, aber auch für das Gemeinwesen, als sie vollständig in Arbeitslosigkeit zu belassen und zu finanzieren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Herr Kollege Stegner, nicht nur ich selbst, sondern übrigens auch die veröffentlichten Meinungen und viele andere erinnern sich an Ihren Auftritt als Innenminister in der Frage der **Rechtsstaatlichkeit**. Sie haben vorhin gesagt, die Verwaltungsstrukturreform ist bei Ihnen auch eine Frage des Kopfes und keine Frage des Herzens. Nun kann man darüber spekulieren, ob Sie ein Herz haben oder nicht.

(Jutta Schümann [SPD]: Es wird ja immer schlimmer!)

Jedenfalls kann ich Ihnen sagen: Rechtsstaatlichkeit ist bei Ihnen nicht im Herzen verankert, sonst hätten Sie sich als Innenminister bei der Vorlage des Polizeigesetzes nicht so hinstellen können und bei 38 festgestellten Verfassungsverstößen sagen dürfen, das sei alles verfassungsrechtlich in Ordnung, das sei legitim und Sie stünden das im Zweifel durch, und dabei den Landesdatenschutzbeauftragten mit einer öffentlichen Erklärung titulieren können, die da lautete: „Weichert allein zu Haus“. Sie haben feststellen müssen, Sie sind allein zu Haus. Aber dass Sie nun der Lordsiegelbewahrer des Rechtsstaats in diesem Lande sind, das nimmt Ihnen mit Sicherheit niemand ab.

(Beifall bei der FDP)

Nun wollen wir einmal zu dem Kollegen Wadephul kommen, der in der ihm eigenen Art jedes Mal wieder sagt, er hätte erwartet, dass die Opposition nun

einen neuen Haushalt aufstellt, und damit dokumentiert, dass die Regierung tatsächlich nicht in der Lage ist, dieses Land voranzubringen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

- Ja, darauf sind wir vorbereitet. Es kommen mehrere Dinge. Wir machen die erste Lesung des Haushalts heute, wir gehen in die Beratungen hinein, aber ich will Ihr Gedächtnis noch einmal kurz auffrischen, bevor ich zu dem komme, was wir noch machen werden, nämlich zu dem, was wir bereits vorgeschlagen haben, und was gewesen wäre, wenn man dem gefolgt wäre.

Wir haben 2005 die Forderung erhoben, die **HSH Nordbank-Anteile** zum damaligen von Flowers berechneten Wert von 1,7 Milliarden € zu veräußern.

(Zuruf von Minister Dr. Christian von Boetticher)

- Ja, Herr Kollege von Boetticher, Sie können sich auf die Schenkel schlagen, Sie werden sich demnächst noch weiter auf die Schenkel schlagen müssen bei dem, was in den nächsten Wochen und Monaten passiert. Sie kommen dann natürlich und sagen, wir hätten Haltevereinbarungen, aber Sie als Jurist wissen genau, dass man Verträge im Zweifel auch neu ausverhandeln kann. Jedenfalls hätte das bis 2010 - und zwar bei Abzug der Entlohnung für die stille Einlage und die Dividendenzahlung - eine Einsparung von 150 Millionen € an Zinsen bedeutet, abgesehen davon, dass wir keine Kapitalerhöhung im Jahre 2008 hätten bewirken müssen.

Wir werden das diesmal nicht wieder vorschlagen, weil es gegenwärtig keinen Sinn macht, die Anteile zu verkaufen, wir finden dafür überhaupt gar keinen Käufer. Aber ich sage Ihnen voraus, wenn wir 2010 noch etwas machen wollen, müssen wir dazu noch in der einen oder anderen Form in die Tasche greifen. Und wenn der Finanzminister sich hier heute hinstellt und der Kollege Sauter gleich und sagt, das stimme nicht - -

(Frank Sauter [CDU]: Ich habe noch überhaupt nichts gesagt!)

- Aber kommt ja noch!

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich möchte gern, dass im Protokoll festgehalten wird, dass wir noch einmal in die Tasche greifen müssen.

(Wolfgang Kubicki)

Wir haben gefordert, die einzelbetriebliche Wirtschaftsförderung einzustellen, sobald sie über EU- und Bundesforderungen hinausgeht - Einsparvolumen 70 Millionen €, Zinsersparnis bis 2010 11,2 Millionen €. Sie machen das im Haushalt 2009/2010 in Teilbereichen, aber ich kann mich erinnern, dass Sie beim letzten Mal gesagt haben, das sei unverantwortlich. „Das sei unverantwortlich“, waren die Worte, die an die FDP-Fraktion gerichtet wurden.

Wir haben erklärt, dass man bei Umstellung auf zentrale, im Wettbewerb ausgeschriebene Beschaffung bei Kommunikations- und Informationstechnologien **Einsparungen** bis 20,6 Millionen € erzielen kann. Das haben wir belegt. Die Zinsersparnis allein bis 2010: 3,3 Millionen €. Herr Finanzminister, wenn Sie wirklich sparen wollen, müssen wir uns über die GMSH-Konstruktion wirklich noch einmal unterhalten, weil wir Regiekosten für Leistungen übernehmen, die von der GMSH in Wirklichkeit gar nicht erbracht werden. Damals, als sie geschaffen wurde, wurden Personalkosten dahin verschoben. Aber dass es eine wirtschaftliche Veranstaltung ist, das glauben nicht einmal Sie.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben erklärt, dass durch konsequente Umsetzung des Personalkosteneinsparkonzeptes und die Erwirtschaftung der Personalkostensteigerungen aus den eigenen Budgets Ausgaben in Höhe von 55 Millionen € hätten eingespart werden können. Zinsersparnis bis 2010: 8,8 Millionen €. Wir können das so weitermachen, wollen wir aber nicht. Nun kommen wir zu der Frage, was wir in großen Bereichen vorschlagen werden.

Herr Kollege Sauter, wir werden wieder vorschlagen, das **UK S-H** in die alten Bestandteile zu zerlegen, den Lübecker Bereich teilzuprivatisieren und die Uni dort zu einer Stiftungsuniversität zu machen.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Klasse Vorschlag!)

Auf Ihren Vorschlag hin, mit Einsparvolumina von - von Ihnen berechnet - 10 Millionen € im Jahr und schwarzen Zahlen, ist dieses Konstrukt geboren worden. Mittlerweile sind wir bei 80 Millionen € Miesen. Und Sie müssen doch einmal erklären, wie das UK S-H bei der gegenwärtigen Budgetierung im Gesundheitswesen diese Miesen wieder abbauen soll, unabhängig von der Frage, ob es jemals zu einer schwarzen Nulllinie kommt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

- Ach Herr Baasch, es hat wahrscheinlich einen Grund, dass Sie in Lübeck nicht mehr gewählt worden sind. Es hat einen Grund. Sie streuen den Beschäftigten immer Sand in die Augen, bis es nicht anders geht, um dann zu sagen, wir sind nicht daran schuld, dass es so eingetreten ist, sondern das böse Kapital oder die Weltwirtschaft oder wer auch immer.

Wir werden - und das wissen wir doch alle - zwei Medizinische Fakultäten mit dieser Qualität aus eigenen Landesmitteln auf Dauer nicht finanzieren können. Warum um alles in der Welt gehen wir nicht, um Lübeck als Standort zu erhalten, den Weg einer Stiftungsuniversität - von denen selbst gewollt -, weil wir da die Möglichkeit haben, dort über weiteres privates Kapital ein Exzellenzcluster für Schleswig-Holstein zu erhalten, was wir aus Landesmitteln definitiv, Herr Stegner, auf Dauer nicht finanzieren können.

(Beifall bei der FDP)

Sie sind überhaupt so ein nettes Kerlchen. Sie sagen, **Studiengebühren** wollen Sie nicht und mit der SPD in Schleswig-Holstein werde es keine Studiengebühren geben, auch keine nachgelagerten Studiengebühren, was ja Sinn machen könnte, weil Sie und ich, nachdem wir herausragend studiert haben - Sie besser als ich -, mit höheren Einkommen auch in der Lage gewesen wären, Studiengebühren zurückzuzahlen. Ich habe übrigens mein BAföG auch zurückzahlen müssen, und es hat mir nicht geschadet, wie man heute sieht.

Aber abgesehen davon stellen Sie sich gleichzeitig hin und sagen, für die Kindertagesstättenfinanzierung können wir gern mehr Schulden machen, als uns die Verfassung eigentlich erlaubt. Sie müssen mir einmal erklären, warum wir dafür mehr Schulden machen können, denn die Kinder in den Kindertagesstätten müssen künftig die Schulden zurückzahlen, und warum Studenten mit einem höheren Einkommensniveau nicht nachgelagert Studiengebühren zahlen können,

(Beifall bei FDP und CDU)

wenn wir gleichzeitig sicherstellen, dass das zusätzliche Geld in die Universitäten fließt. Wir haben ja die OECD-Studie gesehen. Wir haben da bisher viel zu wenig getan. Wir haben auch relativ wenig Zeit, um uns im internationalen Wettbewerb ordentlich zu positionieren und aufzustellen. Jede weitere Verzögerung, Herr Stegner, schadet den jungen

(Wolfgang Kubicki)

Menschen und schadet uns allen im Land, und daran sind die Sozialdemokraten schuld. Wir werden wie gesagt Studiengebühren auch wieder vorschlagen und einfordern. Herr Kollege Wadephul, glauben Sie nur, wir werden es anders machen als die Union in der Vergangenheit.

Wir werden auch ein Konzept vorlegen, wie man zur strukturellen Einnahmeverbesserung des Haushalts durch eine aktivierende **Wirtschaftspolitik** kommt. Sie sagen doch zu Recht, dass in der Vergangenheit viel versäumt worden ist und wir deshalb schlechtere Einnahmesituationen als andere Bundesländer haben. Selbstverständlich haben wir bei der Wirtschaftsansiedlung und Wirtschaftsförderung in der Vergangenheit und in Teilbereichen auch jetzt noch - ich sage nicht, dass die Union daran schuld ist - gravierende Fehler gemacht. Wer Investitionen aus dem Land vergrault, weil sie ideologisch nicht passen, muss sich nicht wundern, dass dadurch keine Arbeitsplätze entstehen und keine Steuereinnahmen generiert werden können. Wer sich hinstellt - machen Sie das einmal so weiter - und sagt, wir wollen hier in Kiel kein Kohlekraftwerk, wir wollen eigentlich gar nichts, der muss erklären, wie die Menschen in dieser Stadt künftig ihren Strom beziehen, was sie dafür bezahlen müssen, sodass sie damit zurechtkommen und leben können. Herr Kollege Stegner, ich bin gespannt und sehr gern bereit, diese Auseinandersetzungen auch im Wahlkampf mit Ihnen durchzustehen, weil die Menschen mittlerweile begriffen haben, dass ihre soziale Attitüde, die Sie nach wie vor an den Tag legen, von Ihnen in Ihrem praktischen Handeln nicht untermauert wird.

Herr Kollege Wadephul, ich habe gesagt, wir als FDP müssen ein Interesse daran haben, dass Personen wie Steinmeier und Müntefering in der SPD wieder das Sagen bekommen, weil sie, jedenfalls von den Grundstrukturen, auf einem vernünftigen Kurs sind. Und ich frage mal zurück, was dagegen spricht, dass wir mit denen reden sollen. Sie haben gesagt, Sie arbeiten doch vernünftig mit denen zusammen.

(Lachen bei der FDP)

Herr Kollege Wadephul, wenn es Ihnen gelingt, selbst mit Herrn Stegner vernünftig zusammenarbeiten, wie Sie immer sagen, warum glauben Sie, dass uns das nicht gelingen sollte? Aber ich sage von dieser Stelle aus nicht nur für meine Fraktion, sondern auch für meine eigene Partei: Wir werden nicht mit politischen Kräften sprechen, die in der Wirtschaftspolitik einen Kurs einschlagen wollen,

der schon die ehemalige DDR und das Lebensglück von Millionen von Menschen ruiniert hat.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Das hat mit „mein Gott“ gar nichts zu tun, Sie haben vieles nicht begriffen, und ich denke, die Wählerinnen und Wähler dieses Landes werden Ihnen das auch noch einmal dramatisch zeigen. Wir in der FDP organisieren jedenfalls mittlerweile große Bürgerinitiativen, die vor der MuK demonstrieren sollen mit der Überschrift: „Stegner muss Spitzenkandidat der SPD werden“. Denn etwas Besseres können wir uns in der Auseinandersetzung nicht wünschen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, nun zu Ihnen. Ihr Angebot, Nachhilfe im Lesen zu nehmen, nehme ich gern an. Wie gesagt, auch ich bin ein Anhänger des lebenslangen Lernens. Ich bin auch gern bereit dazuzulernen. Sie müssen mir aber erklären, was die Bildungsministerin für diese Tagung vorgelegt hat. Das, was ich meine, trägt das Datum vom 2. September 2008. Es ist die Drucksache 16/2212. Dort steht hinten: Von Lehrkräften erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin und Schüler an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und berufsbildenden **Schulen** in den Ländern der Bundesrepublik im Vergleich. Sie müssen mir schon erklären, warum Platz zehn bei den Schulkindergärten, Platz zwölf bei der Grundschule, Platz zehn bei der Hauptschule, Platz 15 bei den Förderzentren, bei denen es am meisten darauf ankommt, Platz 13 bei den Klassenstufen fünf bis zehn der Gymnasien und Platz elf bei den Klassenstufen 11 bis 13 der Gymnasien sowie Platz zwölf bei berufsbildenden Schulen in Vollzeitform vordere Plätze sind, wenn wir 16 Bundesländer haben.

(Beifall bei der FDP)

Ich nehme ernst, dass Sie in den letzten drei Jahren etwas gemacht haben. Es wäre ja auch komisch, wenn dies nicht der Fall wäre. In drei Jahren Regierungszeit nichts zu tun, wäre in der Tat verwunderlich. Wir und die Menschen in diesem Land messen Sie aber nicht an den Worten, die wir gern hören. Wir messen Sie an den Ergebnissen. Die Ergebnisse sind nach wie vor unterdurchschnittlich. Ich sage: Diejenigen, die das heute beklagen, wobei der Genosse Stegner hier in der ersten Reihe sitzt, tragen seit 20 Jahren in diesem Land Verantwortung dafür, dass wir heute da stehen, wo wir stehen. Es sind die Letzten, denen man die Zukunft der Kinder unseres Landes anvertrauen darf.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Kubicki. Pflichtgemäß stelle ich nach § 52 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung die Frage, ob die Herren Fraktionsvorsitzenden das Rederecht in Anspruch nehmen wollen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das lohnt danach nicht!)

- Wenn dem nicht so ist, dann rufe ich für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Frank Sauter auf. Herr Sauter, Sie haben reichlich Zeit.

Frank Sauter [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Oppositionsführer hat zum Ausdruck gebracht, dass er in der Lage ist, Dinge zu hören, die ich noch gar nicht gesagt habe. Er ist sozusagen in der Lage, Dinge im Vorwege zu empfangen. Da ich aber der Meinung bin, dass er in dieser Frage zu einer Minderheit hier im Hause gehört, habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet, um die Dinge zu sagen, die er möglicherweise schon kennt. Ich hoffe, ich werde die 16 Minuten nicht in Anspruch nehmen; zumindest habe ich mir das vorgenommen.

In aller Kürze möchte ich einige Anmerkungen zu der heutigen Debatte machen: Erstens. Vor noch nicht langer Zeit hat niemand von uns erwartet, dass wir auch nur in die Nähe eine verfassungsmäßigen Haushalts kommen. Heute erweckt die Opposition den Eindruck, als sei das Erreichen der Verfassungsgrenze das Selbstverständlichste auf der Welt. Diejenigen in der Opposition, die bis 2005 Verantwortung getragen haben, schreien am lautesten. Das ist nur sehr schwer zu ertragen.

(Beifall bei der CDU)

Die Tatsache, dass wir heute über die **Verfassungsmäßigkeit des Haushalts** sprechen, möchte ich zum Anlass nehmen, dem Finanzminister im Namen meiner Fraktion herzlichen Dank auszusprechen.

(Beifall bei der CDU)

Ich tue dies nicht nur, weil Sie, Herr Minister, als Politiker dieses Thema für sich sozusagen vereinbart und transportiert haben, sondern weil Sie es darüber hinaus zu Ihrer persönlichen Sache gemacht haben. Jeder, der Sie kennt, weiß, was das bedeutet. Der weiß auch, was das für einen Einsatz bedeutet hat. Das ist möglicherweise mehr, als man

von einem Minister erwarten kann. Ich empfinde das so, und ich möchte Ihnen auch für den Haushaltsentwurf, den wir heute vorliegen haben, meinen Respekt und meinen Dank ausdrücken.

(Beifall bei der CDU)

Der Oppositionsführer hat sinngemäß und so, wie ich es empfangen habe, das Folgende gesagt. Ich bin immer noch darauf angewiesen, nicht die Gedanken, sondern die Worte wahrzunehmen, obwohl wir ein sehr vertrautes Verhältnis haben.

(Zurufe)

- Doch, das ist allgemein bekannt. Es wurde gesagt, bildungspolitisch sei nichts geschehen. Aus finanzpolitischer Sicht würde eine Handlungsunfähigkeit bestehen und so weiter. Auch wenn ich meinen eigenen Ruf als Finanzpolitiker möglicherweise in Mitleidenschaft ziehe, so lobe ich doch die Bildungsministerin, die uns in harten Verhandlungen abgerungen hat, was wir eigentlich nicht geben wollten. So ist das aus der Sicht der **Bildungspolitik** und auch aus der Sicht der Handlungsfähigkeit, die aus diesem Haushalt heraus erwachsen ist, bemerkenswert.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ein Lob!)

- Vielen Dank, Herr Hentschel. Ja, das war ein Lob. Sie unterstützen an dieser Stelle auch einmal die Regierungsfaktionen. Lieber Kollege Kubicki, 300 Stellen an den Gymnasien, Gemeinschafts- und Regionalschulen, 50 Stellen für die gebundenen Ganztagschulen an sozialen Brennpunkten, 209 Stellen für die Verkürzung der Schulzeit im Rahmen von G8 machen zusammen 559 Stellen. Hinzu kommen 650 Stellen, die unter dem Stichwort Rückführung der Vorgriffsstunde zu nennen sind. Dagegen zu setzen sind 279 eingesparte Stellen aufgrund der Demografieentwicklung. Das macht zusammen 930 zusätzliche Stellen im Bildungsbereich. Der Kostenpunkt pro Haushaltsjahr liegt hier bei ungefähr 250 Millionen €.

Hinzu kommen ein beitragsfreies Kindergartenjahr und die Umsetzung des Hochschulpakts. Wenn das Stillstand ist, dann frage ich mich, was Bewegung sein soll. In der Regierungspolitik und in der Politik der Koalition ist Bewegung. Wenn Ihnen, Herr Oppositionsführer, Bildungspolitik wirklich am Herzen liegt, dann müssen Sie die Regierung hierbei unterstützen und die Regierungsfaktionen ermuntern, diesem Haushaltsentwurf tatsächlich zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

(Frank Sauter)

Nicht nur die Opposition, sondern auch die Regierungsfractionen verfolgen natürlich die Entwicklung möglicher **Haushaltsrisiken**. Über die kann man auch nicht hinwegdiskutieren, das ist völlig klar. Angesichts des geringen Abstands zur Verfassungsgrenze in unserem Doppelhaushalt bedarf es eines genauen Hinsehens, da uns schon vergleichsweise geringe Überschreitungen irgendwelcher Ausgabenansätze in ein problematisches Fahrwasser bringen.

In der öffentlichen Diskussion gibt es vier Bereiche, die mit behafteten Risiken in Verbindung gesetzt werden. Hier sind die Entwicklung der Zinsen, die Entwicklung der Konjunktur sowie am Rande die Frage der Konnexität im Zusammenhang mit dem Schulgesetz beziehungsweise die Frage, ob Konnexität besteht, sowie die Geschäfts- und Ertragslage der HSH Nordbank in Verbindung mit ihrer Dividendenfähigkeit zu nennen, die Anlass zu Spekulationen geben. Der Herr Oppositionsführer hat darauf hingewiesen. Ich füge hinzu: Das größte Haushaltsrisiko haben wir zurzeit nicht, denn das ist eine rot-grüne Landesregierung.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Darüber bin ich sehr froh. Von Regierungsfraction zu Regierungsfraction möchte ich dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Stegner, sagen, dass wir nicht vergessen haben, dass neben seinem Harvard-Abschluss ebenfalls zu seiner Biografie gehört, in der Legislaturperiode 2000 bis 2005 Finanzminister gewesen zu sein. Das werden wir auch nicht vergessen.

(Zuruf: Er ist nicht da!)

- Er ist nicht da, dann möge man ihm das berichten. Das kann von uns auch niemand erwarten. Wir werden die SPD und Herrn Stegner in den Haushaltsverhandlungen, die jetzt auf uns zukommen, an Ihren Taten messen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Erstens. Zum Thema Zinsen: In den vergangenen Jahren ist es der Landesregierung gelungen, ein sehr erfolgreiches Zinsmanagement zu betreiben. Auch die Zinsentwicklung selbst gestaltete sich vergleichsweise günstig. Sie war zumindest günstiger, als viele Experten es erwartet haben. Die **Zinsausgaben** sind zuletzt nur moderat gestiegen. Für 2009 und 2010 sind die Zinsausgaben bei der Haushaltsaufstellung entsprechend kalkuliert worden. Vorsicht ist trotzdem wichtig. Zumindest im Bereich der kurzfristigen Zinsen haben wir auch auf-

grund der internationalen Krisen relativ hohe Sätze. Man muss allerdings auch sehen, dass wir im langfristigen Bereich seit Anfang August eine langsame Entwicklung in Richtung einer Absenkung haben. Ob daraus ein Trend abzusehen ist, bleibt abzuwarten. Feststellen kann ich nur, der Finanzminister hat in angemessenem Umfang Vorsorge getroffen. Im Ergebnis ist festzustellen, dass die Haushaltsansätze für Zinsausgaben alle heute erkennbaren Risiken enthalten und dass somit eine ausreichende Risikovorsorge getroffen ist. Für düstere Prognosen und vage Fantasien ist kein Raum.

Zweitens. Zur **Konjunkturentwicklung**: Die Steuerschätzung vom Mai 2008 ist von Wachstumsprognosen ausgegangen, die bei 1,7 % für das laufende, bei 1,2 % für das kommende und bei 1,5 % für das darauffolgende Jahr liegen. Damit liegt man nach wie vor unterhalb der Erwartung mehrerer Wirtschaftsinstitute. Entsprechend vorsichtig wurden auch die Einnahmeerwartungen formuliert. Im Entwurf des Haushalts ist eine Risikovorsorge eingeplant, falls die Entwicklungen eine andere Richtung nehmen sollten. Auch hier prägen Solidität und die vorsichtige Herangehensweise eines ordentlichen Kaufmanns das Handeln des Ministeriums. Und das ist auch gut so, meine Damen und Herren.

Drittens. Ob im Bereich der **Schulbaufinanzierung** Konnexitätsfragen berührt sind, wird zunächst das Bildungsministerium zu bewerten haben, und zwar sowohl juristisch als auch politisch. Fakt ist, dass ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags vorliegt, das bemerkenswert deutlich ist. Wer mit Juristen zu tun hat, ist von dieser Deutlichkeit in der Tat beeindruckt - ich bin es. Schon aus diesem Grund wird dieses Gutachten von uns ernst genommen. Allerdings trifft das Gutachten keine Aussagen über konkrete Zahlen. Außerdem müssen wir sehen, dass die Entscheidungen über konkrete Fragen der Schulentwicklung von den Gremien vor Ort getroffen werden und dass der Entscheidungszwang erst im Laufe des zweiten Jahres unseres Doppelhaushalts eintreten wird. Das ist möglicherweise keine juristisch abgesicherte Position, aber doch eine Position, die man in der politischen Debatte hört und die für uns durchaus nachvollziehbar ist. Hier bleiben aber viele Dinge offen; das müssen wir einfach sehen.

Viertens. Über die **HSH Nordbank** werden wir im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung gegen 16 Uhr noch ausführlicher diskutieren können. Zum jetzigen Zeitpunkt nur so viel: Wir können als Parlamentarier zurzeit nur die Zahlen zur Kenntnis nehmen, die uns der Bankenvorstand vorlegt. An-

(Frank Sauter)

dere Zahlen haben wir nicht, andere Zahlen kennen wir nicht. Auch die Opposition kennt keine anderen Zahlen. Der Wagen rollt mit uns, aber wir sitzen nicht auf dem Fahrersitz, sondern auf der Rückbank; dort war es früher immer am sichersten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Man kann schon fragen, wer die Verantwortung trägt!)

Es gilt das Wort des Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank, nach dem die Bank dividendenfähig bleibt,

(Lachen des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

und es gibt keine Veranlassung, an dieser Einschätzung zu zweifeln, weil die vorliegenden Zahlen nun einmal die Zahlen sind, die wir alle zugrunde legen müssen.

Wir sehen also zweierlei. Erstens: Es gibt Risiken auch für den kommenden Doppelhaushalt. Zweitens: Das Finanzministerium verschließt vor diesen Risiken nicht die Augen, sondern begegnet ihnen mit der Vorlage eines Etatentwurfs, der von der erforderlichen Vorsicht und Vorsorge geprägt ist. Dieser Kurs findet die volle Unterstützung meiner Fraktion. Im Übrigen sind wir ja auch erst am Beginn der Haushaltsberatungen und der politischen Debatte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Das Ziel Nummer eins der Landespolitik heißt: verfassungsmäßiger Doppelhaushalt. Das wird so bleiben, und ich freue mich auf die weitere Debatte.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Frank Sauter.

Bevor wir in der Rednerliste fortfahren, darf ich auf der Besuchertribüne sehr herzlich Vertreterinnen und Vertreter von Veteranen aus Weißrussland begrüßen. Das sind Partisanen und Juden, die Überlebende des Holocaust und des Zweiten Weltkrieges sind. Ich kenne ihr Schicksal sehr gut. Wir sollten jetzt eigentlich schon zusammensitzen. Ich freue mich sehr, dass Sie an unseren Haushaltsberatungen teilnehmen. Seien Sie uns sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Vonseiten der SPD-Fraktion wird das Wort nicht gewünscht. Das Wort für die Fraktion der Grünen hat nun Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie wollten gerne, dass wir uns noch einmal mit dem **Einzelplan 03** - Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten - beschäftigen. Das können wir gerne tun. 2007 lagen die Einnahmen bei 2 Millionen €. Sie lagen schon im Jahr darauf um 300.000 € höher, und Sie werden es nicht schaffen, bis zum Jahr 2010 auch nur den Stand des Jahres 2007 zu erreichen, sondern dort ist immer noch eine erhebliche Steigerung zu erwarten.

Der Rechnungshof hat nicht kritisiert - hier war der Zusammenhang nicht ganz richtig wiedergegeben -, dass die „Häppchenveranstaltungen“ zu häufig stattfänden, sondern er hat schlicht darauf hingewiesen, dass 2006 die Personalkosten in der **Landesvertretung** im Vergleich zum Jahr 2004 um fast 30 % gestiegen sind. Sie lagen 2006 um 400.000 € höher.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Frau Abgeordnete Heinold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Peter Harry Carstensen?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Peter Harry Carstensen [CDU]: Ich habe hier noch nie eine Zwischenfrage gestellt; das ist für mich neu. Ich hoffe, das Mikrofon ist eingeschaltet. - Frau Kollege Heinold, können Sie erstens bestätigen, dass Sie Soll und Ist miteinander vergleichen - das sollte man tun -, und können Sie zweitens bestätigen, dass die Sollzahlen 2006 2,5 Millionen € betragen haben, 2007 2,35 Millionen €, 2008 2,32 Millionen €, 2009 2,2 Millionen € und 2010 2,1 Millionen €?

- Ich habe die Sollzahlen für die Jahre vor 2007 nicht hier, die kann ich nicht bestätigen. Wir haben gesagt: Im Vergleich zu den Ist-Ausgaben im Jahr 2007 haben Sie in der Sollzahl 2008 um 300.000 € draufgesattelt. Man wird sehen, wie sich das in diesem Jahr entwickelt; das wissen Sie besser als ich. Und ich habe gesagt, Ihre Sollzahl für 2010 liegt immer noch über dem Ist 2007.

Da sind wir uns einig. Ich habe außerdem gesagt, dass der Rechnungshof darauf hingewiesen hat, dass innerhalb von zwei Jahren, von 2004 bis 2006, die Personalkosten um über 28 % gestiegen sind, und zwar unter Ihrer Verantwortung. Ich kann auch

(Monika Heinold)

noch darauf hinweisen, wenn Sie möchten, dass für 10.000 € Designermöbel gekauft wurden. Ich kann auch noch darauf hinweisen, dass mehr Dienstwagen als notwendig im Einsatz waren. Das wurde inzwischen zurückgefahren. Ich kann auch noch darauf hinweisen, dass der Rechnungshof sagt, dass Sie in Einzelfällen in dem Bereich gegen Beamtenrecht und gegen Haushaltsrecht verstoßen haben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nur weil Sie auf Apfelsinenkisten sitzen, müssen wir das noch lange nicht!)

Herr Ministerpräsident - oder Herr Abgeordneter Carstensen -, wenn Sie die Auseinandersetzung wünschen: Ich bin bereit zu dieser Auseinandersetzung.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Weiter mit der Verwaltungsreform. Gestern habe ich vernommen, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU sagte: „Verwaltungsreform? Mal gucken! Das bringt nur 15 Millionen €. Wir müssen einmal sehen, ob wir das überhaupt noch machen wollen.“ Heute höre ich, wenn es denn stimmt, dass das Gutachten noch überhaupt nicht vorliegt. Es scheint also so zu sein, als hätte es bislang nur Mundpropaganda gegeben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Uns liegt es nicht vor! Der CDU schon!)

Vielleicht sind es ja auch 24 Millionen €. Wenn die CDU-Fraktion diese Unterlagen doch hat, dann ist hier gelogen worden. Uns ist gesagt worden, die anderen Fraktionen hätten dieses Gutachten nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben es nicht!)

Ich bitte die Landesregierung, dies aufzuklären. Wenn es so ist, dass die großen Fraktionen dieses Gutachten haben, dann wird es höchste Eisenbahn, dass die Opposition das auch bekommt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wenn es nicht so ist, dass die großen Fraktionen dieses Gutachten haben, dann frage ich mich, wie es sein kann, dass man so vorschnell mit Urteilen und Botschaften umgeht, für die es keine Grundlage gibt außer vielleicht den einen oder anderen Folienvortrag. Sollte es so sein, dann hätten wir jedoch auch diesen Folienvortrag gerne. Was also ist die Grundlage Ihres Rückzugs?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin noch einmal gesagt, bei der Verwaltungsreform gehe es einzig und allein um eine Sache, und das sei das Sparen. Dem möchte ich widersprechen. Denn meine Fraktion hat immer gesagt: Wir brauchen die **Gebiets- und Verwaltungsreform**, um innerhalb der Verwaltung einzusparen. Wir haben aber auch gesagt - und das war uns genauso wichtig -: Die Neuschneidung von Strukturen muss die Grundlage dafür legen, dass wir Aufgaben von unten verlegen können und dass wir mehr Zuständigkeiten in die Kommunen, in die Regionen, in die Kreise hineinragen.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW] - Zurufe von der CDU)

Es kann nicht nur darum gehen, die Cents zu zählen. Denn dann würde man genau dort enden, wo Sie es heute gesagt haben. Dann fragt man sich zum Schluss: Lohnt es sich bei 15 Millionen € noch?

Aber auch diese Frage möchte ich beantworten. 15 Millionen € sind für den Landeshaushalt sehr, sehr viel Geld. Wenn wir das innerhalb der Verwaltung sparen können und wenn wir diese Summe nur innerhalb der Verwaltung einsparen können, ist das schon Geld, das wir dringlichst in den **Bildungshaushalt** investieren müssen.

(Zuruf von der CDU: Auch die Kommunen müssen dazu beitragen!)

- Auch die Kommunen investieren in Bildung. Sie wissen es doch genauso gut wie ich: Es sind 15 Millionen €, die jetzt innerhalb der Verwaltung ausgegeben werden und die wir im Bildungsbereich brauchen. Ob dieses Geld das Land einsetzt oder ob die Kommunen dies einsetzen, ist mir schnurzpiegal. Die Hauptsache ist, dass dieses Geld im Bildungsbereich landet und den Bildungsausgaben zugute kommt.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf von der CDU: Man muss nicht immer so tun, als ob wir das alles alleine machen müssen!)

Noch eine Anmerkung zur Verfassungsgrenze, Herr Sauter. Sie haben ja noch einmal darauf hingewiesen, wie toll Sie sind, wenn es darum geht, die Verfassungsgrenze einzuhalten. Ich frage Sie: Hätten Sie diese Frage ernsthaft anders beantworten können in einer Zeit, wo die **Steuereinnahmen** innerhalb von fünf Jahren um 1,8 Milliarden € steigen?

(Monika Heinold)

(Zurufe von der CDU)

Hätten Sie ernsthaft verantworten können, in dieser Zeit einen Haushalt vorzulegen, der nicht verfassungskonform ist? Nur damit Sie noch einmal eine Vorstellung entwickeln - Sie haben es ja damals nicht miterlebt, und Ihre Kollegen haben es ja nicht so richtig wahrgenommen -: Ich möchte, dass Sie eine Vorstellung davon bekommen, welche Hürden und welche Schwierigkeiten es in den Jahren davor gab.

Wir hatten in derselben Zeitspanne, 2000 bis 2005, also auch über einen Zeitraum von fünf Jahren, Steuermindereinnahmen von über 500 Millionen €. Sie haben Mehreinnahmen von 1,8 Milliarden €. Das liegt natürlich auch an der von uns gemeinsam beschlossenen Steuerreform in Berlin. Das ist keine rot-grüne Steuerreform gewesen, das ist eine Steuerreform gewesen, die im Vermittlungsausschuss von Ihnen noch einmal so beeinflusst worden ist, dass es erhebliche weitere Mindereinnahmen gab.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Frau Heinold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stritzl?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Thomas Stritzl [CDU]: Frau Kollegin Heinold, können Sie sich erinnern, zu den von Ihnen dargelegten Steuereinnahmen in dem von Ihnen genannten Zeitraum 2000 bis 2005: Waren das Mindereinnahmen in Höhe von 500 Millionen € gegenüber dem Steuer-Ist oder gegenüber dem Steuer-Soll?

- Also, ich habe verglichen - wir haben ja die Ist-Zahlen - die Nettosteureinnahmen, so wie die Landesregierung das auch immer rechnet, mit LFA und Bundesergänzungszuweisungen. Wenn Sie die Ist-Zahl dieser Nettoeinnahmen, also der Steuereinnahmen, von 2000 nehmen und mit der Ist-Zahl von 2005 vergleichen, haben Sie 530 Millionen € weniger. Wenn Sie die Ist-Zahl von 2005 nehmen - ich kann leider nicht die Ist-Zahl von 2010 nehmen; das mögen Sie mir verzeihen, da kann ich nur die Soll-Zahl nehmen -, dann werden wir - so der Finanzminister, das habe ich mir ja nicht ausgedacht - 1,8 Milliarden € mehr haben.

Da sage ich ganz nüchtern: In so einer Situation muss es dem Land gelingen, die Verfassungsgrenze einzuhalten. Wann, wenn nicht jetzt?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Lars Harms [SSW])

Herr Stritzl, wir können uns gern noch einmal mit der Frage beschäftigen, wie hoch die Zinslasten und wie hoch die Nettokrediteinnahmen waren. Denn Sie sagen ja auch: Mensch, super, wir schaffen es jetzt, die Nettokreditaufnahme unter die Höhe der Zinsausgaben zu bringen. - Das war bis 2002 üblich. Schauen Sie in die Dokumente rein, die wir haben! Aus dem Ruder gelaufen ist das 2002 und 2003.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Da hattet ihr nichts mehr zu verkaufen!)

- Natürlich haben wir auch aufgrund von Verkäufen den Landeshaushalt gestützt, das ist kein Dissens. Aber das ist natürlich auch aufgrund der **Steuerentwicklung** so. Wenn wir die Landesregierung messen, können wir sie natürlich an von uns aufgestellten Maßstäben messen, wir können die Landesregierung aber auch an ihren eigenen Maßstäben messen. Die Landesregierung hat nach langem Ringen ein **Personaleinsparkonzept** auf den Tisch gelegt, zu dem wir gesagt haben: Das ist ein bisschen klein geraten. Die CDU hat dazu gesagt: Das reicht alles überhaupt nicht aus, das werden wir ändern.

Nun schauen wir uns einmal an, was aus diesem Ziel der Landesregierung, dem Personaleinsparkonzept, geworden ist. Da sollten über 29 Millionen € bis 2005 eingespart werden. Schauen Sie in die mittelfristige Finanzplanung! Dort steht: Von diesem Konzept, das wir uns vorgenommen haben, werden wir 1,8 Millionen € Einsparung nicht erreichen, sondern in die nächste Legislaturperiode verschieben. Da kann ich doch die Landesregierung nicht loben, wenn sie ihre eigenen Konzepte nicht einhält!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt auch für die Ausgabenplanung. Die **mittelfristige Finanzplanung** von 2006 - gerade zwei Jahre her -, die habe ich nicht gemacht, die hat der Finanzminister gemacht. In dieser mittelfristigen Finanzplanung sagt er, was an Ausgaben für die Jahre 2009 und 2010 geplant ist. Daran hält er sich aber nicht, sondern im Jahr 2009, im nächsten Jahr, werden 466 Millionen € mehr ausgegeben, als die eigene Landesregierung vor zwei Jahren prognostiziert hat. Und im Jahr 2010 werden 670 Millionen € mehr ausgegeben, als die eigene Landesregierung prognostiziert hat. Dazu sage ich: Irgendetwas stimmt da nicht.

(Monika Heinold)

Deshalb trauen wir auch Ihrer mittelfristigen Finanzplanung für 2011 und 2012 nicht. Auch dort haben Sie wieder erhebliche globale Minderausgaben drin - genau das, was Sie auch vorher gemacht haben. Mit diesen Zahlen und mit dieser Haushaltsdisziplin des Landes werden Sie keine Verfassungskonformität erreichen. Vielleicht denken Sie sich: Nach uns die Sintflut, dann ist ja die Wahl gewesen, dann kann man sich das irgendwie zurechtshummeln oder zusammenbauen.

Lassen Sie sich an Ihren eigenen Zahlen messen, an Ihrem eigenen Maßstab! Setzen Sie die richtige Priorität in diesem Haushalt, und tischen Sie uns vor allen Dingen keine Märchen auf, sondern arbeiten Sie so mit den Zahlen, wie sie sind, wie sie nachzulesen sind und wie wir sie natürlich auch kennen und hier auch immer wieder anbringen werden!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Monika Heinold. - Das Wort für den SSW im Landtag hat jetzt dessen Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Alle, die jetzt hier sind, sind auch aufgefordert zuzuhören.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich mich in dieser zweiten Runde nicht zu Wort melden, weil ich finde, diese zweite Runde ist eigentlich mehr unter der Überschrift Verschiedenes zusammenzufassen. Eigentlich ist auch schon alles gesagt worden.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ich habe zum Beispiel in meinem Redebeitrag die grundsätzliche Position des SSW zum vorgelegten Haushaltsentwurf deutlich gemacht. Dass ich dafür vom Ministerpräsidenten gelobt wurde, ist für mich keine Schande.

(Beifall beim SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist keine Schande!)

Denn ich möchte auch noch einmal deutlich machen, dass der SSW - das gehört auch zu unserer grundsätzlichen Position - Haushaltsberatungen immer etwas anders sieht. Es gehört zu der Aufgabe der Regierung, einen Haushaltsentwurf vorzulegen.

Das hat sie getan. Wir als Opposition haben nicht die Aufgabe - unserer Meinung nach -, unbedingt das Rad neu zu erfinden. Das ist Quatsch und hilft uns nicht weiter.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Denn das, was aus Sicht des SSW wichtig ist, ist, im vorgelegten Haushalt dort etwas zu kritisieren, wo es etwas zu kritisieren gibt, und ihn dort zu verändern, wo wir meinen, dass er verändert werden muss. Wir finden, das ist der richtige Weg, und das haben wir in der Vergangenheit auch immer so gehalten.

Ich möchte aber noch zwei andere Punkte aufgreifen: Noch einmal zum Thema **Verwaltungsstrukturreform**. Ich finde es ärgerlich, es nervt mich auch, dass wir beim Thema Verwaltungsstrukturreform immer nur fragen: Wie hoch ist die Einsparquote, die erreicht wird? Wie hoch sind die Einsparungen? Als sei das Ziel der Verwaltungsstrukturreform - das, lieber Herr Ministerpräsident, ist dann auch eine Kritik - und als könnte das Ziel einer Verwaltungsstrukturreform ausschließlich sein, unter dem Strich etwas einzusparen. Ich vermisse in dieser ganzen Diskussion, auch in den Diskussionen, die wir dazu gehabt haben, inhaltliche Ziele. Ich vermisse eine Diskussion darüber, was für die Bürgerinnen und Bürger dabei herauskommt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wie viel Dienstleistung soll bei den Bürgern ankommen? Wie viel Beteiligung soll für die Bürger dabei herauskommen?

(Beifall bei SSW und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau das ist das Entscheidende!)

Wie soll es überhaupt mit der lokalen Demokratie vor Ort aussehen, wenn wir Verwaltungsstrukturen verändern, ohne die politischen Strukturen zu verändern? Jetzt können Sie natürlich sagen: Ach Gott, schon wieder die Gemeindestrukturreform. Aber das ist doch der Punkt. Wir können doch nicht Großkreise bilden - -

(Günter Neugebauer [SPD]: In Dänemark hat das auch funktioniert! Gucken Sie doch einmal nach Dänemark!)

- Oh, Herr Kollege. Ich sage jetzt zum einhundertachtzigsten Mal: Ich kann Ihnen gern Nachhilfeunterricht über die Strukturreform in Dänemark und

(Anke Spoorendonk)

über die Kompetenzen der Gemeinden geben. Das kann ich gern machen.

(Beifall bei SSW und FDP)

Die Gemeinden und Kommunen in Dänemark können das, was die Kreise hier in Deutschland nicht können. Sie haben eine eigene Steuerhoheit, sie können selbst Steuern eintreiben, und sie sind für alles zuständig, was mit dem täglichen Leben von Menschen zu tun hat. Lieber Kollege, das bringt uns nicht weiter.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt noch einmal zurück zu dem, was ich vorhin sagte. Die Verwaltungsstrukturreform muss inhaltlich definiert werden. Sie kann nicht über Einsparziele definiert werden.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das bringt doch nichts.

(Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Frau Spoorendonk hat das Wort und nicht das Publikum.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich komme jetzt zum Schluss.

Noch einmal, weil mir das wichtig ist: Bei der Änderung der Verwaltungsstruktur wurde immer nur an die Verwaltung gedacht, immer nur an Einsparungen, und wir haben uns überhaupt nicht mit inhaltlichen Zielen befasst. Darum noch einmal das, was für den SSW in der ganzen Debatte auch immer wichtig gewesen ist: Wir können die Verwaltungsstrukturen nicht ändern, ohne dass wir auch die politischen Strukturen verändern. Ansonsten werden sie weiter auseinanderklaffen. Und das kann so nicht weitergehen. Würden wir jetzt auch noch Großkreise einrichten, dann würde sich der Abstand zwischen diesen großen Großkreisen und den ganz kleinen Kommunen so weit vergrößern, dass das für die Demokratie vor Ort ein riesiges Problem darstellen würde.

(Beifall beim SSW)

Das ist für uns ein wichtiger Punkt. Ein wichtiger Punkt ist auch - was ich auch schon in meinem Redebeitrag gesagt habe -: Uns fehlt zunächst einmal

eine Funktionalreform. Uns fehlt auch, dass man keine Aufgabenanalyse durchgeführt hat. Man hat das alles in einen Topf geworfen. Daher kann es niemanden verwundern, dass man heute eigentlich wieder bei null steht.

Eine letzte Bemerkung möchte ich machen, weil es mir regelmäßig gegen den Strich geht. Der Herr Oppositionsführer hat in seiner Wut oder in seiner Paranoia - ich weiß nicht, wie ich es auffassen sollte - dem SPD-Fraktionsvorsitzenden bestimmte Sachen gesagt. Diese will ich jetzt nicht für Herrn Stegner aus der Welt schaffen; das kann er selbst machen. Allerdings finde ich es ärgerlich, dass hier in der Diskussion gesagt wird, man bekäme eine Gesellschaftsstruktur wie in der ehemaligen DDR, wenn man nicht für Privatisierung einträte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

- Doch, genau das.

Man bekäme eine Gesellschaftsstruktur wie in der früheren DDR, wenn man nicht dafür eintreten würde, was jetzt in der Bundesrepublik von der FDP propagiert wird.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Quatsch!)

- Doch, das muss einmal gesagt werden, weil ihr damit alleine steht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Anke, da sind Leute eingesperrt worden, und wenn sie raus wollten, wurden sie erschossen! Ich bitte dich!)

- Ja, aber der Kollege hat es so gesagt. Lieber Kollege Garg, man kann im Protokoll nachlesen, was der Kollege Kubicki gesagt hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das können wir gern tun!)

Also, man muss auf dem Teppich bleiben, und es ist nicht gerechtfertigt, solch einen Rundumschlag zu machen.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Spoorendonk und erteile Herrn Minister Wiegard das Wort.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wollte mich eigentlich kein weiteres Mal zu Wort melden, aber nachdem die Kollegin Heinold noch einmal mit einer Art Rechtfertigungsarie eingestie-

(Minister Rainer Wiegard)

gen ist, sollten wir doch ein bisschen Sachaufklärung leisten.

Es ist in der Tat so, dass Sie in den Jahren 2000 bis 2005 zunächst dezente Einbrüche bei den **Steuereinnahmen** hatten. Diese haben Sie zu einem bedeutenden Teil durch erhebliche Vermögensveräußerungen und Einmal Erlöse ausgeglichen. Das heißt, die Nettoeinnahmeentwicklung ist nicht so dramatisch, wie Sie sie eben dargestellt haben.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Steuereinnahmen!)

- Okay, aber wir reden über den Haushaltsausgleich, und dazu zählen die Nettoeinnahmen.

Ich möchte nun darauf eingehen, wie Sie in einer solch krisenhaften Phase mit der Ausgabensituation umgegangen sind. Sie kritisieren nämlich, dass wir auf der Ausgabenseite nicht genügend kürzen. Gleichzeitig werfen Sie uns vor, dass wir in bestimmten Bereichen nicht genügend tun. Die **Primärausgaben** - diese enthalten nicht die Zinsen, die wir Ihnen als Ihre eigenen Schulden ankreiden könnten - sind im Zeitraum 2000 bis 2005 um 12,1 % gestiegen. In der Folgeperiode werden sie um 7,8 % steigen. Und die konsumtiven Primärausgaben - das sagt jetzt etwas darüber aus, wie Sie mit den Investitionen umgegangen sind - sind in Ihrer Regierungszeit von 2000 bis 2005 um über 15 % gestiegen. In unserer Regierungszeit werden sie um 6,4 % steigen. Das heißt, Sie haben auf eine Krise, die damals da war, überhaupt nicht mit Ausgabensenkungen reagiert. Das ist der ganz entscheidende Punkt, und damit müssen wir nun fertig werden.

(Beifall bei der CDU)

Mich überrascht im Übrigen die Fortune, die sowohl Herr Hentschel als auch Frau Heinold hier an den Tag legen, was die Frage der Verfassungsmäßigkeit angeht. Sie haben schließlich in einer unglaublichen Art und Weise die Verfassung gebrochen. In einer Zeit, in der von den vier Kriterien, die für das wirtschaftliche Gleichgewicht maßgebend sind, drei positiv waren, haben Sie die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ausgerufen. Dies finde ich nach wie vor erheblich unanständig. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten heute die Kraft gehabt, sich dazu zu äußern. Ich stelle mich schließlich hier hin und entschuldige mich bei der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit für das Finanzdesaster, das wir von Ihnen übernommen haben, aber Sie finden nicht einmal ein einziges Wort dazu. Das finde ich wirklich unglaublich.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Es wäre besser, Sie hätten zugehört, Herr Wiegard. Ich habe sehr wohl gesagt, dass ich zu der Verantwortung stehe und dass ich mit den Sparmaßnahmen, die wir vollzogen haben, nicht zufrieden war. Ich habe das übrigens schon sehr frühzeitig gesagt, nämlich noch während unserer Regierungszeit, und es hat über die Frage viele Auseinandersetzungen gegeben.

Ich möchte auch nicht dem Koalitionspartner die Schuld in die Schuhe schieben, aber es ist immer so, dass von außen Proteste ins Landeshaus getragen werden, und die Proteste, die uns damals erreichten, wurden an der Spitze meistens von der großen Oppositionspartei angeführt. Es waren stets Proteste, die Zigmillionen an Mehrausgaben forderten.

Ich gebe zu, ich war nicht zufrieden, dass wir diesen nicht den nötigen Widerstand entgegengesetzt haben. Ich glaube, das gilt auch für Kollegen aus den Reihen der Sozialdemokraten. Das gilt nicht nur für die Grünen. Trotzdem muss man der Ehrlichkeit halber klarstellen, welche Anstrengungen damals erfolgt sind und welche Anstrengungen Sie nun unternehmen.

Ich habe sehr gewürdigt, wie Sie hier angetreten sind und dass Sie eingeräumt haben, dass es Probleme gibt. Sie haben gesagt, dass wir uns mit den Problemen ernsthaft auseinandersetzen müssen. Wenn Sie jetzt aber sagen, dass Sie so hohe Ausgaben haben, weil Sie im Grunde genommen nur Zinsen abbezahlen müssen, dann kann ich Ihnen nur entgegenhalten, dass das die ganze Zeit so gewesen ist.

(Widerspruch bei der CDU)

Das ist bis auf die Steuereinbrüche 2002 und 2003 nichts Neues. Sonst ist es immer so gewesen.

Da Sie sagen, dass es jetzt geringere Ausgabensteigerungen gibt als in der vorigen Legislaturperiode, müssen wir die Möglichkeit haben, diese Aussage richtigzustellen. Tatsache ist, dass es nicht stimmt, was Sie erzählen. Es stimmt schlicht und einfach

(Karl-Martin Hentschel)

nicht, weil Sie den aufgeblasenen Haushalt 2004/2005 als Maßstab nehmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Er hat die Perioden genommen!)

Würden Sie den Haushalt 2004 nehmen, dann käme Folgendes heraus: Vergleicht man 1999 bis 2004 mit 2004 bis 2009, dann kommt eine Steigerung heraus, die doppelt so hoch ist wie die in den Jahren zuvor.

Jetzt habe ich Folgendes gemacht - das habe ich Ihnen vorhin auch schriftlich gegeben - -

(Wortmeldung des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

- Lass mich mal zu Ende reden. Ich habe gerade einen schönen Gedankengang.

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

Jetzt kann man natürlich sagen: Okay, Herr Stegner hat Ausgaben von 2004 nach 2005 geschoben. - Das ist die Argumentation, die bemüht wurde, dass man 2004 nicht als Maßstab nehmen darf.

Dann nehmen wir das mal an und machen folgende Rechnung auf: Wir mitteln zwischen 2004 und 2005. Wir mitteln zwischen 1999 und 2000, und wir mitteln zwischen 2009 und 2010. Dann haben wir die Verschiebeeffekte in den Wahljahren neutralisiert. Es besteht natürlich der Reiz, im Jahr vor der Wahl weniger Ausgaben zu verbuchen und die Verbuchung ins nächste Jahr zu schieben. Das ist völlig klar.

Wenn man diesen Effekt neutralisiert, dann kommt man - und deswegen habe ich es Ihnen auch schriftlich gegeben - zu gemittelten Nettoausgaben, und die Differenz für die letzte Legislaturperiode beträgt dann 637 Millionen €. Die Differenz für diese Legislaturperiode beträgt nach Ihrer Planung 913 Millionen €.

Ich sage ja gar nicht, dass das schlecht ist. Sparen ist schwierig; das wissen wir alle. Aber wenn Sie sich hier hinstellen und erzählen, Sie würden alles besser machen, dann müssen Sie mir erlauben, Herr Finanzminister, dass ich einmal nachrechne.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über a). Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 16/

2150 an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön.

Wir kommen nun zur Abstimmung über b). Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2198 - das ist der Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2008 bis 2012 - an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Dann ist das so geschehen.

Wir unterbrechen jetzt bis 15 Uhr und fahren dann mit Tagesordnungspunkt 13 fort.

(Unterbrechung: 14:50 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort. Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, begrüße ich auf der Besuchertribüne sehr herzlich den Landfrauenverein Mittlere Treene. - Seien Sie uns sehr herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Den Nationalpark Wattenmeer vor Ausweitung der Ölförderung schützen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2203

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende, der Herr Abgeordnete Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Wattenmeer ist eine ökologische Kostbarkeit. In diesem einzigartigen Lebensraum tummelt sich eine perfekt an den Rhythmus von Flut und Ebbe angepasste Tier- und Pflanzenwelt. Für viele Touristen ist diese grandiose Naturlandschaft der Hauptgrund, in unser schönes Land zu reisen. Kein Wunder also, dass sich 1985 nach langer, kontroverser Debatte eine Mehrheit im Parlament fand, das Wattenmeer zu einem Nationalpark zu machen. Wenn es damals noch viele Menschen gab, die gegen den **Nationalpark** Sturm liefen und eine Ökodiktatur befürchteten, so ist das heute zum Glück Geschichte. Aber unverändert ist ein Stachel

(Karl-Martin Hentschel)

im Fleisch des Nationalparks die **Erdölförderung**. Können Sie sich eine Erdölförderung in der Serengeti oder im Yellowstone-Nationalpark vorstellen? Wohl kaum.

1985 wurde ein Kompromiss geschlossen, dass Ölförderung im gesamten Wattenmeer grundsätzlich verboten ist, die bestehende Ölförderung auf Mittelplate aber bis 2011 Bestandsschutz hat. Schon damals sind die Naturschützer Sturm dagegen gelaufen. Es ist und bleibt unser Ziel, möglichst bald eine Änderung der Ölförderung im Watt herbeizuführen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute reden wir nicht nur über den Bestand, sondern wir reden heute über Planungen, die Ölförderung im Nationalpark erheblich auszuweiten. Die Firma **RWE Dea** hat die Förderrechte, die sogenannte **Aufsuchungserlaubnis**, für erhebliche Teile des nordfriesischen Wattenmeeres sowie die Halbinsel Eiderstedt beantragt.

Der Kreistag in Nordfriesland hat durch eine Resolution unmissverständlich und parteiübergreifend klar gemacht, dass die Ölförderung im Nationalpark nicht erwünscht ist. Nordfriesland bezieht große Teile seines Bruttosozialprodukts aus dem Tourismus und von erneuerbaren Energien, insbesondere der Windkraft, und lehnt deswegen die Ölförderung ab.

Mittlerweile gibt es ein Rechtsgutachten des Wissenschaftlichen Dienstes, das meine Fraktion in Auftrag gegeben hat. Dort wird klaggestellt, dass die Anfang des Jahres vom **Landesbergamt Clausthal-Zellerfeld** erteilte Aufsuchungserlaubnis für Ölförderung im nordfriesischen Teil des Nationalparks Wattenmeer sowie in anderen NATURA-2000-Gebieten Nordfrieslands rechtswidrig ist. Das Bergamt hätte vor einer solchen Genehmigung zwingend eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU erstellen lassen müssen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Der Grund für die Fehlentscheidung liegt beim **Bund**. Die europäischen Bestimmungen der FFH-Richtlinie wurden trotz Fristablaufes nicht vollständig in nationales Recht umgesetzt. Das Gutachten stellt aber auch fest: Die FFH-Richtlinie ist trotzdem gültig und gilt unmittelbar. Sie muss von den Bergbehörden direkt angewendet werden, auch wenn das entsprechende Bundesgesetz nicht existiert.

Wir fordern die Landesregierung daher mit unserem Antrag auf, die Bergbaubehörde in Clausthal-Zellerfeld als Fachaufsicht anzuweisen, die im Frühjahr erteilte Aufsuchungsgenehmigung zurückzunehmen. Aufsichtsführender Minister ist Herr Marnette.

Eine Erlaubnis setzt zwingend eine **Verträglichkeitsprüfung** nach europäischem Nationalparkrecht voraus. Damit sich eine solche Fehlentscheidung zulasten der Natur nicht wiederholt, müssen die Bestimmungen der FFH-Richtlinie endlich vollständig in das Bundesbergrecht integriert werden. Dafür soll sich die Landesregierung im Rahmen einer Bundesratsinitiative einsetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Natur ist unsere kostbarste Ressource, die in Millionen Jahren entstanden ist. Jahr für Jahr verlieren wir unverändert Tausende von Arten und Biotopen, und das unwiderruflich. Keine ausgestorbene Art kann mit noch so viel Wissenschaft und Technik wieder zum Leben erweckt werden.

Der Nationalpark ist von lebenswichtiger Bedeutung für unzählige Generationen nach uns. Wenn wir Natur und Klimaschutz ernst nehmen, müssen wir anfangen, die fossilen Rohstoffe in der Erde zu lassen und uns stattdessen mit Hochdruck mit Alternativen beschäftigen. Wo sollte man zuerst beginnen, wenn nicht mit den fossilen Brennstoffen dort, wo die sensible Umwelt in besonderer Weise gefährdet ist? Das gilt in den Nationalparks, im Nationalpark Wattenmeer.

Ich bitte Sie deshalb um Unterstützung unseres Antrags.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Hentschel. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Axel Bernstein.

(Claus Ehlers [CDU]: Das war das Werk von Günter Flessner!)

- Haben Sie sich zu Wort gemeldet, Herr Ehlers?

(Heiterkeit)

Axel Bernstein [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns bereits im April dieses Jahres mit einem Antrag der Grünen zu der jetzt wieder vorliegenden Thematik befasst. Sie haben bereits im April deutlich gemacht, dass nach Ihrer Einschät-

(Axel Bernstein)

zung Naturschutzrecht nicht ausreichend beachtet worden ist. Ich ermuntere Sie ausdrücklich, diese vehemente Argumentation auch beim gleich folgenden Tagesordnungspunkt geradlinig und glaubwürdig fortzusetzen.

Das hat nicht jeder mitbekommen; es ist aber auch erst kurz nach der Mittagspause.

Zur Sache und vorweg: **Zusätzliche Ölfördererichtungen** im Nationalpark Wattenmeer sind weder rechtlich zulässig noch gewünscht. Sie sind weder in der Region gewünscht, noch sind sie bei Ihnen gewünscht, noch sind sie bei uns gewünscht. Sie sind noch nicht einmal bei der Ölindustrie gewünscht. Daran ändert auch die **Aufsuchungserlaubnis** nichts, die vom Bergamt Clausthal-Zellerfeld als der zuständigen Behörde erlassen wurde.

Es ist im Übrigen falsch, wenn Sie in Ihrer Antragsbegründung, in Ihrer Pressemitteilung und auch jetzt in Ihrem Redebeitrag behaupten, die Aufsuchungserlaubnis sei rechtswidrig. In dem Gutachten, das der Wissenschaftliche Dienst des Landtages für Sie erstellt hat, heißt es ausdrücklich, dass die Aufsuchungserlaubnis für das **Feld Eiderstedt** keinen durchgreifenden Bedenken begegnet. Ich weiß auch, dass da noch eine ganze Menge mehr drinsteht. Aber für dieses Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes gilt ebenso wie für das Gutachten, das im Auftrag der SPD-Fraktion erstellt worden ist, dass hier eine Rechtsauffassung dargestellt wird. Beim Durchlesen der beiden Gutachten muss man nun wahrlich kein Volljurist sein, um allein aus dem Wortlaut und aus manch einer sehr gedehnten Herleitung aus den verschiedensten Dokumenten zu erkennen, dass auch andere Rechtspositionen mindestens die gleiche Tragfähigkeit für sich in Anspruch nehmen können.

Von daher gibt es keine Veranlassung, die **Fachaufsicht** gegen das Bergamt in Marsch zu setzen. Sollten die Inhaber der Aufsuchungserlaubnis in einem zweiten Schritt - wir reden hier ja über ein zweistufiges Verfahren - eine **Betriebsplanzulassung** beantragen, so wäre dies der Zeitpunkt für eine Umweltverträglichkeitsprüfung und gegebenenfalls für weitere naturschutzrechtliche Überprüfungen. Allein aus dieser Situation heraus halten wir deshalb eine **Bundesratsinitiative** für unnötig. Für die Umsetzung europäischen Rechts ist in seinem Zuständigkeitsbereich der Bund zuständig, und er soll dann auch entsprechend tätig werden, genauso wie er es auch von den Ländern entsprechend erwartet.

Zu Ihrer Forderung, Explorationsbohrungen von vornherein zu untersagen, kann ich nur feststellen, dass wir die Auffassung, wie sie im Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes konstruiert wird, nicht teilen. Es kann sehr wohl Stellen geben, an denen Explorationsbohrungen aus naturschutzfachlicher Sicht nicht infrage kommen. Dies wird aber abzuwägen sein, wenn dazu einmal konkrete Anträge vorliegen. Wir können deshalb dem Antrag, den Sie hier heute vorgelegt haben, nicht zustimmen. Wir können ihm auch inhaltlich nicht folgen. Für uns hat natürlich der Schutz unseres Wattenmeeres oberste Priorität. Das haben wir gerade auch aktuell durch die **Anmeldung zum Weltnaturerbe** noch einmal - im Übrigen gemeinsam - unterstrichen.

Der Schutz des Wattenmeeres darf für uns aber nicht zu einem Deckmantel werden, um eine verantwortungsvolle Nutzung heimischer Rohstoffe von vornherein unmöglich zu machen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Einen Ausstieg aus der Förderung heimischer Rohstoffe lehnen wir ab. Gerade vor dem internationalen Szenario erheblicher Rohstoffknappheit und der Abhängigkeit von anderen Förderländern halten wir dies für unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Bernstein. - Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Detlef Buder das Wort.

Detlef Buder [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit der Debatte hier im Landtag im April sind zwei Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes vorgelegt worden, die rechtlich neue Erkenntnisse liefern. Dem von der SPD-Fraktion erbetenen **Gutachten zu Probebohrungen nach Erdöl im Wattenmeer** ist klar zu entnehmen, dass senkrechte Explorationsbohrungen im Nationalpark allenfalls und nur unter strengen Vorgaben von der Mittelplate aus erfolgen dürften. Die SPD hat schon seit Jahren die Position vertreten, dass Bohrungen jeglicher Art im hochsensiblen Gebiet des Nationalparks Wattenmeer nur von der **Plattform Mittelplate** oder als Schrägbohrungen nur von außerhalb des Nationalparks durchgeführt werden dürfen. Als Bewohner eines Randgebietes des Nationalparks kann ich sagen, dass wir mit dieser Regelung bisher auch gut gelebt haben. Wir haben diese Position 1999 dann

(Detlef Buder)

im **Nationalparkgesetz** verankert. Sie lässt sich jetzt juristisch auch nicht wegdiskutieren.

Auch das von der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN erbetene Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes liegt vor und kann dankenswerterweise - ebenso wie das von uns in Auftrag gegebenes Gutachten - als Umdruck eingesehen werden. Im Ergebnis stellt das Gutachten fest: Hinsichtlich des bergrechtlichen Konzessionsverfahrens besteht legislativer Handlungsbedarf. Der **Bundesgesetzgeber** hat zur Erfüllung seiner mitgliedstaatlichen Umsetzungsverpflichtung die Verträglichkeitsprüfung nach der FFH-Richtlinie in das Bergrecht zu integrieren und sicherzustellen, dass bereits vor Erteilung einer Bergbauberechtigung eine **Verträglichkeitsprüfung** durch die nach Bergbaurecht zuständige Behörde durchgeführt wird. Ob und inwieweit aufgrund dieses Handlungsdefizits das Genehmigungsverfahren der RWE Dea für die Ölförderung im nordfriesischen Teil des Nationalparks Wattenmeer beeinflusst wird oder ob der im Antrag vorgeschlagene Weg der richtige ist, muss juristisch geprüft und bewertet werden. Das Ziel des Antrags ist jedoch richtig. Daher sollten wir uns im Umwelt- und im Wirtschaftsausschuss schnell einig werden.

Fernab aller juristischen Details, über die wir noch diskutieren sollten, sollten wir nicht aus den Augen verlieren: Bei der aus der Sicht der Ölkonzerne angesichts endlicher Vorräte und stetig steigender Preise verständlichen Suche nach neuen Erdölvorkommen auch in Deutschland sollte der Nationalpark Wattenmeer von vornherein ausgeschlossen sein. Dies gebietet schon das laufende Anerkennungsverfahren betreffend das Wattenmeer als **Weltnaturerbe**. Natürlich hat die Mittelplate Bestandsrecht; das gehört mit dazu. Auch wenn die bestehende Ölförderung Bestandsschutz genießt und dies der UNESCO auch bekannt ist, macht es sich nicht gut, wenn während des aktuellen Besuchs von Experten der Weltnaturschutzunion im Auftrag der UNESCO öffentlich immer noch über eine ausgeweitete Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer diskutiert wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Diskussion müssen wir schnell beenden und unsere Kräfte darauf konzentrieren, wie die weltweit einzigartige Naturlandschaft des Wattenmeeres möglichst bald in die Weltnaturerbeaufnahme aufgenommen werden kann, um dann überall auf der Welt noch bekannter und attraktiver zu werden. Dies dient der Natur, der Umwelt und über ein hö-

heres Touristenaufkommen auch den Menschen und der Wirtschaft an der Westküste. Ich bitte daher, den Antrag an die beiden Ausschüsse zu überweisen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Detlef Buder. - Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Günther Hildebrand das Wort.

Günther Hildebrand [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der April-Tagung führen wir heute bereits die zweite Debatte über die Frage, ob **Explorationsbohrungen** im Nationalpark Wattenmeer rechtlich zulässig sind und welche Folgen sich gegebenenfalls daraus ergeben. Es geht im sachlichen Kern im Wesentlichen um eine juristische Debatte, die eigentlich die Gerichte zu führen haben, die naturwissenschaftlich aber doch erhebliche Auswirkungen haben kann.

In der rechtlichen Beurteilung sind wir seit April ein gutes Stück weitergekommen. Das ist eben auch schon gesagt worden. Es liegen mittlerweile zwei Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages vor. Insbesondere das zweite Gutachten kommt zu einer klaren Auffassung, die ich hier kurz zitieren möchte.

„... mangels nationaler Umsetzungsverfahren hätte das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie die Bestimmungen des Art. 6 Abs. 3 der FFH-Richtlinie vorliegend unmittelbar anwenden müssen. Von Amts wegen wäre daher vor Erteilung der Aufsuchungserlaubnis eine Überprüfung erforderlich gewesen, ob die künftige Nutzung als Aufsuchungsgebiet für Kohlenwasserstoffe mit den festgelegten ökologischen Erhaltungszielen des zu einem großen Teil im Nationalpark Wattenmeer liegenden Gebiets vereinbar ist.“

Kurz und auf Hochdeutsch gesagt ergibt sich daraus, dass die **Genehmigung des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie** in Clausthal-Zellerfeld aufgrund dieses schwerwiegenden Abwägungsmangels nach Auffassung des Wissenschaftlichen Dienstes rechtswidrig ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Günther Hildebrand)

Dieses Gutachten datiert vom 7. Juli 2008 und ist seit einigen Wochen im Umlauf. Es gab also für die Landesregierung genügend Zeit, sich hiermit zu beschäftigen und entweder den Inhalt zu bestätigen oder aber eine eigene Rechtsauffassung zu entwickeln, in der begründet darzulegen gewesen wäre, warum die Aussagen des Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes nicht zutreffen.

Vor diesem Hintergrund ist es schon erstaunlich, welche Erfahrungen wir dieser Tage mit der Landesregierung gemacht haben. Ich habe nämlich zwei Tage vor der heutigen Debatte, also am Montag, bei der Landesregierung nachfragen lassen, ob die Landesregierung die Rechtsauffassung des Wissenschaftlichen Dienstes teilt oder nicht. Die Aussage aus dem befragten Ministerium lautete: Wir sind hierzu nicht sprechfähig. - Ich hoffe, dass die Landesregierung heute wieder sprechfähig ist.

Eine rechtliche Würdigung ist doch keine politische Entscheidung. Die Landesregierung muss doch in der Lage sein, in knapp zwei Monaten zu einem bestimmten Sachverhalt hier eine rechtliche Beurteilung vorzunehmen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Daher bin ich heute auf die Ausführungen der Landesregierung sehr gespannt. In der Tendenz - das sage ich sehr deutlich - sind wir dem Antrag der Grünen bisher nicht abgeneigt und werden ihm daher zustimmen, wobei ich betonen möchte, dass es noch nicht um das Ergebnis möglicher Untersuchungen, sondern nur darum geht, ob die **Genehmigung** den **rechtlichen Standards** entspricht. Wenn eine Genehmigung rechtswidrig erteilt wurde und dies hinterher festgestellt wird, dann ist sie zu korrigieren und die Landesregierung hat sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten hierfür einzusetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wenn das Bergbaurecht nicht EU-konform ist, weil es hier ein Defizit bei der Umsetzung europarechtlicher Bestimmungen gibt, dann besteht **legislativer Handlungsbedarf**, der gern auch im Wege einer Bundesratsinitiative von Schleswig-Holstein aus in Gang gesetzt werden kann.

Wenn es Voraussetzung für die Genehmigung von **Schrägbohrungen** vom Festland aus in das Gebiet des Nationalparks ist, dass ein Gutachten über die Unbedenklichkeit dieser Bohrung vorliegen muss, dann darf vorher eine solche Genehmigung nicht erteilt werden. So einfach ist das.

Allerdings sollten wir heute nicht zu einer Abstimmung über den Antrag der Grünen kommen, weil wir die Diskussion im Ausschuss noch vertiefen sollten. Es gibt aus unserer Sicht noch weiteren Erörterungsbedarf.

Da ist zum einen die Frage, ob bereits seitens der EU ein Vertragsverletzungsverfahren wegen der mangelnden Umsetzung der FFH-Richtlinie hinsichtlich der bergbaurechtlichen Vorschriften angedroht wurde, und wenn nein, warum dies zumindest bisher nicht erfolgt ist beziehungsweise wann damit zu rechnen ist. Es mag ja sein, dass die EU keinen Bedarf an der Erweiterung dieser Vorschrift sieht.

Zum anderen muss auch die Frage besprochen werden, welche Haftungsfragen mit einer etwaigen Rücknahme bereits ausgesprochener Genehmigungen verbunden sind. Man darf ja nicht diejenigen vergessen, die auf die **Rechtmäßigkeit** einer entsprechenden Aufsuchungserlaubnis vertraut haben und gegebenenfalls bereits finanzielle Aufwendungen gehabt haben. Das heißt, es stehen hier möglicherweise auch Regressfragen im Vordergrund, die zu klären sind. Dies gilt es auch im Ausschuss zu klären.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand. - Das Wort für den SSW im Landtag hat nun der Herr Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits in der April-Tagung des Landtags haben wir uns als SSW deutlich gegen die **Ausweitung von Ölbohrungen** im Nationalpark Wattenmeer ausgesprochen. Jegliche Art von Ölbohrtätigkeiten haben nach Auffassung des SSW nichts in einem Nationalpark zu suchen.

Es gibt zwar einen **Bestandschutz** für die **Mittelplate** - diesen Kompromiss haben wir seinerzeit auch mitgetragen -, aber generell sehen wir diese Art der Nutzung im Wattenmeer nicht im Einklang mit einem **Nationalpark**, und schon gar nicht, wenn es sich, wie bei uns, um ein so empfindliches Ökosystem wie das Wattenmeer handelt. Es ist gut und beruhigend, dass das Nationalparkgesetz des Landes hier klar formuliert ist. Demnach werden weitere Ölbohrtätigkeiten - bis auf die bestandsge-

(Lars Harms)

schützen Aktivitäten - ausgeschlossen und sind daher auch nicht genehmigungsfähig.

Auch wenn es die Mittelplate schon länger gibt als das Nationalparkgesetz, hat dies nichts mit der traditionellen Nutzung des Wattenmeeres zu tun. Nun lässt sich die Mittelplate aufgrund des Bestandsschutzes nicht mehr wegdiskutieren. Laut **Nationalparkgesetz** ist die Erdölbohrung und -förderung ausschließlich von der Mittelplate zulässig, und das akzeptieren wir, weil es ein Kompromiss ist. Aber darum geht es hierbei auch nicht. Es geht darum, dass keine weiteren Bohrtätigkeiten im nordfriesischen Teil des Wattenmeeres sowie von Land aus in den Nationalpark hinein getätigt werden sollen. Daher unterstützen wir das Ansinnen der Grünen, eine **Aufsuchungserlaubnis** für Kohlenwasserstoffe nur dann zu genehmigen, wenn eine **Verträglichkeitsprüfung** nach europäischem Naturschutzrecht dies zulässt.

Das muss man sich erst einmal vorstellen: Wir haben NATURA-2000-Gebiete mit einem europäischen Schutzstatus, und wir haben ein Bundesbergbaugesetz, das einen solchen **Schutzstatus** nicht kennt, weil der Bundesgesetzgeber es bisher nicht vermocht hat, europäisches Recht in nationales Recht - sprich das Bergrecht - umzusetzen. Aus Sicht des SSW steht die Ölförderung im Wattenmeer im Widerspruch zum bestehenden geltenden europäischen Naturschutzrecht, und es ist aus unserer Sicht nicht verständlich, warum es nicht entsprechend berücksichtigt wird. Für uns ist klar, dass hier der Bundesgesetzgeber seiner Umsetzungsverpflichtung unverzüglich nachkommen muss.

Bei Vorhaben eines bestimmten Ausmaßes, die unmittelbar oder mittelbar Auswirkungen auf die Umwelt haben, ist im Vorfeld eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, auf deren Grundlage über die Zulässigkeit des Vorhabens entschieden wird. Dann ist es fragwürdig, warum eine Umweltverträglichkeitsprüfung oder eine umfassende **Verbandsbeteiligung**, wie man sie aus anderen Genehmigungsverfahren kennt, hier nicht vorgesehen ist.

Der SSW unterstützt die Punkte des Antrags der Grünen, denn aus unserer Sicht muss endlich rechtliche Klarheit mit allen dazugehörigen Konsequenzen geschaffen werden. Damit auch künftig im Sinne des Nationalparks Wattenmeer Entscheidungen getroffen werden, die so auch von den Menschen vor Ort und der regionalen Politik gewollt sind, muss hier gehandelt werden. Der Landtag sollte den interfraktionellen Beschluss des Kreistages Nordfriesland berücksichtigen und entsprechend handeln. Es gilt, ein Signal zu setzen, das deutlich

macht, dass sich der Landtag gegen eine Ausweitung der Erdölbohrungen ausspricht und dies mit politischen Initiativen umsetzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung muss über den **Bundesrat** dafür Sorge tragen, dass das Bundesbergbaugesetz geändert wird. Die **Ausweitung der Ölbohrung und -förderung** darf nicht gegen entsprechende naturschutzrechtliche Bestimmungen über die Bühne gehen. Das ist nicht nur die Meinung des SSW, sondern der gesamten Region an der Westküste.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Das Wort für die Landesregierung hat nun der Minister für Umwelt und Natur, Herr Dr. Christian von Boetticher. - Ich weise zur Rechten dieses Saales darauf hin, dass nur Herr Dr. von Boetticher das Wort hat.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal, Herr Hentschel: Ich wundere mich ein bisschen. Wir haben genau diese Debatte mit genau diesen Debattenbeiträgen am 24. April in diesem Haus geführt. Es ist eigentlich überhaupt keine neue Erkenntnis hinzugekommen. Ich sage Ihnen etwas dazu.

Zunächst einmal habe ich damals gesagt, eine **neue Fördereinrichtung** im Nationalpark ist aufgrund des Nationalparkgesetzes ausgeschlossen. Eine **Ausweitung** der Ölförderung im Nationalpark ist weder beabsichtigt noch ist sie gesetzlich möglich. Darum, bei aller Freundschaft, Herr Abgeordneter Hentschel und Herr Abgeordneter Harms, nun erzählen Sie nicht immer wieder, dass im Nationalpark zusätzlich Öl gefördert werden soll. Das entspricht nicht der Wahrheit. Ich habe deutlich gesagt, das wäre gesetzlich auch gar nicht möglich.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Hören Sie einmal zu!

Punkt 1 bei Ihnen lautet: Der Wirtschaftsminister möge das Landesbergamt anweisen, die **Aufsuchungserlaubnis im Feld Eiderstedt** zurückzunehmen. Hierzu hat das Landesbergamt dem Wirtschaftsminister auf Anfrage mitgeteilt, und zwar unter Bezugnahme auf das Gutachten des Wissen-

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

schaftlichen Dienstes, dass die Auffassung des Wissenschaftlichen Dienstes aus rechtlichen und fachlichen Gründen neben der Sache liegt. Der Wirtschaftsminister teilt die Auffassung des Landesbergamtes.

Was ich Ihnen heute zum wiederholten Male zu erklären versuche, ist, dass wir ein **zweistufiges Verfahren** haben. Wir haben ein Verfahren, in dem zunächst einmal das Landesbergamt eine Aufsuchungserlaubnis erteilt, in der Tat ohne Prüfung von FFH. Darüber kann man reden; dazu sage ich gleich noch etwas. Aber der eigentliche Betriebsplan wird genehmigt durch den Landesbetrieb Küstenschutz und Nationalpark. Da finden alle diese **Prüfungspunkte** selbstverständlich statt. Sie verkennen schlichtweg die Zweistufigkeit dieses Prüfungsverfahrens. Das heißt, genau das wird von der Behörde gemacht. Leider wird das hier in dem Antrag vermischt. Auch das habe ich am 24. April bereits gesagt.

Anders als im Fall der **Explorationsbohrungen vor Dithmarschen**, wo eine solche Konzession schon besteht und Bestandsschutz hat, gibt es einen solchen **Bestandsschutz** im Feld Eiderstedt nicht. Darum kann ich auch noch einmal sagen: In völliger Übereinstimmung mit der Region sehe ich keine Möglichkeit, eine **Genehmigung** für solche Aktivitäten im Nationalpark im Feld Eiderstedt zu erteilen. Ganz klare Aussage; die habe ich auch am 24. April schon mal gemacht.

Dazu mache ich mir auch gern die Meinung des Wirtschaftsministers zu eigen, dass es nicht notwendig ist, von den Mitteln der **Fachaufsicht** Gebrauch zu machen, weil es eben nur die erste Stufe in einem zweistufigen Verfahren war. Die zweite Stufe liegt jetzt bei uns, beim LKN.

Punkt 2, **Änderung des Bundesbergrechtes**: Diese Frage wird derzeit zwischen den Ministerien erörtert. Ich darf Ihnen aber sagen, dass ich es auch auf die Tagungsliste der nächsten Umweltministerkonferenz gesetzt habe, weil man natürlich fragen muss, ob diese zweite Stufe, die wir heute bei uns auf Landesseite vornehmen, nicht schon im Bundesbergbaurecht vorab geklärt werden kann. Das ist eine verfahrenstechnische Frage. Ich sage aber auch noch einmal: Es ist mitnichten so, dass im Augenblick bei der Gesamtgenehmigung in den zwei Stufen **Umweltrecht** keine Rolle spielt. Im Gegenteil, das ist die Verfahrensprüfung, die wir derzeit vornehmen.

Punkt 3: Wir werden aufgefordert, keine Genehmigung zu **Explorationsbohrungen im National-**

park außerhalb der Mittelplate A zu erteilen. Ich kann Ihnen sagen: Genehmigungen erteilt man dann, wenn man einen Antrag bewertet. Ein solcher prüffähiger Antrag liegt derzeit von **RWE Dea** gar nicht vor. Ich kann Ihnen aber etwas zur grundsätzlichen Auffassung sagen: Wir halten es nach wie vor in Übereinstimmung mit dem Trilateralen Wattenmeerplan und mit dem Nationalparkgesetz dann prinzipiell für genehmigungsfähig, wenn zuvor glaubhaft gemacht worden ist, dass eine spätere Ausbeutung ausschließlich von außerhalb des Nationalparks erfolgt oder eben von der Mittelplate A aus. Also noch einmal ganz deutlich: Keine weitere **Förderung** aus dem Nationalpark.

Mein Haus hat die kritischen Aussagen des Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes als eine rechtliche Ausarbeitung zur Kenntnis genommen. Diese wird natürlich im Antragsgenehmigungsverfahren rechtlich angemessen gewürdigt werden. Aber ich sage hier ganz deutlich: Die verwaltungsrechtliche Genehmigung erteilt am Ende die dafür zuständige Fachbehörde und niemand anderer. Darum, meine Damen und Herren, ist all das, was hier aufgeführt worden ist, Teil des Genehmigungsverfahrens, das läuft, und dass Anträge dann abarbeitet, wenn sie vorliegen. Ich schließe mich der Meinung von Herrn Hentschel an: Der Nationalpark Wattenmeer ist unser größtes und wichtigstes Schutzgebiet in Schleswig-Holstein. **Naturschutz** hat dort Priorität vor anderen Interessen. Aber darum wird es auch keine Ausweitung der Ölförderung von der Oberfläche aus dem Nationalpark Wattenmeer geben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin schon etwas erstaunt. Erstens bin ich erstaunt, dass der Umweltminister geredet hat - nicht weil ich nicht gut finde, dass zu diesem Thema der Umweltminister redet, sondern weil ich im Grunde Herrn Hildebrand recht gebe, dass es hier um eine juristische Frage geht. Da hätte der zuständige Fachminister, der die Dienstaufsicht über das Bergamt hat, reden müssen, und das ist Herr Marnette. Das ist das Erste.

(Karl-Martin Hentschel)

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

- Seine Behörde ist die zuständige Aufsichtsbehörde, die die entsprechenden Juristen hat. Wenn ein solches Gutachten vom Wissenschaftlichen Dienst vorgelegt wird, dann erwarte ich auch, dass man sich mit den juristischen Argumenten auseinandersetzt. Was Sie gemacht haben, Herr Minister, ist nichts anderes als zu behaupten, Sie hätten eine andere Rechtsauffassung. Kann man mit solchen wissenschaftlichen Gutachten nicht so umgehen, dass man sagt, man habe eine andere **Rechtsauffassung**, ohne auf die Argumente, die genannt worden, die nachvollziehbar und sehr eindrücklich sind, einzugehen.

(Minister Dr. Christian von Boetticher: Möchtest du eine Rechtsdebatte mit mir führen?)

Zweitens. Es gibt eine ganze Reihe von Positionen, über die wir reden, und nicht nur eine. Alles ist neu, weil die **Gutachten** zu dem Zeitpunkt nicht existierten. Auch ich bin früher von Ihrer Auffassung ausgegangen, das gebe ich gern zu. Ich bin auch davon ausgegangen, dass **Schrägbohrungen** grundsätzlich möglich sind. Das habe ich immer gedacht. Und ich bin auch nicht sicher gewesen, ob man nicht auch **Explorationsbohrungen** machen kann, solange hinterher nur die richtige Bohrung von außerhalb des Nationalparks oder von Mittelplate aus erfolgt.

Aber das Gutachten hat genau gesagt, dass das nicht so einfach ist. Einmal hat es gesagt, dass auch Schrägbohrungen in Zukunft nur möglich sind, wenn denn die entsprechende naturschutzfachliche **Umweltverträglichkeitsprüfung** vorliegt, weil auch Schrägbohrungen zur Ausbeutung dazu führen können, dass Hohlräume unter dem Wattenmeer entstehen und dass Bodenabsenkungen auftreten, wie wir sie jetzt an der Saar erlebt haben, und dass dadurch eine schwere Schädigung des **Nationalparks** entsteht. Das heißt, es ist sehr einleuchtend dargestellt worden, dass auch Schrägbohrungen ein Problem sind.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Das Dritte ist: Zu den Explorationsbohrungen im Wattenmeer hat das Gutachten eine völlig andere Auffassung vertreten als Sie. Das heißt, Sie müssten sich mit diesen Dingen ernsthaft auseinandersetzen. Ich erwarte das auch von der Landesregierung. Ich kann ohne eine solche Auseinandersetzung nicht sehen, warum wir hier von der Vorlage,

die wir vorgelegt haben, abweichen sollen. Ich schlage vor, damit die Beratungszeit der CDU noch etwas Nachdenken ermöglicht, weil Sie sich noch nicht entschieden haben, dass wir das Ganze noch einmal in den Ausschuss bringen und darüber reden und uns die rechtlichen Fragen noch einmal von entsprechenden Leuten darstellen lassen, damit wir zu einer Meinung kommen. Ich hoffe dann, dass sich die Große Koalition einigt und wir zu einer Beschlussfassung kommen, die Klarheit schafft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort hat Herr Minister Dr. von Boetticher.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Hentschel, ich habe Ihren Antrag noch einmal gelesen. Da steht an keiner Stelle, dass wir heute an dieser Stelle das Rechtsgutachten des Wissenschaftlichen Dienstes diskutieren wollen. Ich kann das gern mit Ihnen machen. Wir können gern in eine Rechtsdebatte in der Sitzung des Ausschusses eintreten.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Dazu bin ich jederzeit in der Lage und auch befähigt. Ich freue mich schon auf die rechtliche Auseinandersetzung mit Ihnen als Fachkundigem.

Ich sage Ihnen an der Stelle aber auch ganz deutlich, dass das gilt, was ich gesagt habe, nämlich dass am Ende eine Behörde nach **Recht und Gesetz** entscheidet. Natürlich gibt es eine ganze Menge von Schriftstücken, die wir bekommen, auch wichtige Ausarbeitungen. Das ändert nichts daran, dass in ein Genehmigungsverfahren Rechtsmeinungen mit einfließen, abgeprüft werden und die zuständige Behörde dann entscheidet. Sie müssen sich als Abgeordneter im Landtag auch darüber klar sein, was Ihre Rolle in diesem Gefüge ist und wo es um reines **Verwaltungsrecht** und verwaltungsrechtliches Handeln geht. Dort handelt die Behörde schlicht gebunden an Recht und Gesetz. Wer meint, dass das rechtswidrig war, hat die Möglichkeit, notfalls auch den Klageweg zu beschreiten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort zu einem Drei-Minuten-Beitrag hat Herr Abgeordneter Konrad Nabel.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Weitere Zurufe)

- Herr Nabel hat das Wort, sonst niemand.

Konrad Nabel [SPD]:

Danke schön, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren, es war schon ganz richtig, dass Herr Kollege Buder darum gebeten hat, diese Detaildebatte letztlich im Ausschuss zu führen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Aber ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet, Herr Minister, wenn Sie sich nicht etwas missverständlich ausgedrückt hätten. Wir haben nun auch ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes bestellt, das auch schon zitiert wurde. Das haben wir nicht ohne Grund gemacht, weil wir natürlich nicht die Fachjuristen sind, wie Herr Kollege Kubicki das immer wieder deutlich macht,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

sondern weil es uns auch am Herzen liegt, hier eine klare Rechtsposition verbreiten zu können. Wir haben das von uns in Auftrag gegebene Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes so interpretiert - da kann man lange drum herumreden, aber diese Argumentation haben wir auch schon im April vorgebracht, weil wir sie vorher geahnt haben -, dass nicht nur die **Ausbeutung**, das heißt die Bohrung in eine vorgefundene Ölquelle, sondern auch das **Aufsuchen**, ob etwas da ist, nach dem **Nationalparkrecht** nicht möglich ist. Darum haben Sie sich etwas gedreht, Herr Minister. Ich glaube, das ist der entscheidende Unterschied. Wir wollen nicht, dass außerhalb der Mittelplate - und anders als die Grünen haben wir diese Diskussion bisher nicht geführt - oder durch Schrägbohrungen weitere Bohrungen innerhalb des Nationalparks gesetzt werden,

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

nicht nur zum Fördern nicht, sondern auch zum Aufsuchen nicht. Da gibt es einen Unterschied zwischen unseren Positionen, und da muss man schon ein bisschen feiner hinhören. Ich finde es schon richtig, dass dann auch das Ministerium - ohne dass es in ein rechtskundliches Seminar ausuft - zu-

mindest für das interessierte Publikum auch einmal deutlich macht, welche juristische Position da vorliegt. Da bin ich Herrn Kollegen Hildebrand für seine Fragen sehr dankbar, die sicherlich im Ausschuss noch weiter geklärt werden können.

Uns geht es darum, - ich sage es abschließend noch einmal -: Wir wollen nicht, dass im Nationalpark Wattenmeer weitere Bohrungen niedergebracht werden - zu welchem Zweck auch immer!

(Beifall der Abgeordneten Sandra Redmann [SPD], Olaf Schulze [SPD] und Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für einen weiteren Drei-Minuten-Beitrag hat Herr Abgeordneter Axel Bernstein.

Axel Bernstein [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Nabel, ich fand es eben ganz bezeichnend, wie Ihnen durchgerutscht ist zu sagen, wir hatten im April ja schon unsere Position, und dann kam ein Gutachten, und das muss jetzt irgendwie passend gemacht werden. Genau das, was Sie gerade hier am Rednerpult vorgetragen haben, steht in Ihren Gutachten nicht drin, sondern, - wenn ich mit Erlaubnis kurz zitieren darf - in dem Gutachten, Umdruck 16/3281, heißt es auf Seite fünf:

„Vorliegend ist daher zu prüfen, ob flächenbezogene Schutzbestimmungen des Nationalparkgesetzes den im Rahmen des Betriebsplanes zu genehmigenden Explorationsbohrungen entgegenstehen...“

Zweistufiges Genehmigungsverfahren - wir sind in der ersten Stufe. Der Betriebsplan ist die zweite Stufe, das ist genau das, was eben dargestellt wurde.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort hat erneut der Herr Minister.

(Konrad Nabel [SPD]: Wir sind hier ein Parlament und kein juristisches Seminar!)

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Nabel, das war das beste Stichwort des Tages: Sie sind Parlament, Sie sind keine Genehmigungsbe-

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

hörde, auch keine verwaltungsrechtliche Genehmigungsbehörde. Wir können am Ende über Recht unterschiedlicher Auffassung sein. Ihre Macht ist es, im Zweifelsfalle das Recht so zu ändern, wie es dem Parlament passt. Meine Befähigung besteht darin, dieses Recht auszulegen und anzuwenden. Sie haben keine Möglichkeit, in einem behördlichen verwaltungsrechtlichen Genehmigungsverfahren mir Ihre Rechtsauffassung aufzuzwingen und überzustülpen. Dann müssen Sie Gesetze ändern, so sind nun mal die Spielregeln in der Demokratie. Das können wir gern noch einmal im Ausschuss ausdiskutieren, aber daran wird sich nichts ändern.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, die Drucksache 16/2203 federführend dem Umwelt- und Agrarausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss und - ich empfehle - das meine ich ernst - dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen, denn es geht ja auch um grundsätzliche juristische Dinge, wie wir eben vom Minister gehört haben, und darum, was wir dürfen und was wir nicht dürfen sollen.

Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Dann ist das so geschehen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Versenken von Felsblöcken im Sylter Außenriff

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2217

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung gewünscht. Daher lasse ich zunächst über den Berichtsantrag abstimmen. Wer diesen Bericht hier und heute hören möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Herr Minister von Boetticher, ich bitte Sie um Ihren Bericht.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Bemerkung vorab: Mir wird es nicht möglich sein, in fünf Minuten detailliert auf die vier umfangreichen Fragen der FDP-Fraktion einzugehen. Ich bitte daher darum, dass ich im Ausschuss

noch einmal detailliert Rede und Antwort stehen kann. Im Vorwege möchte ich dennoch einige Dinge nennen. Mein Ministerium arbeitet in Sachen des Meeresschutzes sehr erfolgreich und gut mit **Greenpeace** zusammen. Wir hatten sowohl in Berlin als auch in Brüssel mehrere gemeinsame Aktionen. Zu dieser Aktion muss ich allerdings sagen: Sie ist illegal, sie ist rechtswidrig. Deshalb ist sie natürlich abzulehnen.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Bernd Schröder [SPD] und Lars Harms [SSW])

Nach dem **Hohe-See-Einbringungsgesetz** ist das Einbringen von Gegenständen in die Hohe See ganz ausdrücklich verboten. Das ist Greenpeace auch mit Schreiben vom 12. August 2008 vom **Bundesamt für Seefahrt, Schifffahrt und Hydrografie** mitgeteilt worden. Ich habe jetzt gehört, dass das Bundesverkehrsministerium eine **Unterlassungsverfügung** umgesetzt hat. Das heißt, es ist der Reederei verboten, das Schiff, das sie an Greenpeace vermietet hat, weiter zu diesen Zwecken einzusetzen. Es wird mit Spannung zu beobachten sein, wie es weitergeht. Es gibt bereits den Erlass einer einstweiligen Verfügung eines Hamburger Gerichts auf eine Strafzahlung von 250.000 € bei Zuwiderhandlung. Im Augenblick werden also einige Dinge unternommen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das Datum habe ich vorliegen. Ich glaube, sie ist vom 20. August. Ich bin mir aber so frei aus dem Kopf heraus nicht sicher. Wir alle sind uns darin einig, dass die Aktion selbst keinen naturschutzfachlichen Schaden anrichtet. Sie hindert aber **Sand- und Kiesabbaubetriebe** und die **Fischerei** an der Ausführung dessen, wofür sie **Genehmigungen** erhalten haben. Sie hindern diese Unternehmen auch daran, genehmigungsfreie Tatbestände auszuführen. Das ist ein wirtschaftliches Problem.

Eine Bemerkung zur Lage: Das **Sylter Außenriff** liegt nicht - wie viele glauben - kurz vor der Insel Sylt. Man kann vom Strand aus nichts sehen. Es handelt sich hier um eine **ausschließliche Wirtschaftszone**, die weit innerhalb der Nordsee liegt. Hier gibt es eine Bundeszuständigkeit. Das ist ein **NATURA-2000-Gebiet**. Das haben Sie mitbekommen. Natürlich darf auch innerhalb eines NATURA-2000-Gebietes eine wirtschaftliche Nutzung erfolgen. Diese Nutzung darf am Ende jedoch die Struktur und den Lebensraumtyp vor Ort nicht erheblich beeinträchtigen. Selbst dann aber gibt es

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

Ausnahmen. Ich nenne als Stichwort hier nur das Mühlenberger Loch. So weit sind wir dort natürlich nicht.

Wann das der Fall ist, wann also eine erhebliche **Beeinträchtigung** vorliegt, entscheidet wie immer die dafür legitimierte Behörde und keine Nichtregierungsorganisation. Das ist in diesem Fall das **Landesbergamt** in Beteiligung mit dem **Bundesamt für Naturschutz**. Was die Auskiesung angeht, so sind dort gerade vom Bundesamt für Naturschutz, das Herrn Gabriel untersteht, etliche Auflagen gemacht worden. Es wurden zeitliche Beschränkungen ausgesprochen und Abbauverbotszonen eingerichtet. Weiter sind **Monitoringverfahren** und Reaktivierungszeiten zu nennen. All das steht in der Genehmigung und in der Ausübungserlaubnis für die Kiesabbauunternehmen. Durch die **Einbringung** werden genau diese genehmigten Nutzungen verhindert. Es entsteht also ein **wirtschaftlicher Schaden**. Ob und inwieweit das geltend gemacht wird, bleibt den rechtlich Beteiligten natürlich überlassen.

Ich möchte daher feststellen, dass es diese rechtliche Unzulässigkeit gibt. Für das Gebiet ist eine **Klage** vor dem **Europäischen Gerichtshof** anhängig. Die Klage wurde eingereicht. Wie sich das für jeden Normalbürger und auch für jede Organisation gehört, so hat auch diese Organisation die Pflicht, auf ein solches Urteil zu warten. Daraus werden dann Schlüsse gezogen. Dann muss entweder die Bundesregierung ein rechtswidriges Verhalten abstellen oder nicht. Wenn wir jedoch dulden würden, dass Bürger oder Organisationen dann, wenn sie meinen, sie hätten recht, zur **Selbsthilfe** greifen, dann wären wir alle auf einem sehr schlechten Weg in dieser Demokratie. Insofern gibt es auch von meiner Seite eine klare Ansage. Die Genehmigungsbehörde bleibt das niedersächsische Landesbergamt und das Bundesamt für Naturschutz. Danach wird auch entschieden.

Ich habe deutlich gemacht, dass hier entsprechende **naturschutzrechtliche Belange** eingeflossen sind. Daher kann ich nur hoffen, dass wir nach der Umsetzung der **Unterlassungsverfügung** durch das Bundesverkehrsministerium vielleicht dieses rechtswidrige Sommertheater beenden können. Wie die Sache naturschutzfachlich aussieht, werden - wie immer - die zuständigen Gerichte entscheiden. In diesem Fall ist das der EuGH in Brüssel. Danach sehen wir uns wieder. Danach muss der Bundesminister entweder etwas umsetzen oder Greenpeace hat auch aus naturschutzfachlicher Sicht völlig zu

unrecht gehandelt. Das werden uns aber die Gerichte mitteilen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Minister für den Bericht. Er hat genau fünf Minuten gesprochen. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Axel Bernstein das Wort.

(Zurufe - Günther Hildebrand [FDP]: Ich dachte, wir hätten den Antrag gestellt!)

- Entschuldigung, der Antragsteller darf nie vergessen werden. - Herr Hildebrand Sie haben das Wort.

Günther Hildebrand [FDP]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion tritt für Naturschutz ein. Sie tritt für den Schutz von FFH Gebieten ein, auch im Sylter Außenriff. Wir halten es für eine richtige Entscheidung, dass das Nordseeareal vor Sylt im Jahr 2004 als NATURA-2000-Gebiet gemeldet worden ist.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber!)

Die FDP tritt aber auch für den Rechtsstaat ein. Die Begeisterung, mit der die Presse die Aktionen von Greenpeace als „Seeschlacht vor Sylt“ geradezu feiert, lehnen wir deshalb ab.

(Beifall bei FDP und CDU sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Eigenmächtig Natursteine im Meer zu versenken, um vermeintlich ein Naturschutzgebiet zu schützen, entspricht eben nicht dem Recht. Bereits am 18. August wurde durch das Bundesumweltministerium festgestellt, dass das **Einbringen von Steinen** durch **Greenpeace** im Meeresschutzgebiet **Sylter Außenriff** vor Sylt eine rechtswidrige Handlung ist. Konsequenzen hatte das bislang nicht. Stattdessen erklären mögliche Verantwortliche öffentlich, warum sie nicht zuständig sind. Die Presse zitiert den Bundesumweltminister mit den Worten: „Ich kann die Motive von Greenpeace verstehen.“

Eine Greenpeace-Mitarbeiterin erobert die Schlagzeilen mit dem Hinweis, dass schließlich ein Naturschutzgebiet geschützt würde. Aber auch im Naturschutz heiligt der Zweck nicht die Mittel. Verstöße gegen das **geltende Recht** - und das Versenken von Felsblöcken im Sylter Außenriff ist ein Verstoß -

(Günther Hildebrand)

müssen unabhängig von den angeblich oder tatsächlich verfolgten Zielen und unabhängig von den handelnden Personen oder Organisationen geahndet werden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU sowie Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Zumindest in diesem Punkt scheint der Ministerpräsident mit uns einer Meinung zu sein, der inzwischen das Umwelt- und Verkehrsministerium in Berlin aufgefordert haben soll, endlich ein **Ordnungswidrigkeitsverfahren** gegen Greenpeace einzuleiten, damit die Bundespolizei handeln kann. Das erscheint zumindest konsequent.

Mindestens genauso spannend ist aber die Frage, wie es überhaupt dazu gekommen ist, dass Greenpeace glaubt, auf die normative Kraft des Faktischen ausweichen zu müssen, um im Sylter Außenriff ein **Verbot der Fischerei** sowie **des Abbaus von Kies und Sand** zu erwirken. Dies gilt jedenfalls dann, wenn man unterstellt, dass es Greenpeace um die Sache geht und nicht darum, medienwirksam in eigener Sache zu trommeln, damit möglicherweise die Spenden wieder stärker sprudeln.

Wie steht es um die Fischerei und den Kies- und Sandabbau im Sylter Außenriff? Was können wir hier gegebenenfalls tun? - Was die **fischereirechtlichen Beschränkungen** angeht, so ist das eher weniger. Es ist bekannt, dass diese Frage unter Berücksichtigung bundesrechtlicher Beschränkungen in einem Naturschutzgebiet abschließend der EU-Fischereirat entscheiden muss und dass Schleswig-Holstein wenig zu sagen hat. Trotzdem erlaube ich mir an dieser Stelle den Hinweis, dass ich die Sorgen und Befürchtungen des Kutter- und Küstenfischereiverbandes teile, dass die riesigen Felsblöcke Hindernisse bilden, an denen geschleppte Netze leicht hängen bleiben und die Fischereifahrzeuge und ihre Besatzung in große Gefahr bringen können.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Sehr richtig!)

Diese **Gefährdungen** sind völlig unverhältnismäßig. Sie sind auch naturschutzfachlich unbegründet, solange sich die Fischer an die ihnen gemachten Auflagen halten. Ihre jahrzehntelange fischereirechtliche Nutzung hat das Gebiet nicht beeinträchtigt.

Soweit es um den **Sand- und Kiesabbau** geht, ist jedoch ausschließlich das jeweilige Land für die Durchführung der Genehmigungsverfahren zuständig. Schleswig-Holstein hat also das Sagen. Die zu-

ständige Behörde ist das mit Niedersachsen gemeinsam geführte Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie.

Im Rahmen dieser Zuständigkeit hat die schleswig-holsteinische Landesregierung genehmigt, dass Kies und Sand im Gebiet vor Sylt abgebaut werden. Seit 2002 ist im **Feld Weiße Bank** die Sand- und Kiesgewinnung auf Grundlage eines Planfeststellungsbeschlusses mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung bis März 2039 zugelassen.

Ich betone das und möchte insbesondere den Hinweis auf die **Umweltverträglichkeitsprüfung** lenken, weil es im Rahmen des Verfahrens durchaus Bedenken oder zumindest anderslautende Stellungnahmen des Bundesamts für Naturschutz als zuständiger Genehmigungsbehörde gegeben hat. Schleswig-Holstein ist seinerzeit den vom **BfN** vorgebrachten Argumenten, die unter anderem auch eine Beeinträchtigung der Nahrungshabitate von Schweinswalen, Kegelrobben und Seevögeln hinwiesen, nicht gefolgt. - Warum? Ich gehe nicht davon aus, dass Rot-Grün seinerzeit damit Natur- und Artenschutz schwächen wollten. Sie haben die Genehmigung damals erteilt. Insbesondere die Grünen, die Greenpeace heute so unterstützen, sollten sich das bewusst machen. Soweit Gründe des **Küstenschutzes** den Ausschlag dafür gegeben haben, kann die FDP die Entscheidung nur unterstützen.

Bei der **Abwägung der Interessen** von Mensch und Natur gibt es für die FDP überhaupt keinen Zweifel, dass die Sicherheit der Menschen auf den Nordseeinseln und hinter den Deichen Vorrang hat. Unter diesem Vorzeichen bleibt es unser Ziel, den Schutz des **FFH-Gebiets** sicherzustellen, und zwar nach rechtsstaatlichen Verfahren. Mit allem anderen würde dem Naturschutz ein Bärendienst erwiesen werden.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Hildebrand und erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Axel Bernstein das Wort.

Axel Bernstein [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich einmal vor, die Anwohner einer viel befahrenen Hauptstraße einer x-beliebigen Gemeinde in Schleswig-Holstein würden, um die Einhaltung der Höchstgeschwindigkeit auf dieser Stra-

(Axel Bernstein)

ße durchzusetzen, über Nacht große Pflanzkübel auf die Fahrbahn stellen. Wie lange würde es wohl dauern, bis die zuständige Verkehrsbehörde vor Ort wäre? Wir könnten den Zeitraum wahrscheinlich eher in Stunden bemessen als in Tagen. Und das ist auch richtig so. Denn wie gut die Argumente auch sein mögen, die ein Akteur zu haben glaubt: Es ist nicht zu dulden, dass er das Recht in die eigene Hand nimmt. Genau das jedoch geschieht vor Sylt. **Greenpeace** setzt sich bewusst über **geltendes Recht** hinweg. Dabei fand ich es schwer zu ertragen, dass es fast vier Wochen gedauert hat, bis das **Bundesverkehrsministerium** endlich die **Unterlassung** verfügt hat. Auch von meiner Seite noch einmal ein ganz herzlicher Dank, Herr Ministerpräsident Peter-Harry Carstensen, für die ausdrückliche Aufforderung an die Bundesbehörden, endlich tätig zu werden. Das hat dem Rechtsempfinden vieler Schleswig-Holsteiner gut getan.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Die Umweltorganisation Greenpeace begibt sich hier auf einen gefährlichen Weg. Denn wer sich selbst so überhöht und für die Durchsetzung seiner Ziele den Bruch von Recht und Gesetz zumindest billigend in Kauf nimmt, der begibt sich in eine gefährliche Nähe zu Extremisten, mit denen die allermeisten Mitglieder von Greenpeace ganz sicher nichts zu tun haben wollen.

In ihrem Streben nach medialer Beachtung nehmen es die Verantwortlichen von Greenpeace sogar in Kauf, das Leben und die Gesundheit von schleswig-holsteinischen Fischern zu gefährden. Allein schon deshalb ist die Bundespolizei aufgefordert, einzuschreiten, wenn es einen weiteren Versuch zur Versenkung von Felsbrocken geben sollte. Der jetzt bekannt gewordene Weg, der aktuell ja auch über die Medien verbreitet wurde, der Weg der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord, das Auslaufen des Schiffes zu verhindern, ist sicherlich der elegantere, weil er auch den möglicherweise erwünschten medialen Rummel gering hält.

Es geschieht nicht häufig, aber heute kann ich dem Geschäftsführer des NABU nur zustimmen, wenn er das Verhalten von Greenpeace kritisch in der Presse kommentiert. Denn dieses Verhalten ist in der Tat dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit von Umweltschutzorganisationen insgesamt abträglich.

Diese Aktion von Greenpeace auch noch mit dem holprigen Motto „Taten statt warten“ zu begleiten, schadet aber auch der **Akzeptanz naturschutzfachlicher Genehmigungsverfahren** insgesamt. Warum soll sich der normale Bürger an etwas hal-

ten, was Umweltschutzorganisationen selbst missachten, ohne dafür sanktioniert zu werden?

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Deshalb ist Greenpeace aufgefordert, die Verklappung von Felsen im Wattenmeer umgehend einzustellen und dies nicht weiterzubetreiben. Zudem müssen sie den bisher begangenen **Rechtsbruch** heilen.

Wir werden zu prüfen haben, ob diese Organisation - unabhängig davon, wie gut die Zusammenarbeit in manchen anderen Bereichen bis dato gewesen sein mag - weiterhin ein Partner in der Umweltarbeit des Landes sein kann.

Unabhängig von dieser rechtlichen und politischen Würdigung der bisherigen Vorgänge sollten wir uns im Ausschuss sehr intensiv mit den Auswirkungen auf Flora und Fauna im Wattenmeer, auf die Kiesgewinnung und die Fischerei befassen und das Ganze durchaus auch zum Anlass nehmen, die gegenwärtig laufenden Verfahren näher zu beleuchten und uns über die Situation insgesamt zu informieren.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Bernstein. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Bernd Schröder.

(Zuruf von der CDU: Umweltpolitischer Sprecher!)

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Zweck heiligt eben nicht jedes Mittel. Es handelt sich hier um ein Thema, das vor Ort an der Westküste und in ganz Deutschland in den letzten Wochen für Schlagzeilen gesorgt hat. Ein generelles Wort vorweg: Es ist grundsätzlich in Ordnung, wenn einzelne Menschen oder Institutionen vermeintliche Missstände thematisieren, wenn sie für ihre Interessen eintreten und in der öffentlichen Diskussion gegenüber anderen Interessen vertreten. Grenzwertig wird es aber in dem Moment, wenn **rechtswidrige Mittel und Instrumente** eingesetzt werden und wenn andere Interessen - für mich vor allem die der Fischerei, der Fischer in der Nordsee - verletzt werden. Dies gilt umso mehr, wenn andere

(Bernd Schröder)

Wege zur Verfügung stehen, um dasselbe Ziel zu erreichen.

Es ist das Markenzeichen von Greenpeace - das wissen wir -, nicht lange in Gremien zu diskutieren, sondern mit Aktionen pressewirksam Aufmerksamkeit zu erzeugen. Während sich in der Vergangenheit die **Aktionen von Greenpeace** gegen Atomtests, Kohlekraftwerke oder den Import von Mahagoni-Holz richteten, prangert Greenpeace nun vermutete Untätigkeit der Bundesregierung gegenüber Schäden durch die Schleppnetzfischerei oder durch Saugbagger an. Ob dies wirklich der Fall ist und ob das Versenken von Felsblöcken ein geeignetes Mittel in diesem Zusammenhang ist, werden wir intensiv diskutieren müssen, und zwar nicht nur hier im Land, sondern auch auf Bundesebene.

Die Aktion von Greenpeace hat nicht nur im Wasser für Wellen gesorgt. Offenbar besteht eine unklare Situation und eben ein Zuständigkeitswirrwarr unter den Ministerien in Berlin darüber, wer gegen die bereits mit einem **Bußgeld** verhängte Aktion von Greenpeace einschreiten muss. Dabei kann ich die Missstimmung bei den deutschen Fischern gut nachvollziehen, die sich eben selbst an strenge Regeln bei der Ausübung ihres Berufs halten müssen. Zwischenzeitlich haben Nordseefischer Strafanzeige gestellt. Die **Fischer** werfen Greenpeace vor, „in menschenverachtender Weise Fischereifahrzeuge vorsätzlich in Gefahr gebracht zu haben“. Ich bitte aber gerade sie, die Fischer, sich nicht zu eigenen Aktionen als Reaktion auf die Greenpeace-Aktivitäten hinreißen zu lassen. Nur der **Staat** darf gegen ungesetzliche Aktionen vorgehen; das gilt nicht nur an Land, sondern das sollte auch auf Hoher See so sein und auch so bleiben.

Nach meiner festen Überzeugung ist die Aktion von Greenpeace auch unangemessen. Ich erinnere an den später zugegebenen Messfehler bei der befürchteten Ölverschmutzung durch die außer Dienst gestellte „Brent Spar“ - übrigens: ein schwimmender Öltank und keine Förderplattform - vor einigen Jahren.

Als Vorreiter in der EU hat Deutschland im Mai 2004 31 % der **ausschließlichen Wirtschaftszone**, also des küstenfernen Bereichs jenseits der 12-See-meilen-Zone, als Beitrag zum europäischen Schutzgebietsnetz im Rahmen des Programms NATURA 2000 dem **Naturschutz** zur Verfügung gestellt. Geschützt werden 25 **Vogelarten**, vor allem aus den Gruppen der Seetaucher und Meerestenten, sowie die drei Meeressäugerarten Schweinswal, Kegelrobbe und Seehund sowie sechs wandernde Fischarten. Entscheidend für den Schutz der Arten

ist vor allem auch der Erhalt der für sie existenziellen Lebensräume Sandbänke und Riffe. Für diesen Beitrag hat Deutschland im vergangenen Jahr einen Meeresumweltpreis der Umweltstiftung WWF erhalten.

Die Bundesregierung bereitet derzeit konkrete Naturschutzgebietsverordnungen für diese **FFH-Gebiete** vor. Über fischereirechtliche Beschränkungen muss danach der **EU-Fischereirat** entscheiden. Es geht darum, die erforderlichen Maßnahmen unter Mitwirkung aller Betroffenen zu konkretisieren. Vor einer möglichen Beschränkung fischereilicher Aktivitäten sind aber noch Konsultationsverfahren und die Abstimmung mit der Europäischen Kommission und den betroffenen Mitgliedsstaaten sowie den Fischern, die in diesen Gebieten Fischerei ausüben, erforderlich.

Es kann aber schon jetzt gesagt werden, dass flächendeckende Fischereiverbote nicht erforderlich sein werden. Es muss vielmehr konkret festgelegt werden, welche **Maßnahmen** wo ergriffen werden. Dieser von mir aufgezeigte Weg, nicht aber Aktionen auf eigene Faust, wie von Greenpeace durchgeführt, ist richtig und muss weiterverfolgt werden.

Ich hoffe für alle Beteiligten, dass die Sache nicht weiter eskaliert, und appelliere an alle Beteiligten, den Dialog zu suchen und aufzunehmen. Denn ich bin fest davon überzeugt, dass sich Naturschutz und die Interessen der Fischer gegenseitig nicht ausschließen, sondern miteinander verbinden lassen. Deshalb der Appell an Greenpeace, diese Aktion umgehend einzustellen.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Bernd Schröder. - Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieses Jahr, das Jahr 2008, ist das internationale Jahr der Riffe. Riffe sind außergewöhnliche Lebensräume und bieten unzähligen Arten Raum. Sie dienen der biologischen Vielfalt in hervorragender Weise. In den vergangenen Monaten haben wir in diesem Haus auch schon anlässlich der Weltkonferenz zur Biodiversität dieses Thema mehrfach angesprochen.

(Detlef Matthiessen)

„Riffe - Regenwälder der Meere“, heißt es in einer Broschüre des Bundesumweltministeriums. In seinem Vorwort prangert der Bundesumweltminister Sigmar Gabriel die weltweite Zerstörung der Riffe an. Riffe gedeihen vorwiegend in den Tropen, doch auch bei uns gibt es Gebiete, die diesen Namen verdienen. Das **Sylter Außenriff** bietet wegen seinen dort - natürlicherweise - vorkommenden Steinfeldern einen Lebensraum für Organismen wie Weichkorallen, die auf einen harten Untergrund angewiesen sind. Das Sylter Außenriff gehört zu den Gebieten, die - mit jahrelanger Verspätung - als **NATURA-2000-Gebiet** gemeldet wurden. Leider blieb das bisher ohne praktische Konsequenz. Es darf dort weiter gefischt und Sand abgebaut werden.

Die **Folgen** für den Lebensraum sind dramatisch. Der Sand wird bis zu 2 m tief abgesaugt. Dabei werden alle Lebewesen getötet, die sich in diesem Bereich befinden. Dazu gehören auch am Boden lebende Fische. Somit wird die Nahrungsgrundlage für Fische, für Säuger - dazu zählt auch der bedrohte Schweinswal - und für etliche Vogelarten ausgedünnt.

Zusätzlich entsteht beim Abbau von Kies eine so genannte Trübungsfahne. Das sind Feinmaterialien, die aus dem Kies herausgespült werden und wieder ins Wasser gelangen. Diese legen sich auf den Fischlaich oder auch Lebewesen und nehmen ihnen den Sauerstoff. Durch das trübe Wasser wird außerdem die Nahrungssuche erschwert.

Das sind massive **Eingriffe**, die dem Schutzzweck des Gebietes diametral entgegenwirken und daher nicht toleriert werden dürfen. Herr Minister, ich sage in diesem Zusammenhang auch einmal: Jenseits aller rechtlichen Rahmenbedingungen, die in diesem Gebiet gelten, ist eines ganz offensichtlich: Ein NATURA-2000-Gebiet ist ein NATURA-2000-Gebiet, weil dort die Natur geschützt werden muss!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[FDP])

Diese fortgesetzten **Eingriffe** sind der eigentliche Skandal. Es ist leider bisher nicht gelungen, die Schutzgebiete wirksam zu schützen. Es ist ein Skandal, dass der Schutzstatus wegen der unklaren **Zuständigkeiten** offenbar nur auf dem Papier besteht. **Greenpeace** will hier ein Zeichen setzen und auf diesen Missstand aufmerksam machen. Dafür habe ich viel Sympathie. Offenbar hat Greenpeace hier eine Rechtslücke entdeckt, einen rechtsfreien Raum sozusagen, den die Umweltorganisation für ihre Aktion nutzt.

Mit Ärger auf der einen und einer gewissen Amüsiertheit auf der anderen Seite beobachten wir, wie die unklaren Zuständigkeiten hier nur allzu offenbar werden. Niemand weiß, wer wofür zuständig ist: Die Bergbaubehörde? Die Küstenwache? Der Umweltminister? Der Innenminister? Der Verkehrsminister oder doch der Landwirtschaftsminister?

Der Grund für diese ungewöhnliche Aktion von Greenpeace ist in einer langen Vorgeschichte und dem - aus naturschutzfachlicher Sicht - vollkommenen Versagen der zuständigen Behörde zu suchen.

Schon Ende 2007 hat die grüne Bundestagsfraktion eine Kleine Anfrage zum Abbau von Sand und Kies in dem Naturschutzgebiet gestellt. In der Antwort der Bundesregierung wird klar, dass hier qualifizierte Einwände gegen einen massiven Eingriff in ein FFH-Gebiet ignoriert, das Verschlechterungsverbot der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie in den ausgewiesenen Schutzgebieten nicht beachtet und somit gegen europäisches Umweltrecht verstoßen wird. Zwar wurden dem Unternehmen, welches **Sand und Kies** im Sylter Außenriff fördert, einige wenige Auflagen gemacht, aus der Antwort der Bundesregierung geht jedoch hervor, dass diese nicht eingehalten werden. So wurde auch in **Abbauausschlussgebieten**, die ökologisch besonders sensibel sind, gefördert. Bisher sind trotz dieses groben Verstoßes keinerlei Maßnahmen bekannt, die die zuständige Behörde, das **Landesamt für Bergbau, Energie und Biologie** in Niedersachsen, eingeleitet hätte, damit solche Verstöße in Zukunft unterbleiben, geschweige denn eine entsprechende Sanktionierung für das Unternehmen.

Das Versagen der Behörden ist der eigentliche Skandal, nicht dass darauf mit dem Versenken der Schiffe

(Heiterkeit und Zurufe)

- der Steine! - seitens Greenpeace aufmerksam gemacht wurde. - Es gibt auch Kunstrifferzeugungsstrategien durch das Versenken von Schiffen, Herr Kollege! Das nur am Rande.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, die Redezeit ist abgelaufen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zu meinem letzten Satz, Frau Präsidentin. - Wir brauchen endlich einen wirksamen Schutz für die ausgewiesenen Schutzgebiete. Wir fordern

(Detlef Matthiessen)

die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen. - Das Wort für den SSW im Landtag hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Versenken von Felsblöcken vor dem Sylter Außenriff hat Greenpeace wieder einmal ein gutes Gespür für einen PR-Auftritt gehabt. Aber unabhängig davon, wie man zu dieser Aktion steht, ist es Greenpeace gelungen, auf eine seit Langem bekannte Problematik im Zusammenhang mit der **Schleppnetzfisherei** und dem **Sand- und Kiesabbau** im Schutzgebiet hinzuweisen. Angesichts dieser Tatsache, dass es sich hierbei um ein NATURA-2000-Gebiet handelt, ist es nicht in Ordnung, dass Fischtrawler mit ihren Schleppnetzen den Boden durchpflügen und schwere Saugbagger dort Sand- und Kiesabbau betreiben. Dies sind Eingriffe in geschützte Lebensräume, die nicht hinnehmbar sind, da diese Arten der wirtschaftlichen Nutzung dem **Schutzziel** entgegenstehen.

(Beifall beim SSW)

Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits vor vier Jahren das Gebiet als NATURA-2000-Gebiet bei der Europäischen Union angemeldet. Dass derartige Nutzungen weiterhin stattfinden, lässt einen dann doch wundern. Schließlich beinhaltet die Ausweisung ein **Verschlechterungsverbot** - das heißt, dass Lebensraumgebiete von negativen menschlichen Einwirkungen unbeeinträchtigt bleiben müssen. So viel zum grundsätzlichen Anliegen von Greenpeace!

Wenn wir aber ein Verschlechterungsverbot für das Gebiet haben, dann gilt dies nicht nur im Zusammenhang mit der **wirtschaftlichen Nutzung**. Alle negativen menschlichen Einwirkungen, also auch das Versenken von Felsblöcken, fällt aus unserer Sicht hierunter. Wenn Greenpeace tonnenschwere Felsblöcke ins Meer wirft, ist dies ein **Eingriff** in den Lebensraum, der nicht akzeptabel ist.

(Beifall des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

Hier wird der Teufel mit dem Beelzebub angetrieben; das macht die Aktion von Greenpeace nicht

besser und ist daher nicht hinnehmbar. In solchen Fällen stellt sich die Frage: Welche rechtlichen Möglichkeiten hat der Staat, um gegen solche Aktionen vorgehen zu können? Wir wissen, dass es eine rechtswidrige Handlung nach dem **Hohe-See-Einbringungsgesetz** ist und Greenpeace bereits ein Ordnungsgeld in Höhe von 50.000 € angedroht wurde. Angesichts der Gesamtkosten der Maßnahme, die Greenpeace dort durchführt, wirkt das **Ordnungsgeld** jedoch wenig abschreckend.

Wenn es um die Verklappung, auch um die Entsorgung von Öl oder wie in diesem Fall das Versenken von Felsblöcken geht, haben wir bereits häufig festgestellt, dass die Ordnungsgelder wenig abschreckend sind.

Was wir brauchen, ist eine klare **rechtliche Regelung**, die das Sylter Außenriff wirklich schützt. Denn scheinbar ist es nicht genug, wenn das Gebiet als NATURA-2000-Gebiet gemeldet ist. Die Bundesregierung muss ihre Hausaufgaben machen und die nationale Unterschutzstellung endlich durchführen. Erst dann haben wir ein Instrument, das das **Riff** wirklich schützt.

Die **Aktion von Greenpeace** ist - aus Sicht des SSW - aus mehreren Gründen nicht hinnehmbar. Zum einen stellt es einen Eingriff in den Lebensraum dar. Zum anderen werden dadurch aber auch Fischer, die eventuell nicht zu denen gehören, die Greenpeace mit seiner Aktion eigentlich treffen will in ihrer Tätigkeit behindert. Wenn die Organisation Greenpeace wirklich etwas erreichen will, um auf die Zerstörung des Sylter Außenriffs aufmerksam zu machen, hätte sie andere Wege als den von ihr gewählten einschlagen müssen.

Durch den von Greenpeace gewählten Weg droht die Akzeptanz vor Ort verloren zu gehen. Denn die Schleppnetzfisherei ausländischer Trawler wird gerade auch an der Westküste mehr als kritisch gesehen. Auch der Kiesabbau im Meer wird unterschiedlich diskutiert. Durch ihre undurchdachte Aktion hat sich Greenpeace eines natürlichen Bündnispartners beraubt, nämlich der lokalen Bevölkerung.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der FDP)

Wenn Greenpeace diesen Bündnispartner zurückgewinnen will, muss es die Aktion einstellen und Aktionen wählen, die deutlich machen, wer der wirkliche **Verursacher von Schäden** ist. Wenn die Greenpeace - Aktivisten ehrlich sind, gleichen sie auch die Schäden aus, die sie selbst verursacht haben.

(Lars Harms)

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir als Landtag können illegale Aktionen auf keinen Fall gutheißen, auch dann nicht, wenn sie von Greenpeace kommen.

(Beifall bei SSW, FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Beratung schließe.

Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 16/2217 durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt ist. Anträge wurden nicht gestellt. Also ist der Tagesordnungspunkt insgesamt erledigt.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 17 B auf:

HSH Nordbank

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2222

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag wird ein mündlicher Bericht erbeten. Wer diesen Bericht hören möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Damit haben Sie, Herr Minister Wiegard, das Wort.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst kurz zur Begründung des Antrags sagen, Frau Kollegin Heinold, dass ich am Freitagmorgen gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden Hans Berger die finanzpolitischen Sprecher des Landtags vor den drei Sitzungen des Risikoausschusses, des Konsortialausschusses und des Aufsichtsrates ausführlich über die Situation der HSH Nordbank und insbesondere über das Maßnahmenpaket, das der Vorstand am Freitagnachmittag dem Aufsichtsrat vorgelegt und zur Kenntnis gegeben hat, informiert habe.

Meine Damen und Herren, die **internationale Finanzmarktkrise** dauert seit etwa 14 Monaten an. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sie länger dauert, als es bisher befürchtet wurde. Wir müssen vermuten, dass sie noch länger anhalten wird. Die Bank geht davon aus, dass wir damit rechnen müssen, dass diese Krise noch anderthalb bis zwei Jahre anhält.

Wenn Sie die Berichterstattung in den Medien über die kritische Situation insbesondere bei zwei großen Immobilienfinanzierern in den USA verfolgen - da geht es insgesamt um rund 5 Billionen \$ -, dann können Sie sich vielleicht eine Vorstellung über die Dimensionen machen. Wenn man berücksichtigt, dass es um den internationalen Kapitalmarkt geht, dann weiß man, dass international operierende Bankinstitute in diese Krise in ganz unterschiedlichen Dimensionen - das kann man auch in Deutschland sehen - eingebunden sind.

Die **HSH Nordbank** hat im vergangenen Jahr **Abschreibungen** in der Größenordnung von etwas mehr als 1,3 Milliarden € vorgenommen. Diese Abschreibungen sind anders als bei anderen Institutionen, bei denen Wertberichtigungen unmittelbar gegen die Bilanz gebucht werden, über die **Gewinn- und Verlustrechnung** abgewickelt worden. Die Bank hat trotzdem einen dreistelligen Millionengewinn ausgewiesen und Dividende sowie Steuern gezahlt. Sie hat natürlich nicht so viele Steuern gezahlt, wie sie gezahlt hätte, wenn die Abschreibungen von 1,3 Milliarden € nicht dagewesen wären.

Die Bank hat für dieses Jahr mit Rücksicht darauf, dass die Finanzmarktkrise möglicherweise gegen Jahresmitte beendet sein könnte, Abschreibungen in der Größenordnung von 350 Millionen € geplant. Derzeit sind im ersten Halbjahr Abschreibungen von 511 Millionen € eingetreten. Dennoch hat die Bank im ersten Halbjahr einen dreistelligen Millionenbetrag als **Überschuss** ausgewiesen. Sie ist nach wie vor dividendenfähig und zahlt Steuern. Ich glaube, das ist mit Blick auf Meldungen anderer Institute eine klare Botschaft.

Wir als **Anteilseigner** haben in den vergangenen Monaten darüber verhandelt, wie wir der Bank - statt im Rahmen des verschobenen Börsengangs, der eigentlich für diese Jahreszeit vorgesehen war - **Kapital** zuführen können. Wir haben das mit Ihrer Zustimmung mit 1,3 Milliarden € an frischem Kapital und mit 700 Millionen € aus der Umwandlung bestehenden Kapitals in Form stiller Einlagen in haftendes Eigenkapital erfüllt. Insbesondere die öffentlichen Anteilseigner haben der Bank signalisiert, dass nicht damit zu rechnen ist, dass sie aufgrund möglicher weiterer Marktentwicklungen in absehbarer Zeit beliebig viel weiteres Kapital nachschießen können.

Der **Vorstand** hat im Zusammenhang mit der Kapitalmaßnahme und aus der Erkenntnis heraus, dass diese internationale Kapitalmarktkrise noch geraume Zeit anhalten wird, ein **Maßnahmenpaket** vorgelegt, das die Bank darauf einstellen soll, dass die

(Minister Rainer Wiegard)

Krise länger andauert. Es soll die Bank nicht nur darauf einstellen, dass sich der Markt innerhalb dieser Krise verändert hat, sondern auch darauf, dass der internationale Kapitalmarkt nach Überwindung dieser Krise nicht mehr so aussehen wird wie vor der Krise. Insofern macht es keinen Sinn, geschäftliche Aktivitäten nach wie vor auf geschäftliche Ziele, die vor gut einem Jahr auf den Weg gebracht wurden, auszurichten.

Das Maßnahmenpaket, das der Vorstand auf den Weg gebracht hat, besteht aus zwei wichtigen Bereichen. Der eine Bereich ist die Neuordnung geschäftlicher Aktivitäten. Hier geht es darum, insbesondere das **Neugeschäft** auf das derzeit mögliche Maß zu reduzieren. Und es geht darum, das Neugeschäft auf die Bereiche zu konzentrieren, in denen wir marktführende Positionen haben, und nach Möglichkeit auf weitere Aktivitäten zu verzichten, die wir ansonsten - ich sage es etwas flapsig - am Rande mitnehmen.

Die zweite Stoßrichtung ist, **Stammkunden** zu halten. Denn wir wissen, dass die Mentalität in Deutschland anders ist als in den USA. Hier geht es darum, Stammkunden nicht zu verlieren. Denn wenn sie einmal weg sind, sind sie für immer weg und bei einer anderen Bank Stammkunde. In den USA geht man heute hier hin und morgen da hin.

Der dritte Punkt ist, dass wir bei den geschäftlichen Aktivitäten mit dem Vorstand sehr intensiv darüber gesprochen haben, dass wir auf Geschäfte verzichten sollten, bei denen die **Margen** zwar gut, aber nicht sehr gut sind. Denn das Eigenkapital, das wir zur Verfügung gestellt haben, stellt eine Maßnahme dar, die uns nicht leichtgefallen ist. Deshalb muss man die mit Eigenkapital zu unterlegenden Geschäfte auf diejenigen Bereiche konzentrieren und begrenzen, die wirklich außerordentlich gute Margen aufweisen.

Das sind die drei wesentlichen Punkte: Wir werden uns von geschäftlichen Aktivitäten im **Leasingbereich** trennen. Wir werden uns von der **Immobilienbranche in New York** trennen. Wir werden das **regionale Firmenkundengeschäft in Asien** einstellen und eine Reihe von **Niederlassungen** auch im **Ostseeraum** schließen.

Der zweite Bereich, meine Damen und Herren, betrifft die Kostenbasis. Die Bank hatte 2007 eine **Kostenbasis** von etwa 985 Millionen €. Diese Kostenbasis soll bis 2010 auf 900 Millionen € reduziert werden, und zwar in zwei wesentlichen Bereichen: in den Sachkosten und in den **Personalkosten**. Im Personalbereich hat die Bank Eckdaten vorgelegt,

die voraussetzen, dass wir uns möglicherweise von etwa **760 Stellen** trennen wollen. Davon werden 150 Stellen über die normale Fluktuation abgebaut. 200 Stellen sollen im Auslandsgeschäft und 400 Stellen im Inlandsgeschäft abgebaut werden, wobei Schleswig-Holstein mit 180 bis 200 Stellen betroffen sein könnte.

Dies sind keine abschließenden Zahlen. Vielmehr geht es darum, dass der Vorstand in den nächsten Wochen aus diesen **Eckwerten** des Maßnahmenpakets ein konkretes Programm formt, aus dem deutlich wird, welche geschäftlichen Aktivitäten in welchen Zeiträumen eingestellt werden können und mit welchen weiteren bilanz- oder GuV-wirksamen Maßnahmen dies verbunden sein wird, sodass wir dann über die konkreten Maßnahmen werden reden können.

Meine Damen und Herren, für uns geht es darum, dass wir die Bank so aufstellen, dass sie nach Beendigung dieser Krise wieder handlungsfähig ist. Es geht vor allen Dingen darum, die Maßnahmen, die die Bank eingeleitet hat, zu einem Zeitpunkt einzuleiten, zu dem sie noch Herr des Handelns ist, und nicht zu warten, bis wir tief im roten Keller sitzen und dann aus der Not heraus oder sogar, wie bei der **WestLB** geschehen, von anderen gezwungen werden, bestimmte Handlungen vorzunehmen. Das ist der Sachstand, den ich Ihnen heute darstellen kann.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Meine Damen und Herren, auf der Tribüne begrüßen wir ganz herzlich Mitglieder der coop Genossenschaft Kiel. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Da die Regierung etwas mehr Zeit gebraucht hat, werden wir bei den fünf Minuten großzügig sein. - Das Wort hat die Frau Abgeordnete Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, wir haben gerade in den letzten Monaten bei der HSH Nordbank immer wieder eingefordert, dass wir transparent und zeitnah informiert werden. Ich erinnere an den Landtagsantrag der FDP von April, in dem die FDP einen mündlichen Bericht erbeten und gesagt hat: Es muss eine höchstmögliche **Transparenz** hergestellt werden. In diesem Sinn verstehen wir auch die heutige De-

(Monika Heinold)

batte. Schließlich ist das Land inzwischen mit fast 30 % an der Bank beteiligt. Das heißt, dass wir auch an Verlusten beteiligt sind, sollte es denn Verluste geben.

Herr Minister, Sie haben eben gesagt, die Bank sei dividendenfähig.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Seit heute!)

Die Frage ist - vielleicht habe ich es nicht gehört, vielleicht haben Sie es nicht gesagt -: Wie sieht es denn aus mit der **Dividende**, die für diesen **Haushalt** im Entwurf steht? Gehen Sie davon aus, dass wir sie in dieser Höhe bekommen werden, oder wird sie niedriger sein? Ich bitte Sie, dazu etwas zu sagen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das Jahr ist doch noch nicht rum!)

- Ich gehe davon aus, dass der Finanzminister das zumindest einschätzen kann, Herr Neugebauer. Außerdem müssen Sie sich nicht immer gleich für die Regierung in die Bresche schlagen. Sie wird antworten.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Was uns mehr als skeptisch stimmt, Herr Finanzminister, ist die zeitliche Abfolge. Im Frühjahr haben Sie im Parlament, im Finanzausschuss für eine **Kapitalerhöhung** geworben. Sie haben **Abschreibungszahlen** verkündet, die sich schon kurze Zeit später deutlich erhöht haben. Durch die Kapitalerhöhung des Landes, dadurch, dass sich der Anteil des Landes durch die **Umwandlung der stillen Einlagen** erhöht hat, sind wir auch mehr an den **Risiken** beteiligt. Ich frage Sie - ich bitte Sie, darauf zu antworten -: Haben Sie schon, bevor Sie bei uns für die Kapitalerhöhung geworben haben, gewusst, dass die Abschreibungsverluste deutlich höher sein werden, als Sie es damals dargestellt haben?

Ich komme zu den **Arbeitsplätzen**. Wir haben immer gesagt, wir unterstützen die HSH Nordbank in Schleswig-Holstein, weil wir eine starke Regionalbank wollen, eine Bank, die die mittelständische Wirtschaft unterstützt. Der Unternehmensverband Nord hat gerade deutlich gemacht, wie wichtig ihm dieser große Kapitalgeber ist. Wir brauchen eine Bank, die Kapitalgeberin für die Sparkassen ist. Und diese Bank ermöglicht tatsächlich einen relevanten Bankenstandort Kiel und hat über 1.700 Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein geschaffen.

Jetzt müssen wir feststellen, dass die **Abschreibungsverluste** durch Global Playing, durch Immo-

biliengeschäfte in den Vereinigten Staaten, durch Fonds, die keiner mehr durchschauen konnte, so hoch sind, dass dies zulasten der Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein geht. Da sage ich, Herr Minister: Das kann nicht die Geschäftspolitik einer öffentlich-rechtlichen Bank sein. So etwas darf nicht vorkommen. Das entspricht auch nicht dem, was wir immer als originäre Aufgaben für die Bank formuliert haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was mich sehr verunsichert, ist, dass Sie jetzt sagen, dass **Niederlassungen im Ostseeraum** geschlossen werden müssen. Wir waren immer skeptisch und haben dies auch bezüglich der Immobiliengeschäfte in den Staaten gesagt. Aber den Ostseeraum haben wir immer als wichtigen **Standort** gesehen, um die Bank im Ostseeraum zu positionieren. Das ist sozusagen das Kerngeschäft, das wir abgedeckt haben wollen. Wenn wir uns aus dem Ostseeraum zurückziehen müssen, weil man sich woanders verspekuliert hat, dann ist das bitter. Da wäre mir wichtig, dass Sie sagen, was das für Auswirkungen auf das **Kerngeschäft**, auf die Energieinvestitionen, auf den **Schiffbau** hat.

Sie wissen, dass die grüne Fraktion sozusagen durch Freud und Leid immer zur HSH Nordbank gestanden hat. Wir haben immer gesagt, wir wollen eine **öffentlich-rechtliche Bank**.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Da haben Sie sie jetzt!)

Was wir nicht wollen - besser sage ich das in dieser Deutlichkeit -, ist: Wir wollen nicht einen Global Player, der international die Steuergelder der schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger verzockt. Das wollen wir nicht. Es muss ein vernünftiges **Controlling** geben. Es muss ein Rückbesinnen auf das Kerngeschäft geben, und es muss vor allem eine zeitnahe und transparente Informationspolitik und eine Politik der Landesbank geben, die nicht Verluste schafft und bei uns im Land Arbeitsplätze abbaut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der CDU erteile ich dem Herrn Abgeordneten Frank Sauter das Wort.

Frank Sauter [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal herzlichen Dank, Herr

(Frank Sauter)

Minister, für den Bericht, den Sie uns hier erteilt haben, und für die umfassende und zeitnahe Unterrichtung der finanzpolitischen Sprecher am vergangenen Freitag. Natürlich erschrecken und beunruhigen auch uns die vorgelegten Zahlen, zuallererst die **Zahl der Arbeitsplätze**, die abgebaut werden, auch hier in Kiel. Uns ist bewusst, dass hinter jedem abgebauten Arbeitsplatz Menschen stehen, für die dieser technische Begriff der internationalen Bankenkrise plötzlich zu einem schicksalhaften Einschnitt in der persönlichen Biografie wird. Wir bedauern das sehr, verkennen allerdings nicht, dass der Bankvorstand in der derzeit schwierigen **Branchensituation** keine andere Möglichkeit hatte, als den angekündigten Maßnahmenkatalog umzusetzen, und zwar so schnell wie möglich.

Aber es sind nicht nur die Zahlen, die Verunsicherung und Spekulationen auslösen und unsere Bank in eine politische Diskussion bringen, es ist ganz entscheidend auch der Umstand, dass mit den vorgelegten Daten eine ohnehin schon gedämpfte Prognose nochmals deutlich nach unten korrigiert wurde. Eines ist klar geworden, nämlich dass der Kelch nicht an uns vorübergegangen ist, wie wir es im Juli noch hofften oder - so sage ich einmal - hoffen wollten.

Trotzdem: Wir befinden uns mit dem festgestellten Ergebnis 2007, mit dem Halbjahresergebnis 2008 und den Prognosen bis einschließlich 2010, die für das letzte Jahr das beachtliche Vorsteuerergebnis von einer runden Milliarde € ausweist, gemessen an anderen Landesbanken und im Hinblick auf unsere Haushaltssituation in einer vergleichsweise komfortablen Situation. Die Bank macht **Gewinne**. Sie schreibt schwarze Zahlen. Und - ich füge hinzu - für uns gilt das Wort des Vorstandsvorsitzenden, der gesagt hat: Die Bank bleibt dividendenfähig.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das hat er nicht gesagt!)

Ich füge hinzu: Wir verstehen darunter dividendenfähig im Rahmen der Ansätze des **Haushalts 2008** und des Haushaltsentwurfs **2009/2010**.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat er nicht gesagt!)

- Deswegen füge ich das hinzu, Frau Heinold.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seien Sie vorsichtig!)

- Ich kann Herrn Berger nicht so zitieren, wie ich das gern möchte, sondern nur so, wie er das gesagt hat. Deshalb diese kleine Ergänzung von mir.

Auch wenn heute niemand sagen kann, wann genau die **Bankenkrise** bewältigt sein wird, sollten wir nicht verkennen, dass dieser eingeleitete Prozess, über den wir heute sprechen, der Restrukturierung, der Neuausrichtung auf Kerngeschäft und auf regionales Engagement große Chancen eröffnet. Wir sollten diesen Prozess so, wie es sich für einen wesentlich Beteiligten gehört, weil ein wesentlich Beteiligter auch Verantwortung trägt, mit Zuversicht und Vertrauen in die Geschäftsleitung begleiten. Wir müssen dabei vier Faktoren akzeptieren. Erstens. Der Wagen rollt. Zweitens. Wir kennen nicht die genaue Entfernung bis zum Ziel. Drittens. Nicht die Politik sitzt am Steuer. Viertens. Wer während der Fahrt abspringt, wird sich bösen Schaden zufügen.

Wir können zurzeit nichts tun. Zwei grundsätzliche Fragen rücken aber auf die Tagesordnung der politischen Debatten. Erstens. Kann ein Land die unternehmerischen Risiken aus einer wesentlichen Beteiligung an einer Bank wirklich tragen?

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Hört, hört!)

Zweitens. Kann ein Wirtschaftsunternehmen auf Dauer öffentlich-rechtliche Miteigentümer ertragen, die notorisch pleite und ausschließlich dividendenorientiert sind?

Ein Beteiligter an einem Unternehmen muss jederzeit bereit und in der Lage sein, das zu tun, was wir nicht können und was der Bürger auch nicht akzeptieren würde, nämlich Geld in sein Unternehmen hineinzugeben. Hier sind die Grenzen unternehmerischer Aktivitäten der öffentlichen Hand erreicht. Die Diskussion ist durch die internationale Bankenkrise auf der Tagesordnung, und wir werden sie dann, wenn die Zeit dafür gekommen ist, darüber zu sprechen, sicherlich auch hier im Hause führen.

(Beifall bei CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD hat Herr Abgeordneter Günter Neugebauer das Wort.

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Geschätzte Kollegin Heinold, Sie wissen, dass ich mich immer dafür eingesetzt habe, dass der Landtag das Forum für politische Auseinandersetzungen ist, weil diese in aller Öffentlichkeit geschehen müssen. Trotzdem empfehle ich der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, darüber nachzuden-

(Günter Neugebauer)

ken, ob es wirklich im landespolitischen Interesse ist, die Belange einer Bank - auch wenn das Land daran beteiligt ist -, die im Wettbewerb mit anderen Banken in Schleswig-Holstein, in Deutschland und weltweit steht, hier in aller Öffentlichkeit zu diskutieren, oder ob der dafür nicht ohne Grund geschaffene Unterausschuss des Finanzausschusses, der Unterausschuss für Unternehmensbeteiligungen des Landes, dafür der richtige Ort wäre. Bei allem Verständnis für die Rechte einer Oppositionspartei ist zu sagen, dass sich nicht jedes Thema für eine öffentliche landespolitische Auseinandersetzung eignet.

Auch wir Sozialdemokraten wurden von den aktuellen Informationen über die **Finanzsituation der HSH Nordbank** und die vom Vorstand zu treffenden und jetzt zwischenzeitlich getroffenen Maßnahmen überrascht.

Deswegen haben wir natürlich auch Verständnis für Aufregungen, wie sie in den Medien, aber auch bei den Arbeitnehmern und ihren Vertretungen festzustellen waren. Wir teilen natürlich insbesondere die Besorgnisse der Betriebsräte und der Gewerkschaft ver.di im Hinblick auf den angekündigten **Abbau von Arbeitsplätzen** in Kiel und anderswo. Wer, wenn nicht gerade wir Sozialdemokraten müssten in höchstem Maße sensibilisiert sein, wenn Arbeitsplätze oder Arbeitsplatzchancen abgebaut werden sollen? Das gilt für die Arbeitsplatzverluste, die aus **Fusionen** von großen Unternehmen entstehen, zuletzt aus der Fusion von Dresdner Bank und Commerzbank. Das muss natürlich auch für Unternehmen gelten, an denen das Land in einem wesentlichen Maße, in diesem Fall mit 29 %, beteiligt ist. Frau Kollegin, Sie müssen aber natürlich auch wissen, dass sich auch **öffentliche Unternehmen**, die sich im Markt und damit im **Wettbewerb** bewegen, den Bedingungen des Marktes anpassen müssen, gegebenenfalls auch im Hinblick auf die Zahl von Arbeitsplätzen. Wir handeln übrigens auch im Falle von Unternehmen des Landes Schleswig-Holstein entsprechend. In den kommenden **Haushaltsberatungen** haben wir darüber nachzudenken, in welcher Weise wir die **Personalkosten** bei bestimmten Unternehmen reduzieren.

Niemand kann die derzeitige Situation beschönigen. Auch wir wollen das nicht tun. Derzeit ist eine Situation gegeben, mit der es inzwischen alle Finanzinstitute weltweit zu tun haben und von der wegen ihres **internationalen Engagements** natürlich auch die **HSH Nordbank** betroffen ist. Erstens ist zu sagen, dass die finanziellen **Auswirkungen** der internationalen Finanzkrise größer sind als noch

vor Monaten erwartet. Zweitens ergeben sich daraus - das ist nicht auszuschließen - Auswirkungen auf den **Landeshaushalt**. Drittens ist zu sagen, dass auch der **Finanzplatz Kiel** leider betroffen ist. Viertens müssen wir befürchten - der Präsident der EZB hat das gerade heute noch einmal bekräftigt -, dass die internationale Finanzkrise noch nicht zu Ende ist, auch wenn wir uns das wünschen würden. Dennoch warne ich im landespolitischen Interesse davor, aus Gründen eines vordergründigen Populismus oder aus einer falsch verstandenen Oppositionsrolle heraus, Frau Kollegin Heinold, die Lage schlechter zu beurteilen, als sie wirklich ist. Ich denke, wir haben aus übergeordnetem landespolitischem Interesse gemeinsam das Anliegen, den Marktwert und die Wettbewerbsfähigkeit der HSH Nordbank zu stärken und nicht zu beschädigen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann müssen wir Kapital zuführen!)

- Das haben wir doch gerade getan, Herr Kollege Kubicki!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das reicht doch nicht!)

- Das müssen wir erst einmal abwarten. - Ich will nur feststellen - Herr Kollege Kubicki, das können Sie nicht bestreiten -, dass der Vorstand der HSH Nordbank die internationale Finanzkrise und ihre Folgen bisher besser als andere große Bankinstitute bewältigt hat. Ich will hier nicht auf die Deutsche Bank verweisen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Sie hat, wenn die Informationen richtig sind, Wertberechtigungen von mehr als 10 Milliarden € zu verzeichnen. Lesen Sie doch einmal die entsprechenden Wirtschaftsseiten in den Zeitungen! Schauen Sie sich auch einmal die Bayern LB oder die Baden-Württembergische Landesbank an! Sie haben im ersten Halbjahr dieses Jahres negative Vorsteuerergebnisse zu verzeichnen.

(Weitere Zurufe von der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich schlage vor, die Diskussion im Ausschuss zu führen. Das Wort hat Herr Abgeordneter Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Es ist nicht auszuschließen, dass die Institute, die ich eben nannte, im Gegensatz zur HSH Nordbank eben noch nicht die Notbremse gezogen haben. Der Kommentator im „Hamburger Abendblatt“, auf den mich der geschätzte Kollege Astrup aufmerksam machte, hat doch völlig recht, wenn er zu der Erkenntnis kommt, dass die HSH Nordbank vermutlich nur in der unbequemen Situation des Vorreiters ist, indem sie die Notbremse gezogen hat.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Abgeordneter Neugebauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kalinka?

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident, ich habe nur fünf Minuten Zeit.

Präsident Martin Kayenburg:

Nach unserer Geschäftsordnung wird das auf die Redezeit nicht mehr angerechnet.

Günter Neugebauer [SPD]:

Es wird nicht mehr angerechnet. Dann will ich dem Kollegen Kalinka gern Gelegenheit zu einer Zwischenfrage geben.

Werner Kalinka [CDU]: Herr Kollege, finden Sie es eigentlich folgerichtig, dass Sie über andere Institute hier derartige Spekulationen anstellen, aber meinen, über das eigene Thema sollten wir am besten nicht sprechen?

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

- Erstens haben nicht die Sozialdemokraten diese Debatte beantragt. Zum Zweiten ist es öffentlich nachlesbar, dass die Bayern LB und die Baden-Württembergische Landesbank im ersten Halbjahr dieses Jahres negative Vorsteuerergebnisse zu verzeichnen haben. Ich denke, das muss hier einmal gesagt werden. Wenn bestimmte Personen und Parteien auf die HSH Nordbank zeigen, womit sie auch ein bestimmtes Interesse verfolgen - dies ist nicht das sozialdemokratische Interesse -, ist es, wie ich glaube, auch erlaubt, darauf zu verweisen, wie andere Landesbanken mit der internationalen Finanzkrise fertig geworden sind oder wie sie sich in der Vergangenheit engagiert haben. Es macht doch ökonomisch keinen Sinn zu warten, bis der finanzielle Spielraum eines Tages vielleicht wirklich auf

null gesunken ist. Ich denke, das, was die **HSH Nordbank** bzw. ihr Vorstand im Gegensatz zu anderen Banken getan hat, ist vernünftig. Andere Banken glauben immer noch, am Ende werde es nicht so schlimm kommen, wie es sich derzeit darstellt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ist das jetzt die Aufforderung an die anderen Banken, Personal zu entlassen?)

- Herr Kollege Kubicki, es macht Sie doch nicht dümmer, wenn Sie ein bisschen dem zuhören, was ich zu sagen habe. Sie können doch nicht gleichzeitig dazwischenreden und dem zuhören, was ich zu sagen habe. Vielleicht kann es etwas hilfreich sein im Interesse dessen, was Ihnen der Ministerpräsident heute im Sinne von Nachhilfe und „jede Stunde zählt“ gesagt hat.

Meine Damen und Herren, nicht zur Beschönigung, sondern zur Versachlichung der Debatte und damit auch der Kollege Kubicki endlich begreift, worum es geht, will ich darauf hinweisen: **Wertberichtigungen**, auch wenn sie für dieses Jahr leider von 350 Millionen € auf jetzt 511 Millionen € vor Steuern erhöht worden sind, sind noch **keine Verluste**. Sie sind eine Beschreibung der derzeitigen Erwartungen. Meine Damen und Herren, ich habe schon darauf hingewiesen: Im Gegensatz zu anderen Landesbanken hat die HSH Nordbank im ersten halben Jahr dieses Jahres noch schwarze Zahlen, sprich genau 99 Millionen € vor Steuern als Gewinn ausgewiesen.

Kollege Kubicki, meine Damen und Herren, was ist denn die **Alternative** zu den Maßnahmen, die jetzt der Vorstand der HSH Nordbank getroffen hat? Wer das kritisiert, muss doch deutlich machen, welche Alternative es gibt.

Die erste Alternative ist, gar nichts zu tun und abzuwarten. Das, meine Damen und Herren - das lernt man im ersten Semester Betriebswirtschaftslehre -, wäre das Falscheste, was man tun könnte.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die haben Sie doch nie belegt, Herr Neugebauer! - Weitere Zurufe)

- Ich will mich mit Ihnen nicht streiten. Sie wissen, welchen Abschluss ich habe, Kollege Kubicki.

Was ist die zweite Alternative: Die Anteile verkaufen. Dazu haben wir ja in der Vergangenheit jedes Jahr zu den Haushaltsberatungen Anträge von zwei großen Fraktionen gehabt, Anteile zu verkaufen. Nur, zum jetzigen Zeitpunkt und dem jetzigen finanzpolitischen Umfeld wäre das eine Verschwen-

(Günter Neugebauer)

derung von Landesvermögen, und das wollen wir Sozialdemokraten nicht. Wir sind mit dem Finanzminister davon überzeugt, dass die geplanten Maßnahmen einschließlich der Kapitalerhöhung geeignet sind, auch weil es keine Alternative gibt, die Wettbewerbsfähigkeit der HSH Nordbank zu stärken.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Neugebauer, die Redezeit! Die großen Fraktionen haben nicht mehr Redezeit als die Regierung.

Günter Neugebauer [SPD]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Natürlich erwarten wir, dass der angekündigte **Abbau von Arbeitsplätzen**, wie vom Vorstand übrigens zugesagt, sozialverträglich vorgenommen wird und betriebsbedingte Kündigungen vermieden werden. Wir stehen gemeinsam mit der Landesregierung weiter zur **Landesbeteiligung** an der HSH Nordbank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP hat das Wort der Oppositionsführer, der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe schon in der Haushaltsdebatte deutlich gemacht, dass wir es für extrem ungewöhnlich halten, um es vorsichtig zu formulieren - da stimme ich mit dem Kollegen Neugebauer überein, aber auch nur da -, dass wir uns über die Situation einer Bank, einer Aktiengesellschaft, an der wir eine **Minderheitsbeteiligung** haben, in öffentlicher Debatte austauschen.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Uns austauschen, Frau Kollegin Heinold! Ich habe ja sehr viel Verständnis dafür, dass und welche Fragen Sie gestellt haben. Ich will einige Fragen anschließen, obwohl ich mich in die aktuelle Situation der HSH Nordbank nicht einmischen will, weil ich aus tiefstem Herzen hoffe, aber Zweifel daran habe, dass die vollmundigen öffentlichen Erklärungen mit Leben gefüllt werden können und bis zum Ende des Jahres realisiert werden können. Ich komme gleich noch einmal darauf zurück. Ich wünsche trotzdem

Herrn Berger und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der HSH Nordbank von dieser Stelle aus alles erdenklich Gute.

Was mich in der Situation der letzten Tage betrübt, ist, dass die HSH Nordbank selbst mit einem Kommunikations-GAU erster Güte dafür Sorge getragen hat, dass innerhalb von drei Tagen ihr Renommee nahezu auf null ist, und zwar bei allen, die mit diesem Sektor etwas zu tun haben. Wer, nachdem bereits nicht nur die Anteilseigner, sondern auch andere darüber unterrichtet worden sind, welche Maßnahmen geplant werden, öffentlich erklärt, entsprechende Meldungen seien ohne jede Substanz, um einen Tag später genau diese Meldungen zu bestätigen, der nährt den Verdacht, dass die Aussagen, die er trifft, im Gänze zur Überprüfung anstehen.

Ich will auf einige Punkte zu sprechen kommen und mich nicht mit anderen Banken beschäftigen, Herr Kollege Neugebauer, weil mir das, was die Deutsche Bank oder die UBS in der Schweiz machen, relativ egal ist; denn das bezahlen dort private Kapitaleigner und nicht die öffentliche Hand. Und es sind keine Steuermittel, die da hineinfließen. Wir haben nur Steuermittel. Es sind Mittel der öffentlichen Hand, die durch die HSH Nordbank ausgegeben worden sind.

Herr Neugebauer, bitte verstehen Sie doch einfach: Ich bin gern bereit, mit Ihnen im Ausschuss darüber zu diskutieren, auch unter der Überschrift „jede Stunde zählt“, aber einige Fragen müssen schlicht und ergreifend gestellt werden. Am 10. Juli dieses Jahres - ich bitte darum, dass das Protokoll nachgelesen wird - war der Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank im Finanzausschuss und er muss uns vielleicht auch noch einmal erklären - auch die Aufsichtsräte müssen uns das mal erklären -, warum sich die HSH Nordbank eigentlich mit einem **Kreditportfolio** ausgestattet hat, risikobehaftet, in einer Größenordnung von 28 Milliarden €.

(Beifall bei der FDP)

Das fällt ja nicht wie Manna vom Himmel.

Ich weiß, warum das gemacht worden ist: weil sie eine hohe Rendite brauchte, und hohe Renditen kriegt man nur bei risikobehafteten Geschäften. Man braucht **hohe Renditen** wegen der mangelhaften Kapitalausstattung, die die Bank hat. Das wissen wir ja alles.

Am 10. Juli 2008 erklärte Herr Berger im Finanzausschuss: Nachdem der Börsengang aus Marktgründen verschoben worden sei, ziehe man die Kapitalmaßnahmen jetzt vor, die mit der Kapital-

(Wolfgang Kubicki)

marktkrise nichts zu tun hätten, sondern die seit der Fusion bestehende Unterkapitalisierung der Bank beseitigen und der Bank zusätzliches Kapital als Voraussetzung für weiteres Wachstum ermöglichen sollen.

„Weiteres Wachstum ermöglichen sollen“! - Das ist 10 Wochen her. Nun frage ich mich, ob der Vorstandsvorsitzende eines Unternehmens nicht schon am 10. Juli in etwa wissen konnte, welche Halbjahreszahlen auf ihn zukommen. Manche erwarten das ja, auch die Finanzbehörden erwarten das gelegentlich. Jedenfalls erwartet das gelegentlich auch die Strafrechtspflege, dass man sich zeitnah unterrichtet. Aber wir wissen heute: Von weiterem Wachstum keine Rede, sondern Reduzierung des Neugeschäftes, Konzentration auf die Kernaufgaben! Das ist das Gegenteil von Wachstum.

(Beifall bei der FDP)

Uns wurde erklärt, man erwarte 400 Millionen € **Jahresgewinn!**

Herr Minister Wiegard, Sie sind genauso wie ich ein erwachsener Mann. Unter der Überschrift, dass 350 Millionen € **Abschreibungen** bis zum Jahresende auflaufen - Worst-Case-Szenario, so die Aussage -, und wir ein Halbjahresergebnis von 511 Millionen € Abschreibungen haben, erwarten wir immer noch 400 Millionen € **Jahresgewinn**? Übrigens, wenn man sich die Quartalszahlen anguckt: abschmelzende positive Ergebnisse von 81 Millionen € im ersten Quartal auf 30 Millionen € im zweiten Quartal. Was erwartet uns dann angesichts der Aussagen des Vorstandsvorsitzenden, die Krise gehe weiter? Wenn man sich ein bisschen umhört, sagen alle, die **Krise** geht im Oktober/November erst richtig los. Was erwartet uns dann am Ende des Jahres? Woher soll das denn kommen? Ich hätte gern mal eine Erklärung dazu, wie sich die ambitionierte Vorstellung realisieren soll.

Ich sage ausdrücklich - da muss man Herrn Berger wirklich in Schutz nehmen -: Nur unter dieser Bedingung, hat er erklärt, sei die **Dividendenfähigkeit** der Bank gegeben. Tritt diese Bedingung nicht ein, und es spricht im Moment aufgrund der Zahlen viel dafür, ist die Dividendenfähigkeit der Bank nicht mehr gegeben. Der Landesrechnungshofspräsident hat im Finanzausschuss darauf hingewiesen.

Lieber Herr Finanzminister, was will uns eigentlich der Vorstand einer Bank sagen? Waren die bisherigen Geschäfte, die jetzt reduziert werden sollen, betriebswirtschaftlich unsinnig? Sind mehr **Kosten** produziert als Erträge realisiert worden, oder haben sie einen positiven Beitrag zur Bankbilanz geleistet?

Wenn sie unsinnig sind, müssen wir den Vorstand vors Brett nehmen. Wenn sie sinnvoll waren, müssen wir jetzt erklärt bekommen, warum darauf verzichtet werden soll und wie man sonst glaubt, dass die Erträge erzielt werden.

Sie sagen zu Recht, dass sich die Bank sinnvollerweise nur in Geschäften organisieren sollte, in denen es **hohe Renditen** gibt. Aber ich wiederhole: Hohe Renditen kriegen sie nur bei Geschäften mit **hohem Risiko**, etwas, was wir eigentlich ausschließen wollen. Sie sagen zu Recht, wir sollten uns auf die Stammkunden konzentrieren. Aber wir kriegen erste Meldungen aus Schleswig-Holstein - Herr Finanzminister, Sie doch auch -, dass **Finanzierungszusagen** der HSH Nordbank **für Stammkunden** zurückgezogen werden.

Ich erwarte schlicht und ergreifend, dass man über diese positiven Meldungen hinaus vielleicht noch einmal im Beteiligungsausschuss darüber spricht - da bin ich aber für sehr strikte Vertraulichkeit; ich habe mich wirklich gewundert, und Sie können mir glauben, dass ich mich gewundert habe, weil es außerordentlich ungewöhnlich ist, dass ich von Pressevertretern davon erfahren muss, obwohl wir Vertraulichkeit vereinbart hatten; aber der Kreis war offensichtlich nicht nur bei uns so groß, sondern insgesamt zu groß; ich bin bereits am Freitagabend in Hamburg beim Hansetreff angesprochen worden, ob ich etwas bestätigen könne, was ich nicht bestätigt habe, was natürlich meine eigene Glaubwürdigkeit auch nicht gerade erhöht -, ob über diese Notmaßnahme hinaus nicht tatsächlich ein tragfähiges längerfristiges **Konzept** entwickelt werden muss, auch unter Beteiligung des Landes, was jedenfalls den **Wert unserer Anteile**, sollten wir ihn jemals realisieren wollen, erhält statt diesen Wert zu untergraben. Wir finden momentan gar keinen Käufer unserer Anteile. Aber wir sind gegenwärtig dabei, mit einer Entwicklung, die ich für sehr bedenklich halte, den Wert unserer Anteile nicht realisieren zu können, wenn es darauf ankommt.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für den SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Nachricht, dass die HSH Nordbank rund 750 Arbeitsplätze abbauen will, kann niemanden erfreuen. Dieser **Arbeitsplatzabbau** ist kein

(Lars Harms)

Zeichen für eine gesunde Entwicklung eines Unternehmens, das sich immer noch überwiegend in öffentlichem Besitz befindet. Ziel einer öffentlichen Bank muss es sein, Arbeitsplätze zu erhalten, auszubauen und regionale Geschäftsfelder zu bearbeiten. Diese Ziele sind in der Vergangenheit nur teilweise erreicht worden. Was die Arbeitsplätze angeht, so konnten diese tatsächlich in der Vergangenheit erhalten werden. Es gab sogar Geschäftsfelder mit einem signifikanten Zuwachs von Arbeitsplätzen. Die **regionalen Geschäftsfelder** wurden zwar ausgebaut und erweitert - wie zum Beispiel Schiffsfinanzierungen oder der Bereich der erneuerbaren Energien -, aber es wurden auch neue, von der Weltkonjunktur abhängige Märkte bearbeitet. Dies hat nun dazu geführt, dass die HSH Nordbank - wie andere Banken auch - von den Krisen auf diesen Märkten hart getroffen wird. Allerdings muss man sagen: nicht so hart wie andere Landesbanken.

Das schlimmste Szenario wurde noch übertroffen, und statt 1,3 Milliarden € Wertberichtigungen sind nun 1,8 Milliarden € fällig. Gleichwohl muss man aber sagen, dass die Bank immer noch in ihrer **Geschäftstätigkeit** positiv abschließt. Das hat der Herr Minister auch gerade noch einmal dargestellt. Das ist ein gravierender Unterschied zur Situation in anderen **Landesbanken**. Trotzdem wurde nun vom Vorstand der Bank mitgeteilt, dass **Stellen** abgebaut werden müssen, um nicht noch tiefer in den Sumpf gezogen zu werden. Ob das in dieser hohen Konsequenz zu geschehen hat, kann man kurzfristig zumindest im Landtag nicht entscheiden. Was man aber sagen kann, ist, dass der Weg, den die Bank beschreiten will und angekündigt hat - auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten und möglichst viel über Abfindungen zu regeln - ein in dieser Situation vernünftiger Weg ist.

Dass die HSH Nordbank nun ankündigt, sich auf ihre **Kerngeschäfte** zurückziehen zu wollen, deckt sich mit den Vorstellungen des SSW, die wir schon zu „guten Zeiten“ geäußert haben. Es ist nicht Aufgabe einer Bank, die sich überwiegend in öffentlicher Hand befindet, sich auf allen globalen Märkten zu tummeln. Vielmehr sollten durch die Bank regional interessante Märkte bearbeitet werden, die durchaus auch hohen Gewinn abwerfen können. Tut man dies nicht, so stellt sich die Frage, warum das **Land** hier noch **Anteile** an diesem Unternehmen haben soll. Unsere HSH Nordbank ist kein Global Player, sondern eine **regionale Bank**, die sich auf spezielle Segmente spezialisiert hat. Und diese Segmente haben durchaus regionalpolitische Relevanz.

Dass die Bank **Marktführer in Schiffsfinanzierungen** ist, stärkt auch unsere regionale Wirtschaft. Und dass die HSH Nordbank erfolgreich im Geschäft um **erneuerbare Energien** tätig ist, unterstützt eine junge aufstrebende Branche hier bei uns im Land. Das ist die Aufgabe einer **öffentlichen Bank**, und diese Aufgabe wird immer noch von der HSH Nordbank erfüllt.

Natürlich ist klar, dass es nicht zu den Kernaufgaben eines Bundeslandes gehört, eine Bank zu betreiben. Deshalb ist auch klar, dass ein **Börsengang** der Bank irgendwann bevorsteht. Dieser Börsengang ist aber kein Selbstzweck. Die Bank muss so aufgestellt werden, dass ein Börsengang für uns einen **Gewinn** bedeutet und gleichzeitig aber auch die nachhaltige Weiterentwicklung der Bank gewährleistet ist. Deshalb ist es notwendig, dass man nun nicht hektisch wird und viele Geschäftsbereiche einfach abgestoßen werden. Vielmehr müssen wir aus einigen Geschäftsbereichen kontrolliert aussteigen und darauf achten, dass wir bisherige Kunden adäquat in den bisherigen Geschäftsbereichen weiter betreuen. Das erwartet man von einer europäischen Bank und das unterscheidet uns von - zum Beispiel - amerikanischen Banken. Entspricht man nicht dieser europäischen Geschäftspolitik und der Erwartungshaltung, die die Kunden mit der HSH-Nordbank verbinden, dann schadet man der Bank mehr, als man ihr dient.

Kurzfristige Gewinnmaximierung kann nicht unser Ziel sein. Wir müssen vor allem daran denken, dass wir hier in **Kiel** und in **Hamburg** unsere Bank am **Bankenstandort** nachhaltig etablieren wollen. Nur dann haben wir alle die Vorteile für unsere regionale Wirtschaft, die ich gerade eben beschrieben habe. Deshalb geht es hier nicht nur um Bilanzen, Gewinnreduzierungen oder Wertberichtigungen, sondern eben auch um eine nachhaltige Geschäftspolitik. Wenn ich den Vorstand und den Aufsichtsrat richtig verstanden habe, so will man auch dort mit Mehrheit diesen Weg gehen. Und auf diesem Weg sollten wir als Landtag diese Gremien auch entsprechend unterstützen.

(Beifall beim SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise darauf hin, dass wir heute um 17:30 Uhr den Plenarsaal verlassen müssen. Aus diesem Grunde wird vorgeschlagen, dass wir den Tagesordnungspunkt 6 auf morgen verschieben und nach diesem Tagesordnungspunkt den Tagesordnungspunkt 10 aufrufen.

(Präsident Martin Kayenburg)

Zunächst hat aber für einen Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Redebeitrag der Kollegin Heinold war schon erstaunlich und hat mich dazu veranlasst, mich noch einmal zu Wort zu melden. Global gaming, sagten Sie, ist nicht das, was Sie wollen. Weltweites Spiel, um mal zu versuchen, es ins Deutsche zu übersetzen. Glücklicherweise wissen wir, dass die HSH Nordbank Glücksspiel ausschließlich im Land Schleswig-Holstein betreibt, nämlich in Form der schleswig-holsteinischen Spielkasinos. Das ist von einer Vorgängerregierung entschieden worden, dass die HSH Nordbank dieses Geschäft wahrnehmen soll.

Was sie international tut, ist internationales Geschäft. Das ist als weltweiter Marktführer im Bereich der Schiffsfinanzierung nichts Erstaunliches. Das ist und war immer eines ihrer **Kerngeschäfte**. Es macht den Wert dieser Bank aus, weltweites Schiffsfinanzierungsgeschäft zu betreiben. Es ist uns als Mitgliedern des Finanzausschusses, Frau Kollegin Heinold, immer auch dargestellt worden, dass die HSH Nordbank nicht nur eine norddeutsche Regionalbank ist, sondern dass sie in ihren Sparten - Schiffsfinanzierung, Immobilien, Energie - weltweit tätig ist. Dass eine Niederlassung in Hanoi besteht, das dürfte uns beide nicht überraschen. Das war uns auch vorher im Finanzausschuss bestens bekannt. Dass eine Niederlassung in New York besteht, haben wir auch vorher gewusst. Wir haben vor ein paar Wochen die Erfolgsmeldung in der Zeitung gelesen, dass die HSH Nordbank Luxuszüge in China finanziert. Auch das haben wir gewusst.

Nur was wir zu keinem Zeitpunkt erlebt haben, war der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, diese Geschäfte tunlichst zu unterlassen, weil die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese Geschäfte nicht will.

(Günter Neugebauer [SPD]: Aber auch nicht von der FDP!)

Das haben wir zu keinem Zeitpunkt gehört. Solange diese Geschäfte also zum Erfolg der Bank beigetragen haben, war auch die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit diesen Geschäften einverstanden und hat sie nicht beanstandet.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lesen Sie mal die letzten Reden!)

Auch die **Kreditersatzgeschäfte**, die die HSH Nordbank getätigt hat, wo sie also nicht selber Kredite vergeben hat, sondern wo sie Kreditportefeuilles oder verbrieft Forderungen erworben hat, hat sie nicht erst in den letzten zwei oder drei Jahren getan. Das Kreditportefeuille, mit dem sich die HSH Nordbank gerade im Zusammenhang mit der UBS auseinandersetzt, stammt noch aus Zeiten der Landesbank Schleswig-Holstein. Diese Verpflichtung ist schon vor vielen Jahren eingegangen worden. Damals gab es hier in diesem Land eine andere Regierung, die diese Geschäfte hätte unterbinden können. Da sind wir an genau dem gleichen Punkt, den wir heute Morgen zum Haushalt diskutiert haben. Als Sie selber Verantwortung getragen haben, hätten Sie diese Forderung, die Sie gerade eben hier aufgestellt haben - kein weltweites Geschäft -, durchsetzen können. Sie haben es nicht getan. Aber heute, wo dieses Geschäft Probleme verursacht, stellen Sie sich hier besserwisserisch hin und sagen, das ist das was wir nicht wollen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie stehen Sie denn dazu?)

Das ist immer sehr einfach. Es ist wirklich sehr einfach,

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

wenn Probleme wirklich für jeden erkennbar sind, zu sagen, das ist das, was wir nie gewollt haben, aber es vorher nicht einmal kritisiert zu haben. Da macht man es sich sehr leicht in der Politik. Da wird man der schwierigen Situation auch in keiner Weise gerecht. Da haben wir auch eine Verantwortung gegenüber der Bank. Wir haben das als Finanzausschuss immer so dargestellt bekommen, wir haben das bislang mitgetragen. Und es ist ein gewisses Maß an Unfairness, wenn man sich jetzt hinstellt und sagt, dass wir das nie gewollt haben und dass wir das der Bank vorwerfen.

(Beifall bei CDU und der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat Herr Finanzminister Rainer Wiegard.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur auf einige wenige Aspekte eingehen, die in der Diskussion beleuchtet worden sind, weil ich glaube - Herr Kubicki, da nehme ich auch gern Ihren Wunsch noch einmal auf -, dass wir selbstverständlich im Beteiligungsausschuss - vertreten durch den Vorstand - etwas intensiver über das Maßnahmenpaket diskutieren, und zwar dann, wenn der Vorstand das Maßnahmenpaket konkretisiert hat. Vorher hat es eigentlich keinen Sinn. Diesen Zeitpunkt sollten wir abwarten. Dann besteht auch Gelegenheit zu allen anderen Fragen.

Dennoch will ich zu einigen Punkten jetzt, weil sie öffentlich angesprochen worden sind, noch einmal antworten. Es freut mich natürlich nicht - das sage ich sehr klar -, dass andere Landesbanken oder private Banken inzwischen tatsächliche Verluste gemacht haben. Von den 1,8 Milliarden €, die wir abgeschrieben haben, sind etwa 350 Millionen € echte **Verluste**. Diese sind durch die **GuV-Rechnung** abgedeckt. Andere Banken haben erhebliche tatsächliche Verluste, die bereits ins Eigenkapital gehen. Andere Banken sind nicht mehr da. Das freut mich natürlich nicht. Ich sage dies nur, weil dies am Rande diskutiert wurde.

Frau Heinold, die **Größenordnung** dieser **Verluste** war mir nicht bekannt. Ich verweise darauf, wir haben es hier nicht mit einer Bank zu tun, die im Besitz der Eigensteuerung der öffentlichen Anteilseigner ist. Dies ist vielmehr eine Aktiengesellschaft. Sie handelt nach Aktienrecht. Sie handelt nach den üblichen Finanzregeln. Sie untersteht der Bankenaufsicht. Hier gibt es Quartalsberichte. Auf der Grundlage der **Quartalsberichte** hat man die Gelegenheit, bestimmte Dinge nachzuvollziehen.

Es wurde die **Dividendenplanung** der Bank angesprochen. Im Augenblick haben wir keinen Anlass, daran zu zweifeln, denn wir haben keine besseren Erkenntnisse. Wir gehen davon aus, dass die Gewinnplanung der Bank für das Jahr 2008 etwa 400 Millionen € betragen wird. Für 2009 sind 885 Millionen € und für 2010 1 Milliarde € eingeplant. Wir haben keine Erkenntnisse dahin gehend, dass dies infrage steht. Selbstverständlich begleiten wir die Bank in den nächsten Wochen und im nächsten Jahr wie auch in den vergangenen Jahren, Herr Kubicki. Wir haben übrigens in den letzten fünf Jahren immer auch sehr gern die positiven Entwicklungen wie die Dividendenzahlungen in Anspruch genommen, obwohl wir eigentlich gewusst haben, dass im Zuge einer Fusion üblicherweise erhebliche Kosten entstehen, Kollege Neugebauer. Wir sind in

nahezu jedem der bisherigen fünf Fusionsjahre eine der besten Landesbanken in Deutschland gewesen. Warum wohl haben sich vier amerikanische Investorengruppen und eine britische Investorengruppe vor zwei Jahren dafür interessiert, den Anteil der WestLB zu übernehmen? Das geschah wohl nicht, weil die Bank schlecht dastand.

Tobias Koch hat eben darauf hingewiesen. Auch ich will bescheiden darauf hinweisen, dass die Bank am Markt operiert. Wir müssen aufpassen, nicht den Eindruck zu erwecken, die Segnungen des Marktes gern in Anspruch zu nehmen, dann aber, wenn der Markt auch einmal die andere Seite aufschlägt, plötzlich zu sagen, wir müssten die Planwirtschaft in Anspruch nehmen.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Dazu gehört auch die Frage der Arbeitsplätze. Ich habe in den vergangenen fünf Jahren von keiner Seite von dem **Abbau von Arbeitsplätzen** im Zuge des Fusionsprozesses gehört. Das ist ansonsten durchaus üblich. Schauen Sie sich alle anderen Banken an, dort werden Arbeitsplätze abgebaut. Die Regel liegt bei 15 bis 20 %. Von 3.600 Vollzeitstellen haben wir auf deutlich über 4.000 Arbeitsplätze erhöht. Das ist eine Steigerung von mehr als 10 %. Das hat jeder gern mitgenommen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war nicht eine der Grundlagen für die Fusion!)

- Nein, Entschuldigung. In der Frage der Fusion können wir gern zusammen Prozesse begleiten. Frau Heinold, die Schließung von Büros im Ostseeraum bedeutet nicht, dass die **Aktivitäten im Ostseeraum** eingestellt werden. Es heißt nur, dass die Büros dort geschlossen werden. Zumindest mittelfristig müssen dort Überschüsse erzielt werden. Wenn das nicht der Fall ist, dann muss man die Kostensituation vor Ort anpassen. Das ist der Grund dafür, dass die Repräsentanzen besonders in den baltischen Ländern eingestellt wurden. Das heißt aber nicht, dass damit die geschäftlichen Aktivitäten vollständig eingestellt werden.

Ich kann die Begriffe wirklich nicht akzeptieren, mit denen Sie vorhin operiert haben. Sie sagten, der Vorstand hätte bei weltweiten Monopolspielen Steuergelder verzockt. Ich finde, das ist eine unpassende Anmerkung.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD und Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

(Minister Rainer Wiegard)

Ich habe den Eindruck, dass der Vorstand dieser Bank, für den wir in den vergangenen 15 Monaten eine Reihe von Kapazitäten geholt haben, seinen Job außerordentlich gut macht. Das ist meine Auffassung dazu. Ich glaube, wir sollten aufpassen, dass wir nicht diejenigen, die auch von Krisen überrascht und eingeholt werden, die in anderen Teilen der Welt stattgefunden haben und die zum Teil Geschäfte betreffen, die lange Zeit zurückliegen, dafür verantwortlich machen. Ich glaube, wir haben einen Vorstand, der exzellent arbeitet. Er hat sehr rechtzeitig darauf reagiert.

Gestern war in diesem Zusammenhang in der „Börsezeitung“ ein bemerkenswerter Kommentar zu lesen, der die Situation der Landesbanken miteinander verglichen hat. Ich zitiere die letzten beiden Sätze:

„Gewiss, die Nordlichter haben das Profitabilitäts- und Effizienzprogramm angesichts des krisenbedingten Ertragseinbruchs und ihrer nach wie vor alles andere als komfortablen Kapitalausstattung bitter nötig. Aber - und das macht den Kontrast zu den anderen Banken aus - sie ziehen die Konsequenzen, solange sie selbst noch dazu in der Lage sind und ihnen niemand in Brüssel oder sonst wo die Bedingungen diktiert.“

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel hat das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nenne drei Punkte: Erstens zur Geschäftspolitik. Der Kollege von der CDU hat das eben angesprochen. Wir haben seit vielen Jahren regelmäßig mit der Spitze der Bank die Geschäftspolitik besprochen. Das waren immer sehr vertrauensvolle Gespräche. Es gab immer Einverständnis darüber, dass die Werften- und Schiffsfinanzierung, die Verkehrsfinanzierung einschließlich der Bahn sowie die Energiefinanzierung als neues drittes Standbein zu dem **Kerngeschäft** der Bank gehören. Konsens war immer, dass das regionale Geschäft in Schleswig-Holstein mit einem Standbein in Nord-europa hinzukommt.

Das war immer das **Portfolio**, auf das man sich geeinigt hatte. Das war die Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Land und Bank. Herr Minister, Sie sagten, man könne einer Aktiengesellschaft nicht in die Geschäfte hineinreden. **Öffentliche Teilhaber** an dieser Aktiengesellschaft sind Hamburg, Schleswig-Holstein und die Sparkassen. Zusammen gehören diesen Eignern drei Viertel der Bank. Wenn das Land sich zusammen mit Hamburg und den Sparkassen an diesem Konglomerat mit insgesamt fast 75 % beteiligt, dann ist es die Verantwortung des Landes, diese Bank auch zu führen und zu gucken, was die macht. Das halte ich für selbstverständlich. Ich füge hinzu, eine Minderheitenbeteiligung würde ich immer für unsinnig halten. Das sage ich ganz deutlich. Bei einer Minderheitenbeteiligung sind wir nämlich nur Kapitalgeber für etwas, was andere möglicherweise mit weltweiten Geschäften betreiben. Wenn sich das Land an einer Bank beteiligt, dann tut sie das deshalb, weil die regionale Wirtschaft das will und weil über diese Bank regionale Wirtschaftsförderung gemacht wird. Es geht darum, dass die Firmen in Schleswig-Holstein Ansprechpartner für die Projekte haben, die für die Sparkassen zu groß sind. Deswegen macht das Sinn. Das Land muss aber auch verantwortungsvoll voll mitarbeiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Was wollen Sie uns sagen?)

Die Immobiliengeschäfte in den USA gehören ganz eindeutig nicht zu dem Portfolio, das in den vergangenen Jahren diskutiert worden ist. Natürlich kann so etwas in einem gewissen Umfang gemacht werden, denn es gehört selbstverständlich dazu, dass man Eigenkapital in einer gewissen Höhe auf diese Weise hinterlegt. Die Größenordnung, in der das passiert ist, muss man aber heute in jedem Fall kritisch hinterfragen. Manchmal wird man schlauer.

Zweitens. Wenn wir die Geschäftspolitik der Bank steuern wollen, dann müssen wir auch **Informationen** haben. Dann muss es auch ein gewisses Vertrauensverhältnis zwischen Bankvorstand und Eigentümern geben. Ich glaube, dass ist eine ganz entscheidende Frage. Deshalb ist auch für mich eine ganz entscheidende Frage, was in diesem Jahr mit der Informationspolitik war. Ich bin sicher, es hat reihenweise Gespräche mit dem Minister gegeben. Es hat auch Gespräche mit den Fraktionen gegeben. Wenn der Vorsitzende der Bank aber noch im Juli zum Parlament kommt, wegen einer Kapitalaufstockung vorträgt und von Wachstum redet, das damit finanziert werden soll, es sich aber zwei

(Karl-Martin Hentschel)

Monate später herausstellt, dass wir einen massiven Einbruch haben und dass diese Kapitalaufstockung möglicherweise nur dazu dient, Löcher zu stopfen, dann bin ich allerdings etwas beunruhigt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe sowohl unter der Führung von Herrn Rümker als auch unter Herrn Stuhlmann und Herrn Berger ein vertrauensvolles Verhältnis zu der Bank gehabt. Hier hat es einen Schaden gegeben, das muss ich ganz deutlich sagen.

Darüber wird zu reden sein. Und ich denke, es muss vonseiten der Landesregierung auch nachgefragt werden; über diese Dinge muss gesprochen werden, es muss geklärt werden, wie es weitergehen soll. Denn die Grundlage einer solchen Zusammenarbeit ist gerade in Geschäftsbeziehungen - das weiß jeder, der mit Geschäftsbeziehungen zu tun hat - in großem Umfang Vertrauen zwischen den Partnern, die damit zu tun haben. Dieses Vertrauen ist gestört und muss wiederhergestellt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat Herr Finanzminister Rainer Wiegard.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Ich bitte um Nachsicht, aber darauf muss ich nun schon noch einmal kurz eingehen. Herr Kollege Hentschel, offensichtlich schnallen Sie überhaupt nichts.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das kann man so sagen! - Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Antwort auf die Frage nämlich, dass wir in einer Aktiengesellschaft darauf angewiesen sind, dass ein **Berichtswesen** auf völlig geordnete Weise, nämlich gesetzlich und durch andere Regeln erfolgt, steht fest. Das ist meine Antwort auf die Frage der Kollegin Heinold gewesen, ob mir zuvor Verluste bekannt gewesen seien. Wenn Sie daraus jetzt die Schlussfolgerung ziehen, wir verweigerten es, irgendeinen Einfluss darauf auszuüben, in welchen geschäftlichen Feldern künftig die Bank tätig sein soll, dann - das muss ich noch einmal sagen - liegen Sie total daneben. Dann haben Sie wirklich nichts geschnallt oder nicht zugehört.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann haben Sie sich missverständlich ausgedrückt!)

- Nein, ich habe mich überhaupt nicht missverständlich ausgedrückt. Ich habe mich konkret auf diese Frage bezogen.

Das Zweite: Die **Kapitalerhöhung** hatte eindeutig zwei Ziele, nämlich, die ACE-Quote, die Eigenkapitalquote im Vergleich zu den anderen vergleichbaren Geschäftsbanken auf ein Niveau zu heben, das in die Nähe der unteren Marge dieser Geschäftsbanken kommt. Denn wir sind - das wissen wir alle - seit der Fusion deutlich unterkapitalisiert; das schreibt ja auch die „Börsenzeitung“ noch einmal. Sie hatte daneben den zweiten Grund, zu vermeiden, dass wegen dieser erheblichen Unterkapitalisierung die Ratingagenturen die Bank downgraden. Beide Dinge sind mit dieser Kapitalerhöhung erfüllt. Deshalb kann überhaupt nichts von dem, was Sie hier eben an Vermutungen bezüglich wirklich hinterhältige Maßnahmen der Bank geäußert haben, stehen bleiben. Ich empfehle Ihnen wirklich, dass wir ein sehr vertiefendes Gespräch im Beteiligungsausschuss führen, damit Sie die Chance haben, jede Frage zu stellen und auch der Bank, dem Bankvorstand, jeden Rat zu geben, den Sie klugerweise geben können.

(Beifall bei der SPD - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir werden es sehen, Herr Minister!)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen und stelle fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 16/2222 durch die Berichtserstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Der Tagesordnungspunkt ist damit insgesamt erledigt.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 10 auf und verweise zuvor darauf, dass wir nur noch knapp 20 Minuten Beratungszeit haben. Daher bitte ich alle Beteiligten, sich kurz zu fassen.

Ökostrombeschaffung für Landesliegenschaften

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 16/2183](#)

Das Wort zur Begründung wird offensichtlich nicht gewünscht. Damit eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit diesem Antrag wollen wir erreichen, dass die **Landesverwaltung** auch in der Frage der Energieversorgung ein klares Signal an die Öffentlichkeit gibt und ihre Vorbildfunktion unterstreicht. Das Signal lautet: Ja, wir nehmen den Klimaschutz ernst, und deshalb wollen wir unsere Liegenschaften nur noch mit **zertifiziertem Ökostrom** versorgen. Die Ausschreibung der Stromversorgung für die Landesliegenschaften erfolgt ja alle zwei Jahre. Das kann auch gut in mehreren Losen geschehen; das können wir im Ausschuss sicherlich im Einzelnen noch vertiefen.

Die Nutzung von Ökostrom soll aber keine reine Symbolleistung sein, sondern wir wollen, dass mit dieser zusätzlichen Nachfrage auch neue Anlagen für Strom aus **erneuerbaren Energien** entstehen.

Ansonsten haben wir insbesondere dank der von der rot-grünen Bundesregierung ausformulierten Novellierung des EEG, des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, sichergestellt, dass Strom aus erneuerbaren Energien vorrangig in die Stromnetze eingespeist wird. Damit konnte erreicht werden, dass bundesweit inzwischen durchschnittlich mehr als 16 % des Stroms Ökostrom nach dem **EEG** ist. Das ist ein sehr vorbildliches Ergebnis, das uns auch im internationalen Vergleich eine herausragende Stellung beschert - jedenfalls, was die Wachstumsraten anbelangt.

Meine Damen und Herren, wenn dann die Chancen der **Windenergie** intensiv genutzt werden, also durch den Ausbau von Onshore- beziehungsweise Offshore-Anlagen, der Stromerzeugung auf aus dem Meer, werden wir hier weitere Fortschritte verbuchen können.

Ökostrom ist definiert als Strom, der zu 100 % aus erneuerbaren Energien gewonnen wird, wie Wasserkraft, Wind- und Erdwärme, aus Biomasse oder auch aus Biogas. Das muss sauber nachgewiesen werden, um ein anerkanntes Zertifikat zu erhalten. Die **Energiebilanzen** müssen regelmäßig überprüft werden, zum Beispiel durch den TÜV oder auch durch das Öko-Power-Label, das durch das Öko-Institut gemeinsam mit dem WWF und der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen initiiert wurde.

Was macht ein **Anbieter** von zertifiziertem **Ökostrom**? Der Stromanbieter erzeugt selbst Strom aus erneuerbaren Energien oder kauft diese von einem Erzeuger und verkauft diese dann an den Kunden weiter. Entscheidend ist der Nachweis, dass die

in der Ausschreibung geforderten Angaben und Erklärungen geliefert werden. Die zur Stromlieferung genutzten Erzeugungsanlagen sind also genau zu benennen und die physikalische Verbindung der Energiequellen mit dem Netz der Landesliegenschaften nun gegeben sei. Zudem muss eine Erklärung zum Ausschluss der Doppelvermarktung der Ökostromlieferung beziehungsweise des Umweltnutzens abgegeben werden.

Nun wird die Frage gestellt, wie teuer dies denn etwa sein wird. Es wird gefragt, ob es sich dabei um einen Luxus handelt, den wir uns eigentlich nicht leisten können. Natürlich kann diese Frage noch niemand beantworten, denn wir kennen das Ergebnis der Ausschreibung noch nicht; wir wissen noch nicht, welche Ökostromanbieter sich bewerben werden.

Präsident Martin Kayenburg:

Können wir das Grundgeräusch bitte ein bisschen dämpfen?

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Selbst wenn wir einmal unterstellen, dass die Kilowattstunde um 1 ct teurer wird, muss es trotzdem noch nicht zu einer Mehrbelastung kommen. Ich nenne als Beispiel die **Landeshauptstadt Kiel**. Dort ist die grüne Ratsfraktion seit mehr als fünf Jahren in einer günstigen Position und kann die Politik der Stadt maßgeblich mit beeinflussen. Nach der Kündigung aller Stromlieferverträge mit der Landeshauptstadt Kiel durch die Stadtwerke hat die Stadtverwaltung die Stromlieferung in mehreren Losen europaweit ausgeschrieben. Und siehe da: Bei der Ausschreibung des Stroms für die gesamte Straßenbeleuchtung hat der Ökostromanbieter Lichtblick, die zukünftige Energie-GmbH-und-Co.-KG, die Nase gegenüber dem Angebot der Stadtwerke vorn gehabt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Und das ganz ohne Zwang! Weshalb brauchen wir denn gesetzliche Vorgaben?)

Meine Damen und Herren, ich kann dies hier so vortragen, weil die Fakten von der Kieler Stadtverwaltung veröffentlicht worden sind. Nicht veröffentlicht wurden allerdings die jeweiligen **Angebotspreise**. Es ging dabei nicht um Peanuts, meine Damen und Herren, sondern um ein Volumen von immerhin 8,3 Millionen Kilowattstunden pro Jahr.

(Detlef Matthiessen)

Im Juni 2008 gab es eine Diskussion um das Unternehmen Lichtblick, das einen Teil der zugesagten Strommengen aufgrund der hohen Nachfrage nicht liefern konnte. Dies ist inzwischen behoben. Im Sinne der vom Präsidenten soeben angemahnten Redezeitbeschränkung, an die wir uns doch halten wollen, werde ich dies nun nicht weiter vertiefen.

Meine Damen und Herren, wir wollen 100 % Ökostrom für unsere Liegenschaften, und davon möglichst viel aus neuen Erzeugungsanlagen. Damit wird Schleswig-Holstein seiner Vorbildfunktion gerecht. Hier wird ein Signal gesetzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Vielen Dank, Herr Kollege Matthiessen. - Das Wort hat nunmehr Herr Kollege Peter Sönnichsen.

Peter Sönnichsen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Während die Überschrift des Antrags und auch die Rede des geschätzten Kollegen Matthiessen auf den ersten Blick ein umwelt- und energiepolitisches Thema suggerieren - ich werde darauf noch zurückkommen -, hätten der Tagesordnungspunkt und die Debatte eigentlich sehr gut in die Haushaltsdebatte am heutigen Vormittag gepasst. Denn es handelt sich dabei tatsächlich um nichts anderes als um Finanzpolitik.

Im Ergebnis soll die **GMSH** veranlasst werden, mehr Geld auszugeben. Die rechtliche Seite - Vergaberecht - will ich hier einmal außen vorlassen. Interessieren würde mich allerdings, wie der Antrag auf ausschließlichen Ankauf von zertifiziertem Ökostrom in Einklang mit den Ausführungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der heutigen Haushaltsdebatte und den Verlautbarungen der Frau Kollegin Heinold zu bringen ist. Sie sagte vor einigen Tagen, der Finanzminister habe es versäumt, seine Kolleginnen und Kollegen Minister zum Sparen anzuhalten.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weichen Sie doch nicht vom Thema ab! Ich habe mich doch klar ausgedrückt!)

- Ja, darauf komme ich gleich auch noch. - Ich habe einmal Rückschau gehalten: 2001 hatten wir das Thema hier auch schon einmal behandelt, damals nur unter dem Gesichtspunkt der **Kostenreduzie-**

rung. Die Zahlen, sehr verehrter Herr Kollege Matthiessen, kann natürlich jeder für sich ermitteln.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich habe Ihnen zugehört, vielleicht hören Sie auch mir einmal zu. Wenn ich die drei günstigsten Angebote von **Ökostromanbietern** betrachte, so betragen die **Mehrkosten** für meinen Privathaushalt im Vergleich zu meinem regionalen Anbieter zwischen 9,5 und 10,4 %. Es gibt Zahlen zum Land, auch wenn diese aus dem Jahr 2005 stammen: Über 1050 Abnahmestellen in Landesliegenschaften haben einen Verbrauch von 175 Millionen Kilowattstunden aufgezeichnet. Das entspricht etwa dem von 55.000 Einfamilienhäusern. Wenn Sie die dahintersteckenden Kosten sehen, dann bedeuten 10 % Steigerung 3 bis 5 Millionen € jährlich. Woher nehmen? - Dazu steht in dem Antrag nichts drin.

Darüber hinaus sind es wirtschaftspolitische Fragen: Sollen wir die GMSH tatsächlich veranlassen, nicht mehr den günstigsten Bieter zu nehmen? Wenn das in Sachen **Ökostrom** gelten soll, dann muss das sicherlich auch für andere Bereiche gelten. Kein wirtschaftlich Denker würde durch eine Vorfestlegung auf ein Produkt statt auf eine Produktgruppe seine Erfolgsaussichten so eklatant selbst einschränken. Die Erfahrungen bei Ausschreibungen mit zu enger Festlegung zeigen zudem, dass die Preise weiter steigen, wenn Wettbewerb eingeschränkt wird.

Darauf, dass wir mit einer Verfahrensweise entsprechend des Antrags der Grünen größtenteils bereits **subventioniertem Strom** einen weiteren Vorteil einräumen würden, will ich hier nur mit einem Satz eingehen.

(Beifall bei der CDU - Konrad Nabel [SPD]: Dieser Strom ist nicht subventioniert!)

Abschließend kurz zu dem energiepolitischen Aspekt, der sich hinter dem Antrag verbirgt: Das Stichwort „sauberer Strom“ in der Antragsbegründung fordert den Kollegen Ritzek sicherlich zu einem Beitrag über die Laufzeitverlängerung der AKW heraus.

(Manfred Ritzek [CDU]: Aber heute nicht mehr!)

Ich erkläre für die CDU-Fraktion, dass wir an einem vernünftigen **Energiemix** festhalten,

(Beifall bei der CDU)

(Peter Sönnichsen)

in der Gesamtbetrachtung und in den Detailfragen, an einem Energiemix insgesamt und einem Energiemix in einzelnen Versorgungsfragen.

Mit der Ausschussüberweisung sind wir einverstanden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Thomas Hölck.

Thomas Hölck [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nur noch **Ökostrom für die Liegenschaften** des Landes zuzulassen, ist in seiner Zielrichtung richtig.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ökostrom in den Landesliegenschaften als ein Baustein für den **Klimaschutz** ist im Ansatz zu unterstützen. Allerdings kommt es im Wesentlichen auf die Reihenfolge bei der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen für die klimaschonende Bewirtschaftung der Gebäude an. An erster Stelle müssen Energievermeidung und Energieeffizienz stehen. Die dann noch erforderliche Energie sollte möglichst aus erneuerbaren Quellen stammen.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Wer die Energiebilanz beziehungsweise die **Klimabilanz** verbessern will, muss aber zunächst weniger Energie verbrauchen. Mit der Wärmedämmung von Gebäuden ist ein erhebliches Energieeinsparpotenzial zu erreichen. Bei einer gleichzeitigen Optimierung der Heizungstechnik und einer Modernisierung der Beleuchtungsanlagen im Innen- und Außenbereich sind enorme Energieeinspareffekte zu erzielen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb darf bei notwendigen Sanierungsmaßnahmen auf die technischen Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz nicht verzichtet werden.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

Die **Bewirtschaftung der Landesverwaltung** mit ihren Liegenschaften, Geräten und Fahrzeugen hat eine umweltpolitische Vorbildwirkung, die ich un-

terstütze. Die energetische Fortentwicklung der Landesliegenschaften ist allerdings auch kein Neuland, sondern ein laufender Prozess, der innerhalb der Bewirtschaftungsaufgaben der GMSH liegt. Die **GMSH** hat bereits im Jahr 2001 der Landeregierung ein **Konzept zur Senkung der Ver- und Entsorgungskosten** vorgelegt. Dieser Prozess muss evaluiert und ständig fortgeführt werden.

Es muss sichergestellt werden, dass der Ökostrom, der eingekauft wird, eindeutig aus regenerativer Stromerzeugung stammt. **Regenerative Energie** beim Endverbrauch eindeutig zuzuordnen, ist im **europäischen Stromverbundsystem** nicht einfach. Es bedarf einer besonderen Transparenz bei der Erzeugung und dem Handel erneuerbarer Energien.

Regenerative Energie aus deutschen Ländern, die nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz gefördert wird, scheidet derzeit aus. Der regenerativ produzierte Strom, der nach dem **EEG** mit einer **Einspeiservergütung** gefördert wird, muss derzeit mit rund 16 % jeder Stromlieferung zugefügt werden. Das heißt, erneuerbare Energie, die in Deutschland verkauft wird, stammt entweder aus Altanlagen, für die es keine Förderung mehr gibt, oder sie stammt aus dem Ausland. Ein Einsatz von Ökostrom aus dem Ausland macht aber nur bedingt Sinn, da die Übertragungsverluste nicht zu einem effizienten Einsatz beitragen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das heißt im Ergebnis, eine **dezentrale Stromversorgung** - auch für den Einsatz erneuerbarer Energien - ist für uns von besonderer Bedeutung. Den Verbrauch möglichst nah an die Produktionsstätte zu koppeln, ist eine sehr effiziente Energienutzung. Ob der Einkauf von Ökostrom beim Verbrauch erneuerbarer Energie eindeutig nachweisbar und wirtschaftlich darstellbar ist, muss in der Ausschussberatung intensiv geprüft werden. Der Hinweis im Antrag auf die erforderliche Zertifizierung ist dabei sehr hilfreich.

Zusätzlich müssen in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz und -reduzierung geprüft werden. **Energie-Controlling** und **Energie-Management** haben dabei eine besondere Bedeutung. Hinzukommt ein energiebewusstes Verhalten der Mitarbeiter. Nach Untersuchungen lassen sich allein 10 % des Einsparpotenzials durch energiesparendes Verhalten der Beschäftigten erreichen. Hierzu gibt es bereits gute Handreichungen durch die GMSH.

(Zuruf der Abgeordneten Anette Langner [SPD])

(Thomas Hölck)

In diesem Zusammenhang ist auch das Fifty-fifty-Modell besonders kreativ. Die Ersparnis beim Energieverbrauch wird dabei geteilt. Die eine Hälfte wird für die Senkung der Bewirtschaftungskosten, die andere Hälfte zum Beispiel für die Erneuerung oder Verbesserung der Büroausstattung verwandt. Dieses Modell wird bereits an vielen Schulen erfolgreich angewandt.

Der Einsatz von Ökostrom ist wünschenswert, wenn die Rahmbedingungen für einen klimaschonenden Betrieb der Landesliegenschaften stimmen. Diese Voraussetzungen abzuklären, ist Aufgabe der Ausschussberatungen. Ich beantrage die Überweisung an den Finanzausschuss und an den Umweltausschuss.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg [FDP].

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Kollege Matthiessen, einmal abgesehen davon, dass Grüne natürlich grundsätzlich die besseren Menschen sind, möchte ich mir die ganze Moralgeschichte einfach sparen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, geht es Ihnen doch schlicht und ergreifend darum: Sie wollen die Nachfrage nach Ökostrom erhöhen, und Sie wollen die Nachfrage nach konventionellem Strom sukzessive absenken.

Das kann man auf zwei Wegen erreichen. Das kann man vielleicht auf dem Weg erreichen - da bin ich skeptisch -, den Sie hier in Ihrem Antrag vorgeschlagen haben. Sie wollen nämlich auf Landesebene eine **Nachfragesteuerung**. Ich schlage Ihnen vor, einmal darüber nachzudenken, dass wir bundesweit über die Verbesserung der Angebotsbedingungen auf dem Strommarkt nachdenken. Dann bräuchten wir nämlich das, was Sie hier vorschlagen, nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Das wäre dann völlig überflüssig. Eigentlich haben Sie selbst den besten Beweis dafür geliefert, warum es überflüssig ist. Sie haben nämlich das **Beispiel Kiel** genannt. Sie haben gesagt: Kiel hat ausgeschrieben. Der günstigste Anbieter erhielt den Zu-

schlag, und der günstigste Anbieter war ein Ökostromlieferant. Dagegen hat niemand etwas.

Wenn wir es jetzt schaffen würden, die **externen Kosten**, die hohen externen Kosten der Stromerzeugung, zu internalisieren, dann wäre der Kostenvorteil konventionell erzeugten Stroms nicht mehr vorhanden. Ich will Ihnen einen Kostenvorteil nennen, den wir sicherlich kennen. Der günstigste Strom, den Sie derzeit erzeugen, ist im Zweifel Strom aus abbeschriebenen Kernreaktoren. Die Kosten der Endlagerung werden aber gar nicht in den Strompreis eingepreist. Also muss natürlich Strom, der in neu aufgebauten Windkraftanlagen erzeugt wird, oder Strom aus neu aufgebauten Photovoltaikanlagen immer Nachteile haben. Wenn Sie diese Angebotsstrukturen tatsächlich beseitigen würden, dann könnten Sie sich genau diesen Antrag sparen, den ich für falsch im Weg, nicht in dem Ziel halte, dass man mehr **Nachfrage nach Ökostrom** erhalten will. Ich halte vielmehr den Weg dahin, den Sie vorschlagen, für falsch.

Ich glaube auch, dass das so, wie Sie vorschlagen, nicht geht. Denn die **GMSH** wurde seinerzeit - übrigens unter Rot-Grün - als Anstalt des öffentlichen Rechts eingerichtet. Sie wurde auch von Ihnen, Herr Matthiessen, von den Grünen, nicht mit dem Ziel eingerichtet, symbolpolitische Maßnahmen umzusetzen, sondern sie sollte ganz schlicht und ergreifend Leistungen nach dem **wirtschaftlichen Prinzip** erbringen. Sie sollte auch nach dem Prinzip eines modernen Unternehmens organisiert werden. Man kann sich jetzt darüber streiten, ob das wirklich zum Erfolg geführt hat. Durch diese Positionierung sollte die GMSH eine Effizienzsteigerung in allen Bereichen des staatlichen Bauens sowie des Liegenschaftsmanagements, der Gebäudebewirtschaftung und der Beschaffung erreichen. Sie sollte zu einer strukturellen Senkung der Personal- und Sachkosten sowie zu einer nachhaltigen Entlastung des Landeshaushaltes beitragen.

Noch einmal: Wir können uns gern darüber streiten, ob das der GMSH in der Vergangenheit gelungen ist. Tatsache ist aber, dass die in Ihrem Antrag geforderte Maßnahme dem geforderten Ziel entgegensteht. Selbst wenn wir dem Ziel zustimmen - und ich habe gar nichts gegen das Ziel, die Nachfrage nach Ökostrom zu erhöhen; im Gegenteil -, ist es so, dass die GMSH in der Energiebewirtschaftung der Immobilien, die das Land nutzt, lediglich der **Rechtsaufsicht** des Landes unterliegt. Das Land kann also nur überprüfen, ob die vergaberechtlichen Bestimmungen durch die GMSH eingehalten wurden.

(Dr. Heiner Garg)

Im Übrigen hat die Geschäftsführung freie Hand. Allerdings besteht im Bereich des Energiemanagements ein **Rahmenbewirtschaftungsvertrag**, der in Hinsicht auf die Nutzung von Ökostrom möglicherweise geändert werden könnte. Wie bei Verträgen üblich wäre eine solche Maßnahme von der Zustimmung der GMSH abhängig.

Man könnte natürlich auch das **GMSH-Gesetz** ändern - das haben Sie in Ihren Antrag nicht hineingeschrieben -, aber dies wäre aus unserer Sicht Aufgabe des Parlaments und nicht der Landesregierung.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Matthiessen, ich gehe davon aus, dass wir Ihren Antrag an die entsprechenden Ausschüsse überweisen. Wenn wir den Antrag an den Finanzausschuss überweisen, dann beantrage ich, ihn auch an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen, um ernsthaft zu diskutieren, ob eine **Nachfragesteuerung** seitens des Landes das Prinzip sein soll, um die Nachfrage nach **Ökostrom** zu erhöhen.

Oder wir machen uns Gedanken darüber - Sie haben doch Spaß an Energiedebatten -, wie wir möglichst viele externe Kosten der Stromerzeugung - gerade der konventionellen Stromerzeugung - in die Strompreise einpreisen und damit **Wettbewerbsverzerrungen** bei der Strompreisbildung beseitigen. Dann sollten wir die Netzbetreiber auch dazu verpflichten, die **Netze** ausreichend auszubauen. Nach wie vor besteht nämlich der aus meiner Sicht unzumutbare Zustand, dass bei starkem Wind nicht der gesamte Strom aufgenommen werden kann, da die Netzkapazitäten nicht ausreichend. Das wäre eine wirkliche Verbesserung der Angebotsseite. Darauf - und nicht auf eine partielle Nachfragesteuerung, wie Sie sie hier vorschlagen - sollte sich eine gute Wirtschaftspolitik konzentrieren.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um die CO₂-Emissionen zu senken und die Klimaschutzziele des Landes und des Bundes umzusetzen, bedarf es großer Kraftanstrengungen. Das wissen wir.

Wir kennen viele Lösungsansätze, um die selbst gesteckten Ziele zu erreichen. Jedoch haben die vielen Klimaschutzdebatten immer wieder deutlich gemacht, dass die Umsetzung auf dem Papier leichter

ist als in der Realität. Wir dürfen aber nicht lockerlassen und müssen immer wieder Maßnahmen ergreifen, um die Situation zu verbessern. Die Umsetzung vieler vermeidlich kleiner Maßnahmen ist unterm Strich genauso wichtig wie die großen Maßnahmen. Sie haben aber den Effekt, dass Erfolgsergebnisse eher zu verzeichnen sind.

Eine solche Maßnahme ist aus Sicht des SSW die Beschaffung von **Strom aus erneuerbaren Energien**. Der positive Effekt für den **Klimaschutz** ist unbestritten, die Umsetzung ist einfach und unkompliziert. Jedoch können wir nicht davon ausgehen, dass die Maßnahme unverzüglich umgesetzt werden kann, da es bestehende Verträge gibt, an die sich das Land beziehungsweise die GMSH zu halten hat.

Die Beschaffung von Strom aus erneuerbaren Energien für die **Landesliegenschaften** und die durch das Land genutzten Gebäude ist ein richtiger Schritt und eine gute Investition im Sinne des Klimaschutzes. Damit können wir als Land ein Zeichen setzen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Mit dem **zentralen Stromeinkauf** hat die **GMSH** ein Instrument an der Hand, mit dem sie gegenüber den Stromanbietern entsprechend auftreten kann. Wir unterstützen den Antrag der Grünen. Denn wir sehen in der Selbstverpflichtung, für landesgenutzte Liegenschaften nur Angebote für zertifizierten Ökostrom einzuholen, einen wichtigen Schritt im Sinne des Klimaschutzes.

Dazu möchte ich noch Folgendes anmerken: Wenn wir einen nationalen Markt hätten, hätte der Kollege Garg eigentlich recht. Dann könnten wir andere Regelungen machen. Da dieser Markt aber international ist und wir daher auch mit Atomstrom und anderen Stromarten aus dem Ausland rechnen müssen, haben wir ein Problem damit, Ökostrom konkurrenzfähig halten zu können. Deswegen bleibt uns wohl nur die Nachfrageorientierung, sodass die GMSH im Vergabeverfahren vorschreibt, welcher Strom es zu sein hat. Ansonsten schlägt das Ausland zu - vielleicht mit Atomstrom.

Vor wenigen Jahren war die Zulässigkeit einer Ausschreibung von Ökostrom noch umstritten. Doch die EU-Kommission und nachfolgende Urteile des Europäischen Gerichtshofs haben entschieden, dass **Ökostrom** durchaus ein Kriterium im **Vergabeverfahren** sein darf. Damit hat die GMSH Planungssicherheit, wenn künftig Ökostrom ein Ausschreibungskriterium sein soll. Und das ist gut so. Denn nach Auffassung des SSW gehört zu einem modernen Vergabeverfahren eben auch, dass neben bei-

(Lars Harms)

spielsweise sozialen Aspekten auch Umweltkriterien herangezogen werden dürfen. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir den Antrag der Grünen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat Herr Finanzminister Rainer Wiegard.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Etwa 155.000 MWh verbrauchen alle Landesliegenschaften jährlich an Strom. Das entspricht etwa 44.000 Haushalten. Elektrische Energie kostet das Land jährlich rund 22 Millionen €. Ich glaube, das sind wichtige Daten.

Schon aufgrund der großen Menge und der hohen Kosten haben wir ein Interesse daran, Energie einzusparen, Ressourcen zu schonen und **Energiekosten** zu reduzieren. So wird jährlich 1 Million € für energiesparende Maßnahmen ausgegeben. Dieser Ansatz soll in den Jahren 2009 und 2010 verdoppelt werden. Dieses Geld wird zum Beispiel für moderne Regelungs- und Steuertechnik in der Gebäudebeleuchtung usw. eingesetzt.

In den vergangenen Jahren konnte in den Landesliegenschaften durch Gebäudesanierung, Energiemanagement oder energiesparende Geräte der Verbrauch und gleichzeitig der Ausstoß von Kohlendioxid begrenzt werden. Ohne dieses Handeln läge der Energieverbrauch rund 10 % höher.

Die **erneuerbaren Energien** werden in der Energieproduktion und im Verbrauch einen weiter steigenden Anteil ausmachen. Im Jahre 2006 lag der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch bei 12 %. Heute wird in den Landesliegenschaften rund 18 % zertifizierter Ökostrom aus erneuerbaren Energien verbraucht.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Detlef Matthiessen?

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Wenn ich in der Lage bin, diese zu beantworten, werde ich sie gern beantworten. Ich habe nämlich das Gefühl, dass das nicht mein Fachgebiet ist.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sprachen von den Reduzierungen der Verbräuche in den Liegenschaften. Beziehen Sie sich dabei auf den Strom-

verbrauch oder den Gesamtenergieverbrauch? Nach meiner Kenntnis sind nämlich nur die Wärmeverbräuche um 15 oder 18 % reduziert worden, nicht aber die Stromverbräuche. Diese sind weiterhin gestiegen.

- Da habe ich die herzliche Bitte, Herr Kollege Matthiessen, dass Sie diese Frage in den Ausschussberatungen detailliert klären.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dabei reden wir hier die ganze Zeit über Strom!)

- Hier reden wir über Strom. Das sind ja auch die Zahlen, die ich Ihnen genannt habe.

Die Landesregierung setzt insgesamt ihre Schwerpunkte auf das **Einsparen von Energie**, die **effizientere Nutzung** von Energie und einen gezielten **Ausbau** auch **von erneuerbaren Energien**. In den nächsten Wochen startet die europaweite Ausschreibung der Ende 2009 auslaufenden Stromlieferverträge. An diesem Wettbewerb kann sich jeder Stromanbieter - auch Anbieter von Ökostrom - mit seinem Angebot beteiligen.

Wir als Landesregierung haben zu beachten, dass wir die Energie mit dem Geld des Steuerzahlers einkaufen. Nach dem vom Parlament verabschiedeten Haushaltsrecht haben wir für alle finanzwirksamen Maßnahmen entsprechende Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen. Direkt und ausschließlich auf zertifizierten Ökostrom umzusteigen ist bei dem riesigen Bedarf unrealistisch und teuer.

Nach dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf selbst Ökostrom mit einem bestimmten Zertifikat - ich kann das wegen zahntechnischer Probleme im Moment nicht aussprechen - nicht bezogen werden. Meine Damen und Herren, kein anderes Bundesland legt sich solche Fesseln an. Bei einem nur 1 ct höheren Preis pro Kilowattstunde für Ökostrom ist mit jährlichen Mehrkosten von rund 1,6 Millionen € zu rechnen; wir haben schon über kleinere Beträge gestritten. **Mehrkosten**, die darüber hinaus durch kleinere und damit schlechtere Losgrößen bei der Ausschreibung anfallen würden, kämen noch dazu. Allein beim Universitätsklinikum Schleswig-Holstein als größtem Stromabnehmer würde sich durch höhere Strompreise der Kostendruck erheblich erhöhen.

Ich plädiere deshalb dafür, den Strom für die Landesliegenschaften wie bisher praktiziert auszusprechen und in einem vernünftigen **Energiemix** mit konventionell erzeugter Energie und Ökostrom

(Minister Rainer Wiegard)

zu beziehen. Unsere Energiekosten sollten nicht durch eine 100-prozentige Fesselung an einen speziellen und besonders zertifizierten Ökostrom verteuert werden. Unsere begrenzten Mittel sollten nicht in höhere Stromrechnungen fließen, sondern sind besser für eine energiesparende Modernisierung unserer Gebäude und eine bessere, energiesparende Technik und damit eine nachhaltige Senkung des Energiebedarfs einzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den

Antrag Drucksache 16/2183 federführend dem Finanzausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss sowie dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen worden.

Wir sehen uns morgen früh um 10 Uhr wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:41 Uhr